

Ergebnisdokumentation
Workshop
„Wissenschaft trifft...“
Sicherheitsforschung an der Schnittstelle
zu Politik, Praxis und Gesellschaft.

07./08. Mai 2014

im Rahmen des 2. BMBF Innovationsforums „Zivile Sicherheit“, Café Moskau, Berlin

Zusammenfassung und Dokumentation: Helga Jäckel, Dr. Lars Gerhold, Dr. Saskia Steiger

Organisation: Helga Jäckel

Transkription: Maximilian Berger, Lisa-Marie Jungkuhn, Sebastian Krieg, Lisanne Raderschall, Hagen Tischer

Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

Freie Universität Berlin, Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10, 12165 Berlin

Tel: +49 (0)30 838 51693, Fax: +49 (0)30 838 57399

lars.gerhold@fu-berlin.de, www.sicherheit-forschung.de

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Inhalt

1 Programm	4
2 Einleitung: „Wissenschaft trifft...“ Sicherheitsforschung an der Schnittstelle zu Politik, Praxis und Gesellschaft.....	6
3 Wissenschaft trifft Politik: Zwischen Missverständnissen und symbolischer Politik.....	9
3.1 Impuls: Dr. habil. Nils Zurawski - Sicherheit und die Schwierigkeit ein leeres Blatt Papier zu beschreiben. Wissenschaft und Politik im Umgang mit der Wirklichkeit.	9
3.2 Meinungen und Diskussion	15
4 Wissenschaft trifft Wissenschaft: Interdisziplinarität (nicht) leicht gemacht	18
4.1 Impuls: Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel - Dimensionen und Erfolgsbedingungen multi-, inter- und transdisziplinärer Projektarbeit in der zivilen Sicherheitsforschung	18
4.2 Meinungen und Diskussion	27
5 Wissenschaft trifft Endanwender: Wer weiß am besten, was gebraucht wird?.....	30
5.1 Impuls: Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange - Endanwender in der Sicherheitsforschung: Wer weiß am besten, was gebraucht wird	30
5.2 Meinungen und Diskussion	36
6 Wissenschaft trifft Gesellschaft: Bevölkerung als Adressat oder Akteur der Sicherheitsforschung?.....	40
6.1 Impuls: Dr. Wolfram Geier - Stochern im Nebel? - Die Bevölkerung als große Unbekannte?	40
6.2 Meinungen und Diskussion	49
7 Wissenschaft trifft Wirtschaft: Vermarktung als Ziel der Sicherheitsforschung?	52
7.1 Impuls: Prof. Dr.-Ing. Frank Gillert - Markt oder Staat? Herausforderungen an privatwirtschaftliche Geschäftsmodelle in der Sicherheitswirtschaft	53
7.2 Meinungen und Diskussion	55
8 Abschlussrunde: Sicherheit als gemeinsame Aufgabe	58
8.1 Impuls: Prof. Dr. Thomas Feltes - Transdisziplinäre Sicherheitsforschung zwischen Feigenblatt-Funktion und Nachhaltigkeit. Kritische Thesen aus sozialwissenschaftlicher Sicht.	58
8.2 Meinungen und Diskussion	64
9 Fazit.....	67
10 Lebensläufe	69

Für eine bessere Lesbarkeit wird in der vorliegenden Publikation im Folgenden das grammatikalische Maskulinum als geschlechtsneutrale Ausdrucksform verwendet, wenn von Personen die Rede ist. Es wird darauf hingewiesen, dass damit keine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck gebracht wird und selbstverständlich immer auch weibliche Beteiligte (Expertinnen, Professorinnen, etc.) gemeint sind.

1 Programm

Mittwoch, 7. Mai 2014

15:15 - 16:45 Parallelsession 1

Wissenschaft trifft Politik: Zwischen Missverständnissen und symbolischer Politik

Impuls: „Sicherheit und die Schwierigkeit ein leeres Blatt Papier zu beschreiben. Wissenschaft und Politik im Umgang mit der Wirklichkeit.“ **Dr. habil. Nils Zurawski** (Universität Hamburg)

Statements & Diskussion:

- **Irene Mihalic**, MdB (Bündnis 90/Die Grünen)
- **Ortwin Neuschwander** (Fraunhofer Fokus)
- **Prof. Dr. Wolfgang Bonß** (Universität der Bundeswehr München)

Moderation: **Dr. Saskia Steiger** (Forschungsfürum Öffentliche Sicherheit)

17:30 - 19:00 Parallelsession 2

Wissenschaft trifft Wissenschaft: Interdisziplinarität (nicht) leicht gemacht

Impuls: „Interdisziplinäre Sicherheitsforschung aus soziotechnischer Perspektive“ **Prof. Dr. Hans-Liudger Diemel** (Technische Universität Berlin)

Statements & Diskussion:

- **Prof. Dr. Klaus Thoma** (Fraunhofer EMI)
- **Prof. Dr. Uwe Ulbrich** (Freie Universität Berlin)
- **Prof. Dr. Christoph Gusy** (Universität Bielefeld)
- **Prof. Dr.-Ing. Peer Rechenbach** (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg)

Moderation: **Dr. Lars Gerhold** (Forschungsfürum Öffentliche Sicherheit)

Donnerstag, 8. Mai 2014

09:00 - 10:30 Parallelsession 3

Wissenschaft trifft Endanwender: Wer weiß am besten, was gebraucht wird?

Impuls: „Endanwender in der Sicherheitsforschung: Wer weiß am besten, was gebraucht wird“
Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange (Universität Witten/Herdecke)

Statements & Diskussion:

- **Wilfried Gräfling** (Berliner Feuerwehr)
- **Benedikt Liefländer** (Malteser Hilfsdienst e. V.)
- **Achim Friedl** (Bundesministerium des Innern)
- **Prof. Dr.-Ing. Jochen Schiller** (Freie Universität Berlin)

Moderation: **Roman Peperhove** (Forschungsfürum Öffentliche Sicherheit)

11:15 - 12:45 Parallelsession 4

Wissenschaft trifft Gesellschaft: Bevölkerung als Adressat oder Akteur der Sicherheitsforschung?

Impuls: „Stochern im Nebel? - Die Bevölkerung als große Unbekannte?“

Dr. Wolfram Geier (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe)

Statements & Diskussion:

- **Karoline Oberländer** (Initiative „Passau räumt auf“)
- **Herbert Saurugg** (Initiator Plötzlich Blackout)
- **Prof. Dr. Silke Schmidt** (Universität Greifswald)
- **Prof. Dr. Susanne Krasmann** (Universität Hamburg)

Moderation: **Dr. Saskia Steiger** (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

14:15 - 15:45 Parallelsession 5

Wissenschaft trifft Wirtschaft: Vermarktung als Ziel der Sicherheitsforschung?

Impuls: „Markt oder Staat? Herausforderungen an privatwirtschaftliche Geschäftsmodelle in der Sicherheitswirtschaft“

Prof. Dr.-Ing. Frank Gillert (TH Wildau)

Statements & Diskussion:

- **Dr. Dirk Grabowski** (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie)
- **Dr. Helmut Grimm** (Tengelmann WHG KG)
- **Jörg Marks** (Siemens Building Technologies GmbH & Co KG)
- **Prof. Dr. Elke Krahnemann** (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Brunel University London)

Moderation: **Dr. Lars Gerhold** (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

16:30 - 18:00 Parallelsession 6

Abschlussrunde: Sicherheit als gemeinsame Aufgabe

Impuls: „Transdisziplinäre Sicherheitsforschung - Feigenblatt oder großer Wurf zur Sicherung der Zukunft unseres Landes?“ **Prof. Dr. Thomas Feltes** (Ruhr Universität Bochum)

Statements & Diskussion:

- **Matthias Max** (Deutsches Rotes Kreuz)
- **Hartfrid Wolff** (KPMG AG)
- **Prof. Dr. Juliana Raupp** (Freie Universität Berlin)

Moderation: **Dr. Saskia Steiger** und **Dr. Lars Gerhold** (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

2 Einleitung: „Wissenschaft trifft...“ Sicherheitsforschung an der Schnittstelle zu Politik, Praxis und Gesellschaft

„Wissenschaft trifft ...“ Sicherheitsforschung an der Schnittstelle zu Politik, Praxis und Gesellschaft.

Wissenschaft und Forschung sind Treiber technischer und sozialer Entwicklungen der Gesellschaft. Durch Wissenschaft und Forschung werden Problemfelder identifiziert, Lösungsvorschläge entwickelt und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen kritischen Reflektionen unterzogen. Eine wissenschaftliche Beschäftigung mit gesellschaftlich relevanten Problemen heißt, solche Probleme in ihrer tatsächlichen Komplexität anzugehen und sie nicht auf die disziplinären Grenzen und Sichtweisen zu reduzieren; Inter- und Transdisziplinarität in der Forschung sind in diesem Sinne die Antwort auf die „Dynamik gesellschaftlicher Probleme“ (Defila & Di Giulio 1998, S. 118).

Nicht zuletzt angestoßen durch das Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit“ wurde eine neue Fachszene (BMBF 2012, S. 6) in Deutschland zusammengeführt. Die Sicherheitsforschung in Deutschland hat sich als forschungsstarke Gemeinschaft formiert und etabliert. Unterschiedlichste Akteure aus der Anwendung, der Wirtschaft und insbesondere den unterschiedlichen Disziplinen der Wissenschaft haben sich in Forschungsprojekten und -verbänden unter dem gemeinsamen Ziel „Sicherheitsforschung zu betreiben“ zusammengefunden. Das beforschte Themenfeld „Sicherheit“ ist breit, heterogen und hat sich in den letzten Jahren verändert, wenn nicht gar neu erfunden: Szenarioorientierte Forschung, Technologieentwicklungen, gesellschaftliche Dimensionen und internationale Kooperationen bilden den Rahmen für die deutsche Sicherheitsforschungslandschaft. Die Sicherheitsthemen, auf welche in der deutschen Sicherheitsforschung Bezug genommen wird, weisen fast alle systemischen Charakter auf, d.h. es handelt sich bei den betrachteten Problemlagen um hochgradig vernetzte Problemzusammenhänge mit schwer abschätzbaren Breiten- und Langzeitwirkungen, deren Beschreibung, Analyse und Bewältigung mit erheblichen Wissens- und Bewertungsproblemen verbunden ist (vgl. Renn et al. 2007). „Komplexe Forschungsgebiete, Probleme, Fragestellungen, die nicht mit Hilfe einer disziplinären Sicht- und Vorgehensweise bearbeitet werden können, führen notwendigerweise zu interdisziplinären Interaktionen, wenn versucht wird, diese Themen gesamtheitlich in ihrer Komplexität zu erfassen.“ (Defila & Di Giulio 1998, S. 116).

Daher fördert und fordert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in seinen Ausschreibungen zur Sicherheitsforschung seit Langem ein Umdenken hinsichtlich der Zusammenarbeit mit außerwissenschaftlichen Partnern. Anwender, Endnutzer, große und kleine Unternehmen, Behörden und politische Entscheider sind Partner im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess; *Inter- und Transdisziplinarität* sind zum grundlegenden Kriterium der Förderfähigkeit geworden.

„Interdisziplinarität beginnt per definitionem dort, wo sich zwei Disziplinen oder auch Subdisziplinen gemeinsam mit der Beantwortung einer fächerübergreifenden Frage befassen.“ (Kastenhofer 2010, S. 87). Interdisziplinarität bedeutet dabei jedoch nicht, das eigene Forschungsfach zu verlassen, sondern vielmehr die eigenen Grenzen in konkreten Forschungsprojekten zu überwinden, indem man verschiedene Theorien und Herangehensweisen verschiedener Fächer und Disziplinen auf fruchtbare Weise miteinander vernetzt (vgl. Schüll 2014). Voraussetzung für die erfolgreiche interdisziplinäre Zusammenarbeit ist die Fähigkeit, die eigene

Perspektive zu reflektieren und grundsätzlich mit anderen kooperieren zu können und zu wollen. Darüber hinaus muss eine Einigung auf gemeinsame Ziele im Forschungsverbund, die schließlich hinsichtlich der einzelnen Ergebnisse integriert werden müssen, erfolgen.

Transdisziplinarität geht noch darüber hinaus und adressiert die Integration wissenschaftlicher und lebenspraktischer Perspektiven (Dienel 2014). Ziel ist das gleichberechtigte Zusammenwirken von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und praktisch erfahrenen und/oder einflussreichen Partnern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit erhöht sich zugleich der potenzielle Gewinn des Forschungsprojektes durch die gesellschaftlich relevanten, innovativen und breiter akzeptierten Ergebnisse.

Wissenschaft und Praxis tun sich jedoch bisweilen schwer mit einer Inter- und Transdisziplinarität (Dienel 2014). Die Praxispartner werden allzu oft als Datenlieferanten verstanden; der Wissenschaft werden Kommunikationsschwierigkeiten und ein Verstecken hinter Fachtermini vorgeworfen. Erfahrungswissen und wissenschaftliches Wissen stehen eher in Konkurrenz, denn in integrativer Synergie.

Inter- und transdisziplinäres Arbeiten und Problemlösen bedarf daher der intensiven Kommunikation der beteiligten Akteure. Es bedarf inter- und transdisziplinären Interaktionen, in denen gemeinsame Ziele verhandelt, eigene Positionen reflektiert und Unterschiedlichkeiten, z.B. hinsichtlich des Verständnisses von Begriffen und Strategien, deutlich werden. Die Pluralität der Akteure benötigt ein Forum zur Integration der unterschiedlichen Perspektiven, welches Widersprüchlichkeiten in Handlungsalternativen wandelt.

Das Forschungsforum Öffentliche Sicherheit hat in seinem Workshop „Wissenschaft trifft ...“ im Rahmen des 2. BMBF-Innovationsforums „Zivile Sicherheit – Antworten der Forschung“, vom 7. bis 9. Mai 2014 in Berlin ein Forum zur Interaktion der unterschiedlichen Akteure eröffnet. Ziel war es, danach zu fragen, wie das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen und Wissensformen besser organisiert und auf fruchtbaren Boden gestellt werden kann. Ausgangspunkt des Workshops war die Perspektive der Wissenschaft. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben in vielen Fällen eine klare Vorstellung davon, wie Forschung abläuft, welche Kriterien der Wissenschaftlichkeit zu beachten sind und welche Erkenntnisse möglich sind. Im Rahmen der im Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung geförderten Projekte trifft Wissenschaft auf unterschiedliche Akteure: Wissenschaftler anderer Disziplinen, Politiker, Unternehmen unterschiedlicher Größe, sogenannte Endanwender und die Gesellschaft, welche sich vom Adressaten zum Akteur der Sicherheit gewandelt hat.

In insgesamt sechs Sessions wurden diese Schnittstellen beleuchtet und mit hochkarätigen Vertretern diskutiert. Die Ergebnisse dieser Diskussionen sind in dieser Ausgabe der Schriftenreihe für Sie dokumentiert. Viel Spaß beim Lesen!

Literatur:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2012). BMBF-Innovationsforum „Zivile Sicherheit“. Sicherheit in einer offenen Gesellschaft. Konferenzergebnisse vom 17. bis 19. April 2012, Berlin. Verfügbar unter http://www.bmbf.de/pub/innovationsforum_zivile_sicherheit_2012.pdf [20.01.2014].
- Defila, R. & Di Giulio, A. (1998). Interdisziplinarität und Disziplinarität. In Olbertz, J.-H. (Hrsg.). Zwischen den Fächern – über den Dingen? Universalisierung versus Spezialisierung akademischer Bildung . S. 111–137. Opladen.
- Dienel, H.-L. (2014). Transdisziplinarität. In: Gerhold, L. et al.: Standards und Gütekriterien der Zukunftsforschung. Berlin.
- Kastenhofer, K. (2010). Zwischen „schwacher“ und „starker“ Interdisziplinarität: Sicherheitsforschung zu neuen Technologien. In: Bogner, A., Torgersen, H. & Kastenhofer, K. (Hrsg.). Inter- und Transdisziplinarität im Wandel? Neue Perspektiven auf problemorientierte Forschung und Politikberatung. S. 87–122. Baden-Baden.
- Renn, O., Schweizer, P.-J., Dreyer, M. & Klinke, A. (2007). Risiko. Über den gesellschaftlichen Umgang mit Unsicherheit. München.
- Schüll, E. (2014). Interdisziplinarität. In: Gerhold, L. et al.: Standards und Gütekriterien der Zukunftsforschung. Berlin.

Für die Unterstützung bei der Vorbereitung danken wir insbesondere Prof. Dr. Juliana Raupp, Freie Universität Berlin, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

3 Wissenschaft trifft Politik: Zwischen Missverständnissen und symbolischer Politik

Der politische Alltag unterliegt anderen Gesetzmäßigkeiten als die wissenschaftliche Forschung. Konkrete Bedrohungslagen oder eingetretene Schadensereignisse führen zur politischen Auseinandersetzung und Positionierung, die Verhandlung weiterer relevanter Sicherheitsthemen abseits einer medialen Aufgeregtheit ist jedoch selten mit dem politischen Terminplan und tagespolitischen Anforderungen vereinbar. Die Erwartung einer umgehenden politischen Reaktion fördert bisweilen symbolische Politikentscheidungen zu Tage, die aus wissenschaftlicher Sicht kritikwürdig sind. Mit steigender gesellschaftlicher Komplexität und einem steigenden Erwartungs- und Entscheidungsdruck ist Politik jedoch mehr denn je angewiesen auf Expertenwissen. Doch wissenschaftliche Analysen alleine können die Politik nicht davon entlasten, Entscheidungen zu treffen, denn „Denn jede politische Entscheidung basiert nicht nur auf dem Wissen um die möglichen Konsequenzen der Entscheidungsoptionen, sondern auch auf Präferenzen über die Wünschbarkeit dieser Auswirkungen. Politische Entscheidungen basieren nicht nur auf Wissen um die möglichen Konsequenzen der Entscheidungsoptionen, sondern auch auf Präferenzen über die Wünschbarkeit dieser Auswirkungen.“¹. Dieses, was Politiker gerne als Sachzwänge bezeichnen, hat Wissenschaft nicht im Fokus, wenn sie Ihren Blick auf „das sachlich Richtige“ richtet. So charakterisieren Rationalisierungshoffnungen, symbolische Politik und praktische Missverständnisse das Zusammentreffen von Politik und Wissenschaft. Vor dem Hintergrund von Bedrohungslagen zeigt sich, dass der Dialog zwischen Politik und Wissenschaft nicht einfacher wird dadurch, dass „die Öffentlichkeit mit ins Spiel kommt“. Hier zeigt sich vielmehr, je stärker die Öffentlichkeit über die Massenmedien Anteil nimmt an der Diskussion desto mehr gewinnt eine symbolische Politik an Bedeutung.

Ist symbolische Politik aber per se kritikfähig? Oder kann sie nicht auch wertvolle Aufgaben erfüllen, etwa, wenn sie die Ängste und Sorgen der Bevölkerung adressiert? Welche Anforderungen ergeben sich aus tagespolitischer Aktualität auf der einen und wissenschaftlicher Exaktheit auf der anderen Seite? Welche Rolle, Verantwortlichkeiten und Legitimität haben Wissenschaft und Politik in diesem Dialog? Und letztlich welche Rolle nimmt die Öffentlichkeit ein?

3.1 Impuls: Dr. habil. Nils Zurawski – Sicherheit und die Schwierigkeit ein leeres Blatt Papier zu beschreiben. Wissenschaft und Politik im Umgang mit der Wirklichkeit.

"Wissenschaft trifft Politik" so der Titel dieser Diskussion, die bereits die Fragen aufgeworfen hat: „Braucht Wissenschaft die Politik?“ oder umgekehrt "Braucht Politik Wissenschaft?". Die Antwort lautet, nein, sie braucht sie nicht, die Wissenschaft ist vielfach lästig. Braucht Wissenschaft hingegen Politik? Ja, leider. Warum das so ist und ob das wirklich so verkürzt stimmt, wird sich im Verlauf der Ausführungen zeigen.

Wo liegt das Problem, wenn sich Wissenschaft und Politik treffen? Oder welche Probleme gibt es? Wo gibt es Schwierigkeiten? Wo und unter welchen Voraussetzungen treffen sie sich überhaupt? Im Programm zu dieser

¹ Renn, O. (2006). Möglichkeiten und Grenzen sozialwissenschaftlicher Politikberatung. In: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.). Politikberatung in Deutschland. S. 51. Wiesbaden.

Veranstaltung wird gemutmaßt, dass es eine Erwartungshaltung der Öffentlichkeit gibt, die besagt, dass die Politik auf jede Debatte umgehend und direkt reagieren soll.

Diese Herangehensweise befördert bisweilen auch Politik mit Symbolcharakter. Wenn von Symbolpolitik gesprochen wird, dann klingt das erst einmal so, als sei es keine richtige Politik, sondern hier wird etwas benutzt, um entweder abzulenken oder um ein Symbol zu schaffen, bzw. Tätigkeit vorzutauschen und das Ganze wieder zu vergessen. Das Medieninteresse ist kurz, das Wähler- oder das Bürgerinteresse bzw. die Aufnahme- und Konzentrationsspanne ebenso kurz und am nächsten Tag ist irgendetwas anderes wichtig. Politik tut irgendetwas, damit alle Akteure befriedigt sind und der Skandal wird kein Skandal mehr.

Muss symbolische Politik hierbei immer per se kreditunwürdig sein? Symbole stehen für etwas, dahinter kann sich eine ganze Menge mehr verbergen. Zwei Beispiele aus Hamburg verdeutlichen dies in der Folge Zunächst wird auf die positiven Elemente und Herangehensweisen symbolischer Politik eingegangen und ihre Konsequenzen aufgezeigt, bevor die Rolle der Wissenschaft diskutiert wird.

Erstens, vor gut einem halben Jahr befinden sich 300 Flüchtlinge in Hamburg. Afrikaner aus ungeklärten Herkunftsländern, die über Lampedusa, Italien, nach Hamburg kamen. Sie fanden in einer Kirche in St. Pauli Unterschlupf und wollten als Gruppe anerkannt werden, was letztlich abgelehnt wurde. Der Hamburger Senat, namentlich Olaf Scholz und Michael Neumann als Innensenator, stellte sich relativ sperrig an. Es gab u. a. Solidaritätsbekundungen und Demonstrationen für die Flüchtlinge, die nicht nur die Missstände dieser Flüchtlinge thematisierten, sondern auch von ihnen selbst genutzt wurden, um darauf aufmerksam zu machen, was in der EU-Flüchtlingspolitik passiert.

Das wäre ein guter Moment für symbolische Politik gewesen, doch was gemacht wurde, kann man eher als konkrete Politik bezeichnen. So wurde z.B. abgelehnt, die Flüchtlinge als Gruppe anzuerkennen. Symbolische Politik hätte darin bestehen können zu sagen: ja machen wir, wir erkennen die Flüchtlinge an, wir helfen. Die 300 haben es bis Hamburg geschafft, wir nehmen sie auf. Ein Symbol war eigentlich das Problem dahinter, die europäische Flüchtlingspolitik, die weder in Hamburg entschieden, noch verantwortet wird, noch die Aufnahme der 300 Flüchtlinge oder das Problem im Mittelmeer in Lampedusa löst. Reine Symbolpolitik wäre gewesen, den 300 Menschen zu helfen und vielleicht weitergehend eine Aufmerksamkeit in der breiten Bevölkerung zu schaffen, was europäische Flüchtlingspolitik oder Migrationspolitik an den Außengrenzen Europas bedeutet. Aber die Chance, dieses Symbol und die symbolische Geste zu nutzen und etwas Positives zu befördern, wurde vertan, ohne das eigentliche Problem der Flüchtlinge zu lösen.

Ein zweites Beispiel für Symbolpolitik fand ca. zum gleichen Zeitpunkt und auch indirekt damit zusammenhängend in Hamburg statt: Die Klassifizierung von Gefahrengebieten. Nach einem zweifelhaften Angriff eines Mobs auf eine Polizeiwache und einer darauf folgenden Demonstration kurz vor Weihnachten 2013, gab es kurz vor Silvester einen ominösen Angriff, der dann doch keiner war, und auch nicht so richtig aufgeklärt wurde.² Auf jeden Fall wurden daraufhin in der Stadt Hamburg Gefahrengebiete definiert. Erst ein großes, dann drei kleinere, immer mit Polizeiwache drum herum. Dies ist Symbolpolitik, denn niemand konnte erklären, was diese Gefahrengebiete sollen, was damit erreicht wird, ob überhaupt etwas damit erreicht wird.

² Von Appen, K. Zweifel am Angriff auf Davidswache. in TAZ – Die Tageszeitung online, 06.01.2014. <http://www.taz.de/!130515/> [14.11.2014].

Die anschließende kausale Begründung war: "Seht ihr, es ist alles ruhig geworden, deswegen sind die Gefahrengebiete gut gewesen."

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist das Unsinn, weil hier verschiedene Dinge verwechselt und ohne Untersuchungen Zusammenhänge hergestellt werden. Die Einrichtung der Gefahrengebiete ist ein Symbol, das kommt gut an. Wenngleich nicht bei den Kritikern. Bei der Hamburger Bevölkerung kamen die Gefahrengebiete sehr gut an, auch bei der Hamburger Wählerschaft, vor allen Dingen in den vorörtlichen, suburbanen Gebieten im Westen und im Norden der Stadt.

Was hat die Wissenschaft mit dieser Politik zu tun? Man kann sich wissenschaftlich dazu verhalten, man kann die Gefahrengebiete und die Rhetorik der Gefahrengebiete auseinandernehmen und einen Kommentar dazu verfassen, auch Forschung zu Raum und Kriminalität und weitere Zusammenhänge betreiben. Dies kann wissenschaftlich beigetragen werden, man muss dann allerdings frustriert feststellen, dass dies keinen interessiert, zumindest nicht auf der Seite der Politiker, die das zu verantworten hatten und auch nicht auf Seiten der Polizei.

Bei dem ersten Beispiel könnte man natürlich unterstützend sagen, die Flüchtlingsproblematik sieht juristisch und politologisch so und so aus. Es kann eine wissenschaftliche Beratung durchgeführt werden. Aber auch hier muss man dann feststellen: Es wird angenommen, wenn es genehm ist, ansonsten ist es so ein bisschen Rauschen im Wald. Das heißt also, Politik braucht Wissenschaft vor allen Dingen, um nachher etwas zu legitimieren, was sie vorher schon entschieden hat. Wobei die Entscheidung weder unumkehrbar ist, noch eine negative Legitimation oder Delegitimation, von der Wissenschaft wirklich ernst genommen würde.

Wissenschaft ist der Politik oft zu abstrakt oder wirklichkeitsfremd. Selbst bei der Eröffnung des Innovationsforums „Zivile Sicherheit“ hat sich der Philosoph, Prof. Dr. Volker Gerhardt, erst einmal dafür entschuldigt, dass er abstrakt spricht.³ Was er nicht muss, denn wenn man einen Philosophen einlädt, muss man mit Abstraktion rechnen. Der zweite Sprecher im Eröffnungsplenum, Helmut Spahn vom International Center for Sport Security, sprach in seinem Vortrag von einer integrativ-holistischen Sichtweise von Sicherheitsapparaten in Bezug auf Sportveranstaltungen. In diesem Zusammenhang kam er auf Mentalitäten zu sprechen und sagte übertragen, dass z. B. die Brasilianer so seien wie sie sind und deswegen könne dort keine höhere Sicherheitsstufe geschaffen werden. Er sprach immer von integrativ-holistisch und meinte das aber gar nicht, hatte also einen relativ festgefügten Blick auf Sicherheit und von dem, was Sicherheit sein soll. Nun ist er kein Politiker, aber an einer Schnittstelle zwischen Politik und Praxis angesiedelt.

Es gibt eine Kommunikationsschwierigkeit, man könnte behaupten, dass Wissenschaft und Politik eine Kommunikationsberatung, einen Coach oder einen Mediator brauchen, damit sie sich besser verstehen.

Denn die zweite Behauptung bzw. These ist die Frage der Sicherheit. Sicherheit, was soll das sein? Politiker wissen ziemlich genau, was Sicherheit ist. Sie definieren Sicherheit immer nach ihren aktuellen politischen Bedürfnissen und sie sprechen wenig von Unsicherheit. Auch dies war heute Morgen bei der Eröffnungsrede

³ Gerhardt, V. (2014). Zivile Sicherheit. Keynote zum 2. BMBF Innovationsforum "Zivile Sicherheit". Verfügbar unter http://www.bmbf.de/pubRD/Keynote_Gerhardt.pdf [14.11.2014].

deutlich. Es ging um Sicherheit und alle im Raum sollten wissen, was das bedeutet für Herrn Spahn.⁴ Es gab auch keine Ambivalenzen dabei. Sicherheit war ein festgefügtter Begriff und Herr Spahn nahm an, wir wissen, was er meint.

Politik sieht Sicherheit als einen zu erreichenden Zustand an, eine Norm, deren Übertretung durch wissenschaftlich Vorausgesagtes abgeglichen werden soll. Es gibt eine Norm und wir sollen feststellen, wann wird sie übertreten, wie wird abgewichen und was kann dagegen getan werden, beziehungsweise wie können wir Übertretungen vermeiden. Für die kritischen Wissenschaften ist es ein offenes Konzept, bzw. sollte es sein. Ein Diskurs, der im Disput erklärt, erweitert, verwirft, neu definiert und vor allen Dingen ist es eine Folie vor der kritisch reflektiert über Gesellschaft nachgedacht wird.

Dies sind mehr Fragen als Antworten und dieses interessiert Politiker weniger, sie wollen Antworten und keine Fragen. Oder wenn eine Frage, dann möglichst auch drei Antworten dazu. Auf die Aufforderung „Wir müssen hier Sicherheit schaffen“ fragt der Wissenschaftler zunächst: „Was für eine Sicherheit? Ist Sicherheit überhaupt der richtige Begriff? Geht es überhaupt um die Sache? Müssen wir uns nicht um andere Sachen kümmern?“ Das ist schwierig.

Politik ist genauso wenig an solcher von Wissenschaft (auch) vertretenen Ambivalenz interessiert. Politik will keine Ambivalenzen. Das absurde dabei ist, dass Politik sich trotzdem nicht eindeutig festlegt, sondern auch gern widersprüchlich handelt - in dem einen Feld so, in dem anderen Feld so, obwohl die Felder zusammengehören. Das ist oft wenig kongruent. Sie erzeugen ständig Ambivalenzen und man weiß nicht, was man machen soll. Wenn man das Ganze nämlich sieht, dann ist Politik sehr widersprüchlich und eine ambivalente Aussage zu „Was ist Sicherheit?“ passt der Politik nicht. Wissenschaftler fühlen sich da ganz wohl und gehen auch nicht unruhig nach Hause. Wenn sie keine Definition haben, dann machen sie morgen weiter und fragen noch einmal drei andere Experten und diskutieren weiter. Dieses macht Politiker unruhig. Dennoch erzeugen Politiker Ambivalenzen und das ist ein Widerspruch. Wenn dann zusätzlich Wissenschaftler kommen und sagen „Nee Freunde, so nicht. Das mit der Politik wie ihr das macht, das ist aus den und den Gründen haltlos, unredlich, falsch, zu kritisieren oder zumindest könntet ihr an einigen Stellen nacharbeiten“, dann wird Wissenschaft nicht immer als Kommunikationspartner empfunden, sondern eher als Störenfried. Und dann hört man eben auch nicht zu. Muss man ja auch nicht, denn Entscheidungen kann man ja auch ohne die Wissenschaft fällen.

Die dritte Behauptung oder These betrifft die Sicherheitsforschung. Politik schreibt mit dem Sicherheitsforschungsprogramm Wissenschaft vor, was zu forschen ist und betreibt Agendasetting. Dem möchte ich noch einen Hinweis voranstellen: Wenn ich von Wissenschaft spreche, meine ich natürlich alle, aber insbesondere kann ich vor allen Dingen von Kultur- und Sozialwissenschaften sprechen, weniger von Natur- und Ingenieurwissenschaften, da mögen einige Dinge anders liegen. Dieses sollte in der Folge berücksichtigt werden.

Öffentliche Forschung wird oft genug prekär finanziert. Und das Sicherheitsforschungsprogramm bietet durchaus Anreize zur Forschung zu Themen, die man zwar nicht selbst gewählt hat, aber zu Themen, die einem

⁴ Spahn, H. (2014). „Sicherheit von Großveranstaltungen“ bzw. „Sport und Sicherheit“. Verfügbar unter [http://www.bmbf.de/pubRD/Keynote_Spahn\(1\).pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/Keynote_Spahn(1).pdf) [24.11.2014]

angeboten werden. Es gibt genügend Wissenschaftler, die ihre Doktorarbeit über das Eine schreiben, aber das Andere erforschen, weil das ihre Doktorarbeit finanziert, die Interessen sind aber ganz anders gelagert. Nur, für das Andere bekommen sie kein Geld und es wird keine Stelle finanziert. Daher muss man sich dieser Agenda anschließen. Es bestehen klare Interessen, die Wissenschaft macht mit, auch weil sie sich ein Mehr an Einfluss und Macht verspricht. Auch Wissenschaftler sind eitel und wollen gern mitreden und am Tisch mit den Großen dabeisitzen. Dabei wird übersehen, dass Politik die Wissenschaft nicht braucht, um Entscheidungen zu treffen. Aus Wissenschaft wird Politikberatung und dies ist ein völlig anderes Feld. Das Sicherheitsforschungsprogramm zeigt diese Entwicklung ganz deutlich. Wissenschaftler betreiben Politikberatung und das führt dazu, dass der wissenschaftliche Anteil an dieser Art von Consulting immer dünner wird.

Wissenschaft als Hilfsfeld für politische Akteure kann aber nicht eigenständiger Impulsgeber sein. Das kann nur Wissenschaftsforschung als freie, unbestimmte Forschung, die erarbeitet, welche Probleme ergeben sich aus der Betrachtung von Gesellschaft und Politik.

Viertens, Politik und Wissenschaft begegnen sich, treffen sich aber mit falschen Erwartungen auf beiden Seiten. Politik will die Legitimation ihrer Politik und auf die Legitimation von Entscheidungen, die auf der Grundlage anderer Rationalitäten getroffen wurden, einwirken, dieses oft im Nachhinein, aber mit Blick auf die Zukunft. Wissenschaft hingegen will Geld und Einfluss, deswegen brauchen wir Politik. Eigentlich ist die Wissenschaft hier immer so ein bisschen in der Position des Bittstellers: eine Stelle hier, die Abschaffung eines Fachbereichs da, mehr für die Forschung, mehr Exzellenzinitiative, etc. Die Wissenschaft braucht die Politik dringend. Außerdem gilt hier für die Wissenschaft ebenso wie für andere Teile der Gesellschaft, die Nähe zur Politik im Zusammenhang mit Macht ist reizvoll.

Fünftens, politisierte beziehungsweise politisch willfährige Wissenschaft, so ist der Wunsch der Politik, steht einer politisch aktiven Wissenschaft, einer kritischen Wissenschaft, die sich auch als Gesellschafts- und Herrschaftskritik versteht, entgegen. Das ist die nächste Kommunikationsbarriere, es sind oft genug falsche Voraussetzungen, unter denen wir uns treffen und dann zeigt sich, Politik und Wissenschaft haben andere Vorstellungen von der Wirklichkeit.

Ganz am Anfang des Programms zu dieser Veranstaltung steht „Konkrete Bedrohungslagen oder Schadensereignisse führen zu politischen Auseinandersetzungen und Positionierungen“. Konkrete Bedrohungslagen, das klingt als könnte man objektiv sagen, was eine Bedrohungslage ist und diese wird von allen erkannt. Doch dem ist ja nicht so. Was ist eine Bedrohungslage? Ein Keller steht unter Wasser, ist zwei Meter hoch, bis 1,80 m steht Wasser drin und es sind Kinder in diesem Keller. Das ist eine objektive Bedrohungslage für die Kinder. Ein islamistischer internationaler Terror ist eine relativ ungenaue Bedrohungslage. Der Islam als solcher ist auch eine ungewisse Bedrohungslage. Wir sind uns überhaupt nicht einig, wie wir eine konkrete Bedrohungslage zu benennen haben. Die Politik interessiert sich besonders in der Sicherheitsforschung für das, was in Zukunft sein könnte und dafür werden Szenarien entworfen, wie die Welt sein könnte, aber gleichzeitig wird diese simulierte Wirklichkeit als Maßgabe für Entscheidungen eingesetzt und die heutige Wirklichkeit bereits entsprechend umgeformt. Deswegen müssen wir heute ganz konkret Dinge anders machen, die nur dann relevant werden, wenn es so sein könnte. Aber dadurch, dass Veränderungen vorgenommen werden, werden auch Fakten im Hier und Jetzt geschaffen.

Warum ist so viel Technik in der Sicherheitsforschung? Weil wir die Technik unbedingt brauchen? Weil es geht? Weil wir so viele Ingenieure haben, die super Arbeit machen und die irrsten Dinge erfinden können? Weil es Firmen gibt, die exportieren wollen? Alles das bleibt unklar. Die Wissenschaft versucht sich an einem empirischen Zugang zur Wirklichkeit in Hinsicht auf Risiken, Lösungen und kritische Betrachtungen. So könnte beispielsweise ein Vorfall von Gewalt - Schlägerei unter Jugendlichen mit tödlichem Ausgang - der Politik einen Anlass zum Handeln geben, indem sie sofort den Befund mitliefert: es gibt mehr Gewalt, eine gewalttätige Gesellschaft, wir müssen etwas gegen Jugendgewalt tun. Dieser eine Fall ist schlimm, sagt aber über die Gesellschaft als solches erst einmal nichts aus, es ist ein Fall. Empirisch handelt es sich um die Zahl eins bei 80 Millionen Bewohnern in Deutschland und ist relativ irrelevant. Der Fall ist für die Wissenschaft zunächst eine statistische Größe, die weder ihr Weltbild, noch gegenteilige Befunde einer friedlicheren Welt ins Wanken bringen könnte. Wie sollen sich Wissenschaft und Politik vor diesem Hintergrund verständigen: „Wir müssen da etwas tun!“ – „Nein, müssen wir nicht“. Dies ist müßig.

Wissenschaft will Aufklärung und Diskurs und nutzt Wirklichkeit als Folie der Erkenntnis und als Material der Empirie, um daraus möglichst Aussagen über die Zukunft zu treffen. Allerdings Aussagen über die Zukunft zu treffen ist gewissermaßen immer etwas ungenau. Politik hingegen will die Wirklichkeit formen, Politik will auch, dass die Wirklichkeit anders aussieht, insbesondere in der Zukunft, um die Kontrolle zu behalten. Diese Szenarien sind auf die Kontrolle der Zukunft ausgerichtet. Keine Überraschung morgen, übermorgen, nächstes Jahr, sondern auf alles vorbereitet zu sein, ist die Devise: Preparedness, auch so ein Schlagwort aus der EU-Sicherheitsforschung. Preparedness bedeutet, immer bereit zu sein.

Zu guter Letzt stellt sich die Frage nach Lösungen. Gibt es Lösungen? Es gibt Lösungen, zum Beispiel die Zusammenarbeit in anderen Foren als bisher. Heutzutage zeichnen sich Foren dadurch aus, dass zumeist nicht richtig zusammengearbeitet wird. Der Wissenschaftler sagt hier was und der Politiker sagt da was, das nützt niemandem etwas. Eine Möglichkeit wäre hier ein informeller Austausch, d.h. den Austausch zu Politikern pflegen und hören, wie das Gegenüber tickt, um zu wissen, welche Rationalitäten da sind und um Möglichkeiten der Kommunikationsformen zu finden, auf einer informellen Ebene. Diese Ebene findet sich nicht in Talkshows, sondern in Foren wie dem Innovationsforum oder einem noch intimeren, informelleren Forum. So ließe sich eine verbesserte Kommunikation erzielen, nicht zuletzt um Verständnis für die eigene Arbeit zu wecken, aber auch um längerfristig zu denken. Beziehungsweise die einen müssen längerfristig denken und abstrakter, die anderen müssen sich einfüllen in die vorherrschenden Sachzwänge. Verständnis für die Möglichkeiten des jeweils anderen Feldes aufbringen, um eine tatsächlich konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Was beide Seiten lernen müssen, ist das Aushalten von Unsicherheiten. Politik muss ihren Frieden damit finden damit, dass die Welt unsicher ist und bleiben wird. Aber auch die Wissenschaft muss mit der Unsicherheit leben. Mit der Unsicherheit auch, dass sie nicht gehört wird oder dass sie nicht weiß, was von dem, was sie sagt wirklich ankommt. Das ist einfach so. Denn dargestellt werden, können viele Sachverhalte, welche davon allerdings ankommen, weiß man nicht. Allerdings kann darauf auch nicht einfach geantwortet werden: „Die hören mir aber nicht zu“. Man muss einfach mit der Unsicherheit leben, das weitermachen, was man macht und sich dann freuen, wenn was ankommt, sich freuen, wenn auf einen zugegangen wird. Aber die Unsicherheit ist da, da nützt es auch nichts, zu jammern, dass die Politik einem nicht zuhört. Vielleicht tut sie

das, aber die Verwendung funktioniert nur über drei Ecken. Hierbei ist das Aushalten von Unsicherheit der erste Schritt, um Kommunikation überhaupt zu verbessern.

3.2 Meinungen und Diskussion

Irene Mihalic, MdB (Bündnis 90/Die Grünen)

Ortwin Neuschwander (Innovationszentrum Öffentliche Sicherheit)

Prof. Dr. Wolfgang Bonß (Universität der Bundeswehr München)

Moderation: Dr. Saskia Steiger (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

Die Diskussion thematisierte die unterschiedlichen Handlungsrahmen von Wissenschaft und Politik fragte dabei wie viel Wissenschaft braucht die Politik und wie viel Politik braucht eigentlich die Wissenschaft? Fragen, die in ihrer Einfachheit die Vielfältigkeit der Debatte initiierten und sich entlang der folgenden Schwerpunktthemen entfachte:

Wissenschaft trifft Politik: zwei Systeme

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ist komplex und zeichnet sich durch vielfältige Faktoren aus, die sowohl gänzlich unterschiedliche Handlungsrahmen als auch Erwartungen, Aufträge und Logiken widerspiegeln. Wissenschaft stellt Fragen, arbeitet mit Wahrscheinlichkeiten, Rationalitäten und produziert häufig ambivalente Aussagen. Sie ist in der Welt des sachlich Richtigen, in der das Argument und der Diskurs zählen, zuhause. Wissenschaftler vertreten vielfach die Meinung, dass die sachliche Richtigkeit des Rates, den Politiker dazu verpflichtet diesen anzunehmen. Auch formulieren Forscher Ambivalenzen, sprechen von Unsicherheiten und kennen nicht das, was der Politiker gerne „Sachzwänge“ nennt. Sachzwänge ergeben sich für Politik nicht nur aus verschiedenen Interessenlagen und -gruppen, sondern auch aufgrund von Politikverflechtungen der deutschen Verhandlungs- und Koordinierungsdemokratie. Politik bewegt sich im ständigen Spannungsverhältnis zwischen Öffentlichkeitswirkung und wissenschaftlicher Expertise. Auf der einen Seite braucht Politik in einer komplexer werdenden Welt wissenschaftliche Expertise und Faktenwissen als Handlungsgrundlagen für Entscheidungen. Auf der anderen Seite haben Politik und ihre gewählten Volksvertreter die Aufgabe, komplexe Debatten verständlich zu kommunizieren und in der gesellschaftlichen Breite diskursfähig zu machen. Hierbei ist die von der Wissenschaft vertretene Ambivalenz vermittlungsfremd, vor allem vor dem Hintergrund eines dynamischen und sich stetig wandelnden (politischen-) Umfeldes.

Die Akademisierung der Politik, die sich im Rahmen des von der Soziologie beschriebenen Trends einer Verwissenschaftlichung der Welt aufzeigen lässt, ist für die Wissenschaft nicht umfassend genug. Hierbei wird allerdings ein relevanter Fakt häufig übersehen, eine „Wert“-Entscheidung können letztlich nur Politiker fällen, denn dafür sind sie kraft ihres Amtes legitimiert.

Letztlich sind Politik und Wissenschaft unterschiedliche Communities, gemäß der „Dual-Communities-Thesis“, die sich allerdings trotzdem begegnen (müssen). Die Politik begegnet der Wissenschaft, um Daten, Fakten und Sachverstand zu generieren, die Wissenschaft benötigt die von der Politik bereitgestellten Forschungsgelder und für den einen oder anderen kommt dazu, dass es „Publicity“ verspricht. Die Wissenschaft steht heutzutage vor einem Balanceakt, zwischen Wissenschaft zum Selbstzweck auf der einen und Auftragsforschung auf der

anderen Seite. In der Politik sind hier vielmehr die öffentliche Meinung und die Wiederwahl stark beeinflussende Faktoren.

Symbolische Politik

Die Diskussion zeigte eine deutliche Unterscheidung zwischen einer Politik der Symbole und einer symbolischen Politik. Beides muss nicht per se kritikwürdig sein, Symbole stehen zunächst unabhängig von Wertzuschreibungen und erhalten erst durch diese eine gesellschaftliche Stoßrichtung. Die Vergangenheit zeigte vor allem nach den Anschlägen am 11. September 2001 in den USA, eine fortschreitende Symbolpolitik auch in Deutschland, die sich noch heute in der Diskussion um Öffentliche Sicherheit zeigt. Grundproblem ist hierbei, dass der Begriff Sicherheit nicht nur Projektionsfläche für Ängste und Befürchtungen bietet, sondern vielfach auch von Seiten der Politik als erreichbarer Zustand der breiten Öffentlichkeit vermittelt wird. Wissenschaft und ambivalente Aussagen sind vor diesem Hintergrund schwierig auszuhalten und zu vermitteln. Der wissenschaftlich reflexive Diskurs wird hier schnell zum Störenfried, nutzt allerdings die Politik der Gesten und Symbole auch nicht für sich, zum Beispiel um einen gesellschaftlichen Dialog mit der Öffentlichkeit zu initiieren. Nicht zuletzt verfügen gerade die Wissenschaften über wenig schillernde Symbole, die sich zur Verwendung anbieten, um einen Dialog über die Schaffung eines Unsicherheitsbewusstseins voranzubringen. Vor allem den Sozialwissenschaften kommt hier eine zentrale Stellung zu, hat sie doch die größte Wirksamkeit, wenn sie die Öffentlichkeit informiert und diese Rolle des Informanten auch bei der Vermittlung in die Politik hinein nutzt. Diese Rolle füllen die Sozialwissenschaften allerdings nur selten aus.

Die Falle der Sicherheitsoptimierung

Die Diskussion präsentierte weiterhin die generelle Schwierigkeit den Begriff Sicherheit zu fassen. Vielfach wird Sicherheit als erreichbarer Zustand definiert anstatt realistisch erreichbare Sicherheitniveaus und Unsicherheiten zu diskutieren. Wissenschaft hat hier die Aufgabe Ambivalenzen aufzuzeigen und sachlich fundiertes Faktenwissen aufzubereiten. Allerdings hat Wissenschaft auch die Aufgabe neutral zu bleiben und sich nicht in wertebasierte politische Diskussionen einzumischen. Tut sie das, beschädigt sie ihre eigene Reputation. Sicherheitsoptimierung sollte nicht im Vordergrund stehen, sondern vielmehr ein breiter Diskurs, der auch Öffentlichkeit und Medien einschließt.

Die Diskussion zeigte, dass es sowohl für Politik als auch für Wissenschaft eine Herausforderung darstellt, nicht in eine Sicherheitshysterie zu verfallen, welche Sicherheit in ein Missverhältnis zu den Freiheitsrechten geraten lässt. Anstelle stetig mehr Sicherheitsoptimierungen zu fordern, sollte die Frage gestellt und ein Dialog initiiert werden: Wie viel Unsicherheit wollen wir als Gesellschaft aushalten?

Lösungsansätze: Transparenz und Kommunikation in Wissenschaft und Politik

Der Bedarf an einer verstärkten Interaktion von Wissenschaft und Politik zeigte sich deutlich im Rahmen der Diskussion. Gefordert wird eine konstruktive Zusammenarbeit von allen Seiten. Allerdings zeigte die Debatte ebenfalls, dass es einer Wissenschaft bedarf, welche die Sachzwänge und Gesetzmäßigkeiten, denen sich Politik aussetzt, sieht und mitdenkt. Wissenschaft und Politik sind miteinander verwoben in dem Spannungsverhältnis von tagespolitischer Aktualität und dem Anspruch wissenschaftlicher Exaktheit und Ambivalenzen. Hier gilt es Wege und produktive Kommunikationsformen zu finden, die den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden. Dennoch sollte hierbei eine wechselseitige Unabhängigkeit erhalten werden. Was Wissenschaft und Politik benötigen ist eine gemeinsame Kommunikationsform, eine Mediation, die eine

konstruktive und vor allem langfristige Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Politikern ermöglicht. Dabei ist es unabdingbar, Verständnis für die jeweils andere Arbeit, respektive Handlungsrahmen und Aufträge mitzudenken und Ambivalenzen auszuhalten. Hierfür braucht es einen Diskurs, der die pluralen Werte und Interessen der betroffenen Akteure mit in den Entscheidungsprozess einkalkuliert. Doch letztlich kann Wissenschaft eines nicht und zwar die Politik davon entlasten Entscheidungen zu treffen.

4 Wissenschaft trifft Wissenschaft: Interdisziplinarität (nicht) leicht gemacht

Vorstellungen davon, wie die Welt funktioniert, was den Wandel antreibt, was „richtige“ gesellschaftliche Entwicklungen sind, differieren naturgemäß zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen: Technikwissenschaftler bevorzugen das technisch Mögliche, Naturwissenschaftler das tatsächlich Beobachtbare, Sozialwissenschaftler das normativ Gewollte und Rechtswissenschaftler das rechtlich Mögliche. Schon der Versuch der Bestimmung gemeinsamer Termini wird zur Herausforderung im Forschungsverbund. Gleichzeitig ist die Interdisziplinarität Bedingung der Förderfähigkeit in der Sicherheitsforschung. Die Begründung hierfür liegt in den meisten Fällen in den komplexen Problemlagen, die aus einer einzelnen Sichtweise heraus nicht lösbar erscheinen. Warum interdisziplinäres Arbeiten richtig und zielführend ist, darüber ist sich der wissenschaftliche Diskurs weitgehend einig:

„Im Idealfall [...] sollen die disziplinären Grenzen im konkreten Forschungsprojekt, d.h. dort, wo es für die vorliegende Forschungsfrage notwendig ist, insofern überwunden werden, als dass die Perspektiven, Theorien und Herangehensweisen verschiedener Fächer und Disziplinen auf fruchtbare Weise miteinander vernetzt werden. Auf diesem Weg soll ein Erkenntnisgewinn entstehen, der in den jeweiligen disziplinären Perspektiven alleine nicht möglich gewesen wäre“.⁵

„Auch wenn dies aus der Perspektive der disziplinär geprägten Forscher als Abkehr von ihren Sichtweisen, Theorien und Herangehensweisen und damit als Kompromiss empfunden wird, müssen die verschiedenen Forschungsansätze zu etwas Neuem integriert werden, das für alle gemeinsam gilt“.⁶

Offen und immer wieder eine Herausforderung bleibt jedoch die Frage, wie dies erreicht werden kann und ob dies überhaupt unbedingt erreicht werden soll. Ein Grundproblem besteht oftmals in der mangelnden Offenheit gegenüber anderen wissenschaftlichen Zugängen. Beispiele sind: Welche Qualität müssen Daten haben (klare, modellierbare Daten vs. qualitative Daten)? Wie eindeutig und verwertbar müssen Ergebnisse sein (klare Grenzen: Festlegen von Schutzstufen vs. Unsicherheiten als Prinzip des Lebens akzeptieren)?

Was sind die Bedingungen guter interdisziplinärer Projektarbeit in der Sicherheitsforschung? Wo liegen Grenzen der gemeinsamen Arbeit? Und wieviel kritische Würdigung – insbesondere bei Fragen der Sicherheit – müssen Wissenschaftler untereinander entgegenbringen und akzeptieren?

4.1 Impuls: Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel – Dimensionen und Erfolgsbedingungen multi-, inter- und transdisziplinärer Projektarbeit in der zivilen Sicherheitsforschung

1 Definitionen: Multi-, inter- und transdisziplinäre Forschungsk Kooperationen

Fragen der zivilen Sicherheitsforschung sind in der Regel so komplex, dass sie sich nur durch Integration von wissenschaftlichen und lebenspraktischen Perspektiven verstehen, bearbeiten und lösen lassen, kurz: durch *transdisziplinäre* Kooperation, bzw. durch das gleichberechtigte Zusammenwirken von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und praktisch erfahrenen und/oder einflussreichen Partnern aus Wirtschaft,

⁵ Schüll, E. (2014). Interdisziplinarität. In: Gerhold, L. et al.: Standards und Gütekriterien der Zukunftsforschung. Berlin.

⁶ Vgl. Defila, R. & Di Giulio, A. (1998). Interdisziplinarität und Disziplinarität. In Olbertz, J.-H. (Hrsg.). Zwischen den Fächern – über den Dingen? Universalisierung versus Spezialisierung akademischer Bildung. S. 35. Opladen.

Politik und Gesellschaft. Anspruch und Ansatz der transdisziplinären Forschung sind also noch umfassender als das Programm für multidisziplinäres Arbeiten – das Zusammenwirken von wissenschaftlichen Disziplinen – und für interdisziplinäre Kooperation – die Integration und Mischung von disziplinären Perspektiven. Im Folgenden werden diese drei unterschiedlichen Kooperationsformen voneinander abgegrenzt und definiert.

Interdisziplinäre Kooperation:

In der interdisziplinären Arbeit findet die Forschung zwischen den Disziplinen statt. Das bezieht sich sowohl auf den Forschungsgegenstand, als auch auf die gewählten Methoden und das neue Wissen. In interdisziplinären Projekten arbeiten natürlich verschiedene Disziplinen miteinander. Als Ideal gilt aber die gemeinsame Lösung von Problemen in interdisziplinär zusammengesetzten Teams, in denen die disziplinären Identitäten deshalb oft langsam verschwimmen. Das Leitbild der interdisziplinären Forschung findet sich daher stärker in der außeruniversitären als in der universitären Forschung.

Während der Begriff der interdisziplinären Kooperation von mir also als Kooperationsform definiert wird, die sich von multi- und transdisziplinärer Kooperation unterscheidet, finden wir in der Literatur die interdisziplinäre Kooperation auch als Dach- und Sammelbegriff für unterschiedliche Kooperationsformen.

Multidisziplinäre Kooperation:

Von der interdisziplinären Forschung grenze ich die multidisziplinäre Arbeit ab, in der mehrere Disziplinen mit ihren spezifischen Methoden über den gleichen Forschungsgegenstand arbeiten. Die Trennung in disziplinäre Teilprojekte ist hier sogar explizit gewünscht, denn die unterschiedlichen disziplinären Identitäten ermöglichen eine multiperspektivische Betrachtung des gleichen Forschungsgegenstandes und damit eine multidisziplinäre Validierung von Ergebnissen oder auch die Identifizierung strittiger Punkte und das Aufdecken neuer Forschungsfragen. Die Bearbeitung dieser, häufig an den disziplinären Grenzen liegenden Fragen bis zu einer alle fachwissenschaftlichen Ansprüche befriedigenden Lösung stellt eine besondere Stärke der multidisziplinären Projektarbeit dar. Im Gegensatz zur interdisziplinären steht bei der multidisziplinären Arbeit gerade auch der disziplinäre Erkenntnisgewinn im Vordergrund. Die Universität als Hort der Disziplinen ist daher der ideale Raum für multidisziplinäre Arbeiten.

Transdisziplinäre Kooperation:

In der transdisziplinären Arbeit werden dagegen auch nichtwissenschaftliche Wissensformen, Kompetenzen und Perspektiven gleichberechtigt in die Arbeit integriert. Dazu gehört gerade auch das praktische Können und das Erfahrungswissen, das zum Teil schwer in Worte fassbar ist, und darum oft „tacit knowledge“ genannt wird. Um diese Perspektiven tatsächlich angemessen zu beteiligen, ist die transdisziplinäre Kooperation auf erfahrungsorientierte und bildliche Formen der Kommunikation und Verständigung angewiesen. Transdisziplinäre Arbeit ist deshalb noch anspruchsvoller als die multidisziplinäre Kooperation innerhalb des Wissenschaftssystems. Sie geht in der Regel von gesellschaftlich relevanten Problem- und Aufgabenstellungen aus; der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn ordnet sich dabei (wie auch bei der interdisziplinären Arbeit) dem praktischen Interesse an der Lösung der Probleme unter, wobei in der Regel die Aufgabenstellung nach Gesichtspunkten der Praxis – und nicht primär nach disziplinären, wissenschaftlichen Aspekten – strukturiert und methodisch in Angriff genommen wird. Die Einbeziehung der Praktiker/innen bzw. Alltagsexperten/innen führt aber meist nicht nur zu einer besseren Praxistauglichkeit der Ergebnisse, sondern auch zu wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnen. Im Gegensatz zu der interdisziplinären Forschung, bei der die

disziplinären Herkunft und Grenzen oft verschwinden, betont, kultiviert und nutzt die transdisziplinäre Forschung die Unterschiedlichkeit der Perspektiven der beteiligten Forscher/innen aus den verschiedenen praktischen und wissenschaftlichen Disziplinen.

Beide Seiten, Wissenschaften und Praxis, tun sich allerdings oft schwer mit der transdisziplinären Kooperation. In den Wissenschaften haben gerade die Sozialwissenschaften Probleme mit der gleichberechtigten Zusammenarbeit. Die Partner aus der Praxis bleiben oft die Befragten, Beobachteten, Beforschten. Demgegenüber ist in den Technikwissenschaften die Zusammenarbeit mit der gewerblichen Praxis traditionell eingeübt und daher leichter. Professoren/innen der Technikwissenschaften etwa kommen oft selbst aus der beruflichen Praxis. Forschungsk Kooperationen von Unternehmen und Hochschule sind zahlreich und normal. Allerdings ist der Abstand zwischen Ingenieuren/innen in Wissenschaft und Industrie oft nur gering. Man gehört vielmehr zur gleichen „community of practice“. Seltener und daher schwieriger ist die Integration gesellschaftlicher Perspektiven und der Nutzerseite in gemeinsame Projekte, etwa eine partizipative Produktentwicklung und Technikfolgenabschätzung.

Während bei der interdisziplinären Arbeit die disziplinären Identitäten oft langsam verwischen und verdampfen, nimmt bei transdisziplinären Projekten die disziplinäre Identität im Verlauf des Projekts oft sogar zu. Das ist auch erwünscht, weil der Gewinn transdisziplinärer Arbeit meist aus der Unterschiedlichkeit der Perspektiven generiert wird: je unterschiedlicher die Perspektiven, desto besser für innovative, fruchtbare Dissonanzen im Projekt. Die Unterschiede und Dissonanzen werden aber nur dann fruchtbar, wenn die Form der transdisziplinären Kooperation vertrauensvoll, lernbereit, kommunikativ und intensiv ist.

2 Der Projektcharakter der multi-, inter- und transdisziplinären Forschung

Umfang und Bedeutung des Arbeitens und damit des Lebens in zeitlich befristeten Projekten haben in den vergangenen Jahren auf allen Ebenen dramatisch zugenommen: Die Arbeitswelt hat sich umstrukturiert. Das gilt nicht nur für Wissenschaft und Forschung, sondern zunehmend auch für die berufliche Arbeit in Unternehmen und über die berufliche Ebene hinaus für das Engagement in Vereinen, Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen und – auch wenn der Vergleich nicht ganz passt – für das private Leben in „Lebensabschnittsgemeinschaften“.

Natürlich gab es projektorientierte Arbeit schon immer, auch das Erjagen eines Großwilds bei den Neanderthalern war ein „Projekt“. Doch die Verlässlichkeit und Kontinuität von Rahmenbedingungen und Strukturen für das Forschen, das Arbeiten und – allgemeiner – das Leben ist gerade in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Gerade in der Forschung haben wir einen Paradigmenwechsel in der Finanzierung von der institutionellen Förderung von Universitäten und Großforschungseinrichtungen hin zur Förderung von Projekten. Diese Tendenz ist im Bereich der multi-, inter- und transdisziplinären Projekte besonders ausgeprägt, denn hier gibt es besonders wenig institutionelle Strukturen, Professuren, Hochschulinstitute und auch von wiss. Vereinigungen, Zeitschriften und anderen Institutionen, aber eine geradezu explosionsartige Zunahme von Projekten. Hintergrund ist der wachsende Bedarf nach einer solchen Forschung, die aber institutionell in einer prekären Lage ist.

Ein zweiter, komplementärer Trend weist in die entgegengesetzte Richtung. In den vergangenen Jahrzehnten sind – gerade in der anwendungsorientierten Projektarbeit – und die Sicherheitsforschung ist dafür ein gutes

Beispiel, viele Aufgaben größer, komplexer und auch langfristiger geworden. Ihre Bearbeitung und Lösung erfordert die Mitwirkung von zunehmend mehr Akteuren, Disziplinen, Praxispartnern und vor allem mehr Zeit.

Beide Phänomene gelten in der Sicherheitsforschung verschärft, weil sie als junge, problemorientierte Wissenschaft über wenig institutionelle Ressourcen, aber viel Projektaufmerksamkeit verfügt und weil die Aufgaben besonders komplex sind, kurz: Wir müssen in der Sicherheitsforschung in einer durch befristete Projekte strukturierten Welt langfristige und komplexe Probleme und Aufgaben lösen.

Damit steigt der Bedarf an Verfahren und Methoden für die Ingangsetzung, die zielführende Gestaltung und den Abschluss von multi-, inter- und transdisziplinären Projekten, aber auch für die unbeschadete und harmonische Übergabe von Ergebnissen, Wissensbeständen und ungelösten Fragestellungen sowie von Arbeitsgruppen und einzelnen Projektmitarbeitern/innen an nachfolgende Aufgabenstellungen in wiederum zeitlich befristeten Strukturen.

In der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung haben wir durch den Umbau der Strukturen weg von institutioneller und hin zu projektorientierter Förderung, bzw., wie amerikanische Kollegen/innen sagen, von „hard money“ in Richtung „soft money“, große Effizienzgewinne erzielt. Wir haben uns aber als Gesellschaft zugleich jede Menge neue Probleme eingehandelt. Was etwa soll man machen mit den vielen abgelehnten Projektanträgen, in vielen Verfahren über 90%, die überwiegend mit öffentlichen Mitteln erstellt wurden? Hier gibt es neue Ineffizienzen, gleichsam einen hochtourigen Leerlauf, und viel Frustration auf der einen und Mauschelei auf der anderen Seite. Viele sinnvolle Arbeiten können zudem nicht weitergeführt werden, bzw. enden halbfertig im Nichts, weil ein Projekt bzw. eine Projektfinanzierung endet und ein Anschlussprojekt ein neues Thema haben muss.

Viele Projektmitarbeiter/innen schaffen es zudem von ihrer psychischen Konstitution her nicht, dauerhaft von Projekt zu Projekt zu springen. Die mit der Projektarbeit verbundene langfristige Unsicherheit lähmt diese Menschen, statt sie zu aktivieren.

3 Räumliche Bedingungen interdisziplinärer Forschungsk Kooperationen

Die Universität gilt, so wie sie in Deutschland organisiert ist, als ein Ort und Hort der Disziplinen. Lehrstühle, Studiengänge und Fakultäten betonen und kultivieren ihre disziplinäre Identität, entwickeln und garantieren disziplinäre Qualitätsmaßstäbe für die disziplinäre Forschung und vermitteln Studenten und Wissenschaftlern auf diese Weise die Sekundärtugenden ihrer jeweiligen Disziplinen.

Außerhalb der Universität sind die disziplinären Identitäten weniger stark ausgeprägt. Außeruniversitäre Forschung nimmt für sich häufiger das Signum der Interdisziplinarität in Anspruch. Die Universität zerfällt dagegen in die vielen alten und neuen Disziplinen. Sie ist zünftlerisch verfasst. Daraus ergeben sich manche Probleme, die hier nicht vertieft werden sollen, vor allem aber auch Chancen für heterogene, multidisziplinäre Kooperationen, die von den Universitäten insgesamt viel zu wenig genutzt wurden. Multidisziplinarität nimmt die Disziplinen ernst, ja sie setzt eigenständige Disziplinen voraus. Multidisziplinäre Forschung kann deshalb nirgendwo besser betrieben werden als an der Universität.

Die vielen kleinen disziplinären Königreiche haben auch ihre räumlich-sozialen Repräsentanzen, die Laboratorien und Bibliotheken, vor allem aber die Fachgebiete, Lehrstühle oder Institute. Sie sind der soziale und räumliche Begrenzungsraum der Disziplinen. Hochschullehrer haben es so schwer, multidisziplinär zu

arbeiten, weil sie ihr Fachgebiet beackern und entwickeln müssen. Eine Metaphernanalyse räumlicher Begriffe disziplinärer Arbeit (Domäne, Arbeitsgebiet, Forschungsfeld, Fachgebiet, Stallgeruch) würde dies deutlich machen. Die Hochschule insgesamt spielt nur für die kleine Minderheit der in der akademischen Selbstverwaltung aufgegangenen Hochschullehrer eine Rolle. Für die große Mehrheit ist die Außen- und Innenerwartung an ihre Arbeit, dass ihr Fachgebiet, bestenfalls ihr Institut wächst, blüht und gedeiht. Das Kooperationsmanagement multidisziplinärer Forschung in den Hochschulen müsste hier strategisch ansetzen und den beteiligten disziplinären Repräsentanten eine zweite Identität anbieten, zum Beispiel über starke institutionelle Doppelmitgliedschaften. Diese Matrixstruktur wird in Hochschulentwicklungsplänen auch gefordert, bleibt aber in der Umsetzung Makulatur. Für eine echte Matrixstruktur müsste sich der Haushalt der Universität deutlich zugunsten der fachübergreifenden Einrichtungen verschieben.

Auch in multidisziplinären Kooperationen soll die disziplinäre Orientierung erhalten bleiben. Für die Mitarbeiter/innen in solchen Kooperationen geht es zumeist zugleich um ihre akademische (Weiter-)Qualifikation, die in der Regel disziplinär erfolgt. Der dafür notwendige ‚Stallgeruch‘ kann in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden. Deshalb ist die Zusammenführung der Mitarbeiter/innen in diesen Kooperationen, so wichtig sie für ein Projekt sein mag, für die individuellen disziplinären Karrieren nicht nur förderlich. Zwar lässt sich mit gewissem Recht einwenden, dass gerade die Begegnung mit anderen Disziplinen die Entwicklung eines disziplinären Bewusstseins fördert und den Sinn für Eigenständigkeit schärft. Doch ist dafür eine regelmäßige disziplinäre Prägung notwendig. Deshalb ist es so wichtig, dass die gemeinsam untergebrachten Mitarbeiter/innen in multidisziplinären Kooperationen zugleich ein zweites räumliches Zuhause in ihrer Disziplin erhalten.

4 Leitfäden für interdisziplinäre Projektarbeit in der Sicherheitsforschung

Eine zunehmende Zahl von Leitfäden – auch ich habe zwei mit herausgegeben – gibt erfahrungsgesättigte Ratschläge für die Probleme der Ingangsetzung, Durchführung und Beendigung von Projekten. Weniger systematisiert sind bisher Hinweise für Verfahren, wie die Ergebnisse von Projekten gesichert, weitergegeben und neu aufgegriffen werden können und wie in der Projektwelt personelle Kontinuitäten gesichert werden können.

In vielen Leitfäden werden typische Problemstellungen in einer chronologischen Dramaturgie von Projekten aneinandergereiht. Ein solches Vorgehen ist nachvollziehbar, pragmatisch und gut anwendbar. Auch unser Leitfaden folgt dieser Pragmatik. Daneben hat aber auch eine systematische Beschreibung der klassischen Probleme der Zusammenarbeit ihr Recht. Auch unser Leitfaden bietet daher eigene, nachgeschaltete Kapitel über Kommunikationskulturen, Sympathie und Antipathie, Misstrauen und Bewunderung, Suche und Ablehnung von Hierarchie und weitere kommunikationspsychologische Phänomene.

Einer der von mir mit herausgegebenen Leitfäden nennt die typischen Probleme entlang der chronologischen Verlaufsphasen der multi-, inter- und transdisziplinären Forschung. Die drei genannten Typen der Forschung unterscheiden sich durchaus auch in den typischen Verläufen und entsprechenden Kooperationsproblemen. Daher kann die hier aufgeführte Problem- und Maßnahmenliste entlang des Forschungsverlaufs nur eine grobe erste Annäherung für das empathische Kooperationsmanagement im Einzelfall sein:

Verlaufsphasen multi-, inter- und transdisziplinärer Forschung (vgl. Blanckenburg et al. 2005)

- 1.1. VORBEREITUNG
 - 1.1.1 Projektidee entwickeln und strategisch ausrichten
 - 1.1.2 Kooperationsnotwendigkeit abwägen und Kooperationspartner auswählen
 - 1.1.3 Ziele festlegen
 - 1.1.4 Kontakt zu Förderinstitutionen aufbauen
 - 1.1.5 Institutionelle Unterstützung sichern und Beziehungen pflegen
 - 1.1.6 Den Antrag gemeinsam schreiben
 - 1.1.7 Viele Anträge führen zum Ziel
- 1.2. KONSTITUIERUNG- UND PLANUNG
 - 1.2.1 Einander bekannt machen: Schwerpunkte, Positionen, Interessen
 - 1.2.2 Motive klären
 - 1.2.3 Einbindung von Praxispartnern klären
 - 1.2.4 Organisationsstruktur entwerfen und Funktionsrollen verteilen
 - 1.2.5 Problemsicht und Basisbegriffe nachvollziehbar machen
 - 1.2.6 Interne Voraussetzungen abklären und Hierarchien berücksichtigen
 - 1.2.7 Problemanalyse und Problemdefinition gemeinsam erarbeiten
 - 1.2.8 Ziele operationabel machen, Methoden planen
 - 1.2.9 Qualitätssicherung planen
 - 1.2.10 Kooperation verbindlich vereinbaren
 - 1.2.11 Eine Corporate Identity fördern
 - 1.2.12 Kontakt mit der Förderinstitution halten, Spin offs und Anschlussprojekte planen
- 1.3. DURCHFÜHRUNG UND ABSCHLUSS
 - 1.3.1 Den Prozess der Durchführung koordinieren
 - 1.3.2 Flexibel im Detail planen
 - 1.3.3 Krisen erkennen und bewältigen
 - 1.3.4 Den Dialog mit der Öffentlichkeit pflegen
 - 1.3.5 Zwischenenergebnisse sichern
 - 1.3.6 Wissensmanagement etablieren
 - 1.3.7 Das Projekt evaluieren
 - 1.3.8 Das Projekt abschließen und Anschlussprojekte planen

In der Literatur finden sich viele Phasenmodelle für Teambildungsprozesse und Verläufe von Forschungsprojekten. Besonders bekannt ist das ursprüngliche Vierphasenmodell von Bruce Tuckman aus dem Jahr 1965 mit den Phasen „forming“ (der Findungsphase), „storming“ (der Streitphase), „norming“ (der

Regelungsphase), und „performing“ (der Leistungsphase), später ergänzt um eine fünfte Phase „adjourning“ (der Auflösungsphase).

Diese diachronische Perspektive auf die Forschungsk Kooperation verlangt nach einer systematischen, kommunikationspsychologischen und moderationspragmatischen Ergänzung, die in den folgenden Kapiteln des o.g. Leitfadens nachgeliefert wird:

Kommunikationspsychologische Aspekte interdisziplinärer Forschung (vgl. Blanckenburg et al. 2005)

- 2.1 Kooperationskultur
 - 2.1.1 Sich konstruktiv aufeinander beziehen
 - 2.1.2 Feedback geben und nehmen
 - 2.1.3 Schwierige Themen aufgreifen
 - 2.1.4 Lernen durch Bilanzieren
 - 2.1.5 Die Motivation erhalten
- 2.2 Macht und Führung
 - 2.2.1 Machtfragen enttabuisieren
 - 2.2.2 Mikropolitik kontrollieren
 - 2.2.3 Kooperation und Konkurrenz balancieren
 - 2.2.4 Funktionsrollen und gruppendynamische Rollen unterscheiden
 - 2.2.5 Intern Leitungsfunktionen vergeben
 - 2.2.6 Projektsteuerung an Kooperationsbedingungen anpassen
- 2.3 Konflikte
 - 2.3.1 Grundhaltungen zu Konflikten klären
 - 2.3.2 Konfliktpotentiale ernst nehmen
 - 2.3.3 Mit heißen und kalten Konfliktformen umgehen
 - 2.3.4 Konflikteskalierendes Verhalten erkennen und verhindern
 - 2.3.5 Sach- und Beziehungsaspekte auseinanderhalten
 - 2.3.6 Konflikte macht- und/oder interessenorientiert angehen
 - 2.3.7 Externe Konfliktberatung in Anspruch nehmen
 - 2.3.8 Konflikte mit externen Akteuren systematisch analysieren
- 3. Moderation interdisziplinärer Forschung
 - 3.1. Grundlagen
 - 3.1.1 Verantwortung der Teilnehmer
 - 3.1.2 Rolle und Aufgaben des Moderators
 - 3.1.3 Visualisierung
 - 3.2. Techniken
 - 3.2.1 Standardtechniken für die Routinearbeit in Gruppen

3.2.2 Ergänzende Techniken zur Problembearbeitung

Natürlich können und müssten wir auch hier weiter differenzieren und die benannten Problemstellungen verschiedenen Kommunikationskulturen zuordnen, wie es etwa Mary Douglas tut, die zwischen hierarchistischen, egalistischen, individualistischen und fatalistischen Kulturen und Kooperationsformen unterscheidet. Ein entsprechendes Kooperationsmanagement erspürt die angemessenen Kooperationskulturen und -formen verschiedener Kooperationsmilieus.

Kooperationskulturen unterscheiden sich branchen- und disziplinspezifisch deutlich voneinander. Mit Mary Douglas könnte man einzelnen Branchen oder Disziplinen eine eher hierarchistische, egalistische, individualistische oder fatalistische Kooperationskultur zuschreiben. In der Praxis gibt es dabei natürlich unendlich viele Mischformen. Gute Moderatoren/innen müssen dabei gar nicht alle Problemstellungen völlig durchdringen. Ein pragmatisches, effizienz- und lösungsorientiertes Kooperationsmanagement, das gemeinsame Kooperationserfolge und damit Erfolgserlebnisse ermöglicht, ist oft wirkungsvoller als eine eher deskriptiv-analytisch überzeugende Intervention.

Kooperationsmanagement multi-, inter- und transdisziplinärer Forschung integriert Moderation mit Teilaufgaben der evaluativen Begleitung und Intervention.

5 Ausblick

Die Sicherheitsforschung selbst ist keine typische Disziplin, sondern eine „Interdisziplin“, die sich methodisch und thematisch aus vielen Disziplinen und Praxisperspektiven speist und sich deshalb bislang schwer tut mit einem eigenen disziplinären Standpunkt. Das kann den Ausgleich zwischen disziplinären Dissonanzen erleichtern, allerdings auch das Problembewusstsein für disziplinäre Standpunkte und Vorbehalte schwächen. Man muss auch von der disziplinär noch wenig gefestigten Sicherheitsforschung eine besondere Bereitschaft für die Anerkennung disziplinären Denkens und Argumentierens einfordern, wenn sie multi- und transdisziplinäre Projekte moderiert. Mittelstrass hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die transdisziplinäre Arbeit bei allen Beteiligten besonders viel Disziplin erfordert: Verlässlichkeit, Genauigkeit, Fleiß und gemeinsames Bemühen um Verständnis und Nachvollziehbarkeit sowie Transparenz in der Dokumentation der Zwischenergebnisse.

6 Literaturhinweise

- Bergmann, M., Jahn, Th., Knobloch, T., Krohn, W., Pohl, C., Schramm, E. (Hrsg.) (2010). Methoden transdisziplinärer Forschung - Ein Überblick mit Anwendungsbeispielen Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Blanckenburg, C.v., Böhm, B., Dienel, H.-L., Legewie, H. (2005): Leitfaden für interdisziplinäre Forschergruppen: Projekte initiieren – Zusammenarbeit gestalten. Stuttgart.
- Bogner, A., Kastenhofer, K., Torgersen, H. (Hrsg.) (2010). Inter- und Transdisziplinarität im Wandel? Neue Perspektiven auf problemorientierte Forschung und Politikberatung. Baden-Baden.
- Defila, R., Di Giulio, A., Scheuermann, M. (2006). Forschungsverbundmanagement. Handbuch für die Gestaltung inter- und transdisziplinärer Projekte und das Management transdisziplinärer Forschungsprozesse. Basel.
- Dienel, H.-L. (2004): Räumliche Bedingungen heterogener Forschungsk Kooperationen. In: J. Strübing et al. (Hg.): Kooperation im Niemandsland. Neue Perspektiven auf Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik. S. 210-231. Opladen,
- Hoffmann, V., Thomas, A., Gerber, A. (Hrsg.) (2009). Transdisziplinäre Umweltforschung. Methodenhandbuch. München.
- Mittelstrass, J. (2005). Methodische Transdisziplinarität. In: Technikfolgenabschätzung. Theorie und Praxis 14, H2, 18-23. (Download: http://www.leibniz-institut.de/cms/pdf_pub/mittelstrass_05_11_07.pdf).
- Pohl, Chr., Hirsch-Hadorn, G. (2006). Gestaltungsprinzipien für die transdisziplinäre Forschung. Ein Beitrag des td-net. München: Oekom.
- Schmithals, J., Loibl, C., Dienel, H.-L., Braun Chr.-Fr. v. (2011). Kleines Einmaleins inter- und transdisziplinärer Forschungsk Kooperation. Anspruch und Wirklichkeit in der Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis. Empirische Befunde und Handlungsempfehlungen. In: Briefe zur Interdisziplinarität 8, H2, S. 3-96. München.
- Schophaus, M., Schön, S., Dienel, H.-L. (2004). Transdisziplinäres Kooperationsmanagement. Neue Wege in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. München.
- Schophaus, M., Dienel, H.-L. & von Braun, Chr.-F. (2004). Brücken statt Einbahnstraßen. Lösungsorientiertes Kooperationsmanagement für die interdisziplinäre Forschung. In: Wissenschaftsmanagement 10 (2004), H2, S. 16-26. Speyer.

4.2 Meinungen und Diskussion

Prof. Dr. Klaus Thoma (Fraunhofer EMI)

Prof. Dr. Uwe Ulbrich (Freie Universität Berlin)

Prof. Dr. Christoph Gusy (Universität Bielefeld)

Prof. Dr.-Ing. Peer Rechenbach (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg)

Moderation: Dr. Lars Gerhold (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

Probleme interdisziplinärer Zusammenarbeit und Lösungsansätze

Von Seiten der Wissenschaften liegt ein generelles Interesse an der Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen, aber auch mit Behörden, Politik und Anwendern, vor. Vor diesem Hintergrund wurde in der Diskussionsrunde darauf verwiesen, dass die unterschiedlichen Herangehensweisen der einzelnen Disziplinen immer wieder zu Problemen führen. So denken Naturwissenschaftler in Zahlen und Graphen, während Sozialwissenschaftler qualitative Formulierungen für ihre Analysen finden. Der sogenannte „Nacktscanner“ wurde als Beispiel herangezogen, um zu verdeutlichen, dass der Einbezug der Geisteswissenschaften von Anbeginn der Forschung zu dieser Technologie von großem Nutzen gewesen wäre. Viele Probleme, die im Verlauf der Entwicklung einer neuen Technologie auftreten, können von vornherein vermieden werden, wenn nicht nur auf die Technik vertraut wird. Im Fall des „Körperscanners“ wurde z.B. nicht bedacht, welche Auswirkungen diese Technologie auf die Befindlichkeiten der „gescannten“ Flugpassagiere hat. Nachdem der Begriff „Nacktscanner“ von der Presse aufgeworfen wurde, brach eine Welle der Entrüstung in den Medien los. Erst dann wurde eine Wissenschaftlerin aus der Ethikkommission angefragt, die Öffentlichkeitskommunikation zu übernehmen und bei der Lösung des Darstellungsproblems zu helfen. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, die Geistes- und Sozialwissenschaften bei der Entwicklung neuer Technologien mit einzubeziehen, vor allem, wenn es darum geht, diese Innovationen der Bevölkerung nahe zu bringen. Ein Perspektivwechsel zwischen den Disziplinen hilft Missverständnissen vorzubeugen.

Als Lehre aus diesem Darstellungsproblem schreiben die Förderrichtlinien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung jetzt vor, dass im Konsortium eines jeden Sicherheitsforschungsprojektes Juristen, Ethiker, oder aber Sozialwissenschaftler vertreten sein müssen, um eine Förderung zu erhalten. Auf diese Weise wird versucht, Probleme, wie sie bei der Entwicklung des Körperscanners aufgetreten sind, zu vermeiden. Denn nur wenn unterschiedliche Blickwinkel erfasst werden und eingebunden, können Problemlagen aufgezeigt werden, die ansonsten unbeachtet bleiben würden und später zu massiven Problemen führen können.

Die „respektierte Sonderrolle“ der Rechtswissenschaften ist hier sogar unabdingbar, um Forschungsergebnisse tatsächlich umsetzen zu können. Wenn Juristen zu dem Schluss kommen, dass die Ergebnisse der Forschung rechtswidrig sind, kann das Projekt nicht durchgeführt werden. Darin besteht der entscheidende Unterschied zur sozialwissenschaftlichen Begleitforschung.

Sozialwissenschaftliche Forschung als Feigenblattfunktion?

Durch die erzwungene Aufnahme sozialwissenschaftlicher Partner in Projektkonsortien geraten diese leicht in eine Alibifunktion. Der Mittelgeber prüft lediglich die beteiligten Partner. Sind die Sozialwissenschaften Teil des Konsortiums, so ist die Nebenbestimmung erfüllt, aber die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen

Begleitforschung interessieren am Ende kaum noch. Um dies zu vermeiden, sollte bei der Vergabe von Fördermitteln darauf geachtet werden, dass geförderte Forschung inter- und transdisziplinäre Forschungsergebnisse erstellt und eine entsprechend inter- und transdisziplinäre Diskussion befördert.

Die Realität der letzten Jahre hat hierbei durchaus gezeigt, dass die Sozialwissenschaften sich aus dieser vermeintlichen „Feigenblattfunktion“ in Forschungsprojekten befreien können. Es werden eigenständige Projektanträge aus den Sozialwissenschaften beim Bundesministerium für Bildung und Forschung eingereicht, die die Bevölkerung, ihr Verhalten und ihre Bedürfnisse in den wissenschaftlichen Fokus nehmen. Es ist also nicht mehr immer so, dass die sozialwissenschaftliche Begleitforschung erst kurz vor Abgabetermin mit einem kurzen Beitrag eingebunden wird, um den Förderbedingungen gerecht zu werden.

Grundlagenforschung ist wichtig

Als weiteres Problem der Interdisziplinarität wurde eine fehlende Vertiefung der Themenbearbeitung angesprochen. Mit rein interdisziplinärer Arbeit könne man nicht wissenschaftlich fundiert arbeiten, man bliebe gezwungenermaßen an der Oberfläche der Problembearbeitung. Dieser Verlust der wissenschaftlichen Tiefe wäre allerdings fatal für den Anspruch, der an die Ergebnisse wissenschaftlichen Arbeitens gestellt wird.

Wissenschaftliche Grundlagenforschung im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms ist dringend erforderlich. In der alltäglichen Projektarbeit geht diese bisweilen vielerorts verloren. So gesehen kann der Zwang einer bspw. sozialwissenschaftlichen Begleitforschung für den Erfolg des Projektes hinderlich sein. Es muss daher in der Projektumsetzung mehr Flexibilität geben. In einigen Projekten reiche ein sozial- oder rechtswissenschaftliches Monitoring völlig aus, in anderen nicht.

Um ein interdisziplinäres Projekt erfolgreich beenden zu können, muss von Anfang an ein klares Ziel der Projektarbeit definiert werden und dauerhaft verfolgt werden. Die Projektarbeit muss über die Diskussion von Begrifflichkeiten und Definitionen hinauskommen, da die Verwertbarkeit von Projektergebnissen sonst nur teilweise möglich ist. Jeder Partner in einem interdisziplinären Projekt soll einen Beitrag für das gemeinsame Ziel leisten. Der Gewinn liegt darin, dass die Erkenntnisse der anderen in die eigene Forschung mit eingehen und auf diese Weise neue Erkenntnisse gefördert werden. Problematisch sind bisweilen gemeinsame Publikationen, da es eine besondere Herausforderung darstellt, in ausreichend wissenschaftlicher Tiefe über die Disziplinen hinweg einen Forschungsgegenstand prägnant und in einem begrenzten Umfang darzustellen.

Eigene Disziplin Sicherheitsforschung?

Die Frage einer eigenen Disziplin „Sicherheitsforschung“ wurde kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite wurde dafür plädiert, dass Sicherheitsforschung als eigene Disziplin gebraucht wird, da Sicherheit eine Lebensgrundlage unserer komplexen Gesellschaften bildet. Aufgrund der Rahmenbedingungen, dass sich unterschiedliche disziplinäre Ziele erst zusammenfinden müssen, bedarf es daher einer langfristigen Förderung. Die Voraussetzungen für interdisziplinäre Arbeit sind momentan nicht ideal, da die Problemlagen, die untersucht werden sollen, viel größer und komplexer sind, als die Projektzeiträume, die zugestanden werden.

Dem wurde entgegengesetzt, dass die Sicherheitsforschung eben wegen dieser komplexen Fragestellungen eine gewisse Flexibilität behalten muss, die in einer „Interdisziplin“ verloren gehen kann. Die Entwicklung eigener Methoden und Begriffe, wie sie für eine Disziplin Sicherheitsforschung notwendig ist, schränkt die Flexibilität ein. Die Sicherheitsforschung bearbeitet einzelne Aspekte so elementar, dass dies nur in der Zusammenarbeit der Disziplinen zu leisten ist.

Die Sicherheitsforschung muss also integrativ sein, um Erfolg haben zu können. Nur das Wissen und die Expertise aus unterschiedlichen Disziplinen führen zum Erfolg. Nur interdisziplinär aufgestellt kann sie die vielfachen Anforderungen, die die Sicherheitsproblematik stellt, erfüllen.

5 Wissenschaft trifft Endanwender: Wer weiß am besten, was gebraucht wird?

Forschung soll nicht an den Bedarfen der Endanwender (Kommunen, Behörden, Sicherheits- und Rettungskräfte, Betreiber kritischer Infrastrukturen und private Sicherheitsdienstleister) vorbeigehen. Unter dem Schlagwort „mission driven“ wird Sicherheitsforschung zukünftig noch stärker durch die potentiellen Nutzer - und damit hinsichtlich ihrer praktischen Relevanz - bestimmt. Dennoch stehen sich in Forschungsverbänden bisweilen Praxis- bzw. Erfahrungswissen und wissenschaftliches Wissen gegenüber.

Die Session widmet sich der Frage wie man mit den unterschiedlichen Wissensformen und Erfahrungen zielführend und gewinnbringend umgehen kann. Bisweilen stehen „Missverständnisse“ oder auch „Nicht verstehen wollen“ bis hin zu „Besser wissen“ einer konstruktiven Zusammenarbeit von Wissenschaft und Anwendern im Wege bzw. müssen zumindest ausgeräumt werden. Auf der wissenschaftlichen Seite bestehen bisweilen zu enge Vorstellungen darüber, welche Anforderungen an Forschung zu stellen sind, welche Methoden wie eingesetzt werden und wann eine Erkenntnis den Rang wissenschaftlicher Relevanz erlangt. Auf der Praxisseite stehen oftmals jahrelange Erfahrung aber bisweilen auch eingefahrene Strukturen und Abläufe Änderungen entgegen.

Am Beispiel des Einbezugs freiwilliger (oder „ungebundener“) Helfer wird dies deutlich. Während die Wissenschaft auf die Potentiale dieser Helfer hinweist (bisweilen argumentiert aus wissenschaftlicher Sicht z.B. durch „Stärkung des Gemeinsinns“ und weniger vor dem Hintergrund der einsatztaktischen Effizienz) verweist die Praxis auf einen gewissen Hoheitsanspruch ausgebildeter Leistungsträger, rechtliche Fragen bis hin zu Störeffekten durch planloses Verhalten der unprofessionellen Akteure. Dennoch konstatiert die wissenschaftliche Diskussion: „Die Einbeziehung der Praktiker/innen bzw. Alltagsexperten/innen führt meist nicht nur zu einer besseren Praxistauglichkeit der Ergebnisse, sondern auch zu wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnen; so wie umgekehrt die Einbeziehung von Wissenschaftlern in einen praxisdominierten Prozess zu einer besseren Qualität und Nutzbarkeit der Ergebnisse führt (Dienel 2014)“.

5.1 Impuls: Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange – Endanwender in der Sicherheitsforschung: Wer weiß am besten, was gebraucht wird

Meine Damen und Herren, guten Morgen. Lieber Herr Peperhove, vielen Dank für die Einladung.

Zu der Frage: „Wissenschaft trifft Endanwender – Wer weiß am besten, was gebraucht wird?“, möchte ich mit einer starken und eindeutigen These beginnen: Keiner von beiden weiß am besten, was gebraucht wird! Ich werde das hinterfragen und differenzieren.

I.

Beginnen wir mit einer Variation des Satzes – „Wer weiß am besten, was gebraucht wird?“- und schauen uns den Endanwender an. Warum meine Aussage, dass er es nicht weiß? Wenn wir das im Sinne des objektiv Besten verstehen, kann der Endanwender es deshalb nicht wissen, weil er zum einen nicht vollständig

informiert ist - die Idee der vollständigen Informiertheit ist ein Ideal – und zum anderen will er gar nicht objektiv informiert sein, weil das zur Handlungsunfähigkeit führen würde.

Ein einfaches Beispiel: Wenn ich mir ein Auto kaufe, setzt das voraus, dass ich nicht alle Informationen systematisch einhole. Ich müsste mich ansonsten mit allem Möglichen befassen: Was hat das spezifische Auto für gesundheitliche Auswirkungen auf mich? Was bedeutet das für meine Unfallwahrscheinlichkeit? Was bedeutet das für meine Mitmenschen an Feinstaubbelastung, an Lärmbelastung und an Klimabelastung? Mir ist das abstrakt klar, aber ich kann es objektiv nie zu Ende denken, ansonsten würde ich nie dazu kommen, mir ein Auto zukaufen. Diesbezüglich zeigt sich auch, dass es nicht den einen Endanwender gibt, denn jeder Endanwender verfolgt subjektive Interessen bzw. subjektiv definierte Notwendigkeiten und Ansprüche. Das trifft für den Einzelnen und für jede Organisation zu. Wenn wir beispielsweise die Polizei nehmen, auch das ist kein homogener Endanwender, sondern wir haben da die unterschiedlichsten Bereiche. Die Ansprüche einer Kreispolizeibehörde sind andere als die eines Landeskriminalamtes oder bei der Bundespolizei. Wir können nicht einfach von der Figur des Endanwenders ausgehen. Das heißt in der Konsequenz – wenn wir von diesem Satz „Wer weiß am besten, was gebraucht wird?“ – ausgehen, dass auch der Endanwender kein objektives Wissen hat, sondern vielmehr sein subjektives Wissen und er seine subjektiven Interessen zugrunde legt. Der Endanwender hat das Problem, mit einer Fülle an Modelloptionen konfrontiert zu sein, deren Unterschiede oft nicht verstehbar sind, so beispielsweise bei den Ausstattungsoptionen beim Autokauf. Dort haben sie unübersichtlich viele Varianten zur Auswahl. Oder bei Handyverträgen, wo es eine schier unendliche Anzahl an Varianten gibt. Hier sind Anwenderwissen und Nutzungsberatung angezeigt und nicht Wissenschaft gefragt. Folglich weiß der Endanwender nicht am besten, was objektiv gebraucht wird.

II.

Blicken wir auf den anderen Akteur - die Wissenschaft. Aus meiner Sicht lautet auch hier die Antwort eindeutig nein! Es ist eine Erwartungshaltung an Wissenschaft, der ein hartnäckiges Missverständnis zugrunde liegt. Ein Missverständnis, das die Wissenschaft mit Blick auf die Drittmittelfähigkeit auch nicht immer und schon gar nicht vorschnell auflösen will. Dies führt zu einer Enttäuschung, wenn dann festgestellt wird, die Wissenschaft kann uns auch hier nicht eindeutig sagen, was richtig ist und was nicht. Dieses Missverständnis resultiert aus der Nicht-Akzeptanz des Selbstverständnisses von Wissenschaft. Wissenschaft kann komplex denken und kann eigentlich nur komplex denken. In der Abstraktion kann es keine Eindeutigkeit geben und im Konkreten eines Falles herrscht immer noch die Vielfalt der Perspektiven vor. Ein Rechtswissenschaftler denkt anders als ein Politologe und ein Politologe denkt anders als ein Historiker. Fragen Sie drei Wissenschaftler, was ist ein Auto oder was ist ein Vertrag, und sie können ein ganzes Seminar mit den unterschiedlichen Problemsichten füllen. Da fängt man dann an zu schmunzeln, weil man das Bild des weltfremden Wissenschaftlers vor Augen hat, der im Grunde vor lauter Komplexität keine eindeutige Wegmarkierung mehr sieht.

Dies ist ein wichtiger Bestandteil des Missverständnisses. Es ist ein potenzieller Konflikt zwischen Wissenschaft und Praxis. Wissenschaft hat die Aufgabe, Probleme zu ermitteln, zu beschreiben, sie zu analysieren, die Probleme in Zusammenhänge zu stellen – mit anderen Worten: die Welt mithilfe ihrer methodischen Kompetenz zu verstehen und zu erklären. Ich denke, wenn die Erwartung an Wissenschaft ist, dass sie Probleme löst, dann ist die Enttäuschung in den meisten Fällen vorprogrammiert. Wissenschaft schafft vielmehr die Voraussetzung, Probleme über mehrere Stufen und durch Einbeziehung anderer Akteure zu

lösen. Indessen zeigt sie hauptsächlich erst einmal die Komplexität auf und legt dar, welche Möglichkeiten und welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um überhaupt zu Lösungsoptionen zu gelangen. Die konkrete Wahl der Lösungsoption kann nicht Aufgabe der Wissenschaft sein. Sie kann dies nicht (alleine) leisten. Viele Wissenschaftler interessieren sich auch nicht vornehmlich dafür, die Aufgabe im Sinne einer konkreten Handhabung zu lösen. Wenn wir jetzt diesen Satz noch weiter variieren – „Wer weiß am besten, was gebraucht wird?“ – müssen wir ebenfalls zu dem Ergebnis kommen, dass auch die Wissenschaft das nicht bieten kann. Die Objektivität, auf beiden Seiten, ist etwas, das wir sehr stark in Frage stellen müssen.

III.

Wir müssen jetzt wiederum differenzieren und begeben uns damit zugleich wieder in die Komplexität des Selbstverständnisses von Wissenschaft. Anmerken möchte ich, dass das, was ich über das Selbstverständnis der Wissenschaft gesagt habe, selbst nicht objektiv ist. Vielmehr ist es abgeleitet aus der subjektiven Sicht der Geistes- und Sozialwissenschaften. Vertreter der Natur- und Technikwissenschaften werden dies vermutlich so nicht unterschreiben. Die Komplexität fußt hier auf der wissenschaftstheoretischen Frage nach der Einheit der Wissenschaft: Gibt es eine methodische Einheit aller Wissenschaften oder existiert ein fundamentaler Unterschied zwischen Natur- und Geisteswissenschaften? Ich möchte darauf hinaus, dass wir es mit mindestens zwei Typen von Wissenschaft zu tun haben, wenn wir von der Rolle der Wissenschaft im Verhältnis zum Endanwender sprechen und dass daraus auch ganz unterschiedliche Rollenverständnisse resultieren. Ich würde sagen, die Natur- und Technikwissenschaften nehmen sehr stark die Rolle eines wissenschaftlichen Technikentwicklers ein. Technik ist hier sehr weit gefasst. Es bezieht sich auf Physiker, Ingenieure, Informatiker etc. Den zweiten Typus bilden die Geistes- und Sozialwissenschaften, zu ihm zähle ich an dieser Stelle großzügig auch die Rechtswissenschaften, Kulturwissenschaften, Ökonomie etc. Ich nenne die beiden Typen im Folgenden zur Veranschaulichung „wissenschaftliche Technikentwickler“ und „Problemsucher“. Für die wissenschaftlichen Technikentwickler gilt tendenziell, dass sie sich viel stärker als Problemlöser verstehen. Herr Schiller⁷ ist wiederum eine Entgegnung dieser These, er ist von der Wissenschaftsdisziplin genau auf der Seite der wissenschaftlichen Technikentwickler, aber er zeigt durch seine Arbeit, dass es auch anders geht. Darum ist meine Aussage auch nicht absolut gemeint. Der Typus des Natur- des Technikwissenschaftlers ist in diesem Sinne idealtypisch die eines Problemlösers und die des Geistes- und Sozialwissenschaftlers im gleichen Sinne die eines Problemsuchers bzw. Problemreflektierers. Daraus resultieren Widersprüche und Konflikte. Der Physiker will wissen, wie physische Dinge zusammengesetzt sind, wie sie sich verhalten, wie man ihr Verhalten voraussagen kann und letztlich - eben wie man dieses Wissen nutzen kann. Von daher ist die Rolle des wissenschaftlichen Technikentwicklers von den Endanwendern viel klarer und eindeutiger respektiert und akzeptiert als es für die Rolle des Problemsuchers der Fall ist. Seine Rolle ist in diesem Prozess genau das, was an der Wissenschaft kritisiert wird. Es wird unterstellt, dass sie praxisfern und nicht anwendungsfähig ist bis dahin, dass ihre Aussagen mitunter weltfremd seien.

IV.

Wir haben es also nicht mit einem Gegenüber von Wissenschaft und Endanwender zu tun, sondern wir haben ein Akteursdreieck vor uns: Wir haben erstens die Natur- und Technikwissenschaften sowie zweitens die

⁷ Prof. Dr.-Ing. Jochen Schiller, Leiter der Arbeitsgruppe Computer Systems & Telematics am Institut für Informatik an der Freien Universität Berlin sowie Projektleiter des Forschungsforums Öffentliche Sicherheit.

Geistes- und Sozialwissenschaften auf der wissenschaftlichen Ebene und wir haben drittens die Endanwender aus der Praxis. Das Zusammenspiel dieser drei Akteure ist kompliziert, wobei die Geistes- und Sozialwissenschaften den schwierigsten Part haben, da die beiden anderen Akteure bei allen Unterschieden in der Interessenformulierung sich hier viel näher sind und viel schneller zu einer Einigung kommen. Sie verstehen sich mehr als Treiber einer Entwicklung und unterstellen den Geistes- und Sozialwissenschaften sehr schnell die Rolle des Verhinderers.

Der Endanwender versteht sich sehr stark als Auftraggeber, als Kunde, als Nachfrager. Sehr oft ist damit das Selbstverständnis verbunden, dass er allein die Anforderungen kennt und als Vertreter der Praxis eigentlich der einzige in diesem Zusammenspiel ist, der Anforderungen formulieren kann. Der wissenschaftliche Technikentwickler ist tendenziell eher bereit, dies zu akzeptieren, während der Geistes- und Sozialwissenschaftler damit Probleme hat. Damit fangen die Konflikte an. Auch die Politik hat als öffentlicher Förderer eine Parteinahme. Sie muss hier sehr deutlich vertreten, was mit Steuermitteln geschieht. Daher ist sie sehr stark daran interessiert, dass es Resultate in Form von Problemlösungen gibt, möglichst auch mit intendierten Nebeneffekten, wie zum Beispiel Wirtschaftswachstum etc. Deswegen ist sie für die Rolle des wissenschaftlichen Technikentwicklers viel aufgeschlossener als für die des Problemsuchers, welcher als Bremser und Bedenkenräger wahrgenommen wird. Der wissenschaftliche Technikentwickler ist eher geneigt, seine zugewiesene Rolle anzunehmen, weil es seinen Intentionen, Probleme zu lösen, entgegenkommt. Wenn man über die Bausteine der Materie forscht, ist es zunächst nebensächlich, ob das von der NASA, der EU-Kommission oder Microsoft finanziert wird. Auch wenn die Interessen an den Ergebnissen bei den Endanwendern durchaus unterschiedlich sein mögen.

Das Verhältnis von Endanwender und wissenschaftlichen Technikentwicklern ist von daher nicht per se die eines Auftraggebers und eines Auftragnehmers. Es kann sich auch umkehren. Die wissenschaftliche Technikentwicklung kann auch von sich aus die Rolle des Entdeckers neuer Anwendungen und des Treibers annehmen. Die Endanwender sehen dann dabei eine Chance, bestimmte neue Erkenntnisse ökonomisch nutzen zu können. Die Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaftler als Problemsucher ist viel unklarer, viel weniger respektiert und akzeptiert. Es hat sich eingebürgert, dass die Geistes- und Sozialwissenschaftler in einem ganz bestimmten Rollenverständnis akzeptiert werden, meistens in der Eigenschaft der Evaluationsforscher. Dabei sind sie beim wissenschaftlichen Technikentwickler angesiedelt und ergänzen seine Arbeit. Denn der Technikentwickler und der Endanwender wissen, dass man auf bestimmte Akzeptanz-Zusammenhänge eingehen muss: Wird die neue Anwendung bzw. Technik akzeptiert, wenn nein, warum nicht? Was muss in der Handhabung verändert werden? Die Zuschreibung der Aufgabe bei Evaluationsstudien ist sehr eindeutig. Sie muss sich den getroffenen Prämissen unterordnen, sie hat bestimmte Aufgaben, Projekte zu begleiten und ihre festgelegte Rolle dabei nicht zu überschreiten.

Die Gesellschafts- und Sozialwissenschaften mögen diese Rolle eigentlich gar nicht, Evaluationsforschung ist in der Regel ein Mittel zur Finanzierung von Personal und Ressourcen. Sie wird aus einer wissenschaftlichen Logik als unbeliebt angesehen, jedoch wirken hier die Erfordernisse im Wissenschaftssystem verstärkend. Die Drittmittel-Fähigkeit ist heute ein ganz wichtiges Qualifikationskriterium, beispielsweise bei der Vergabe von Professorenstellen. Das Angebot, über entsprechende Evaluationsstudien beständig Drittmittel generieren zu können, ist sehr groß. Im strengen Sinne des Reputationssystems der Wissenschaft ist das jedoch nicht etwas,

womit man besonders viele Meriten erwerben kann. Darum ist das Verhältnis der Geistes- und Sozialwissenschaften zu dieser Rolle der Evaluationsstudien sehr ambivalent.

V.

Wenn man jetzt nach Alternativen fragt, wo könnte da der Ausweg liegen? Dann müsste man das Dreiecksmodell wieder in Erinnerung rufen. So wäre eine andere Perspektive darauf diejenige, tatsächlich zu akzeptieren, dass wir es mit drei eigenständigen Akteuren zu tun haben. Voraussetzung wäre, dass diese drei unterschiedlichen Rollen und Kompetenzen von allen Akteuren akzeptiert werden. Das BMBF-Programm zur Sicherheitsforschung ist nach meiner Erfahrung eines gewesen, das ganz am Anfang mutig voran gegangen ist, neue Perspektiven aufgezeichnet hat, und dadurch die eigenständige und spezifische Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften in einem Maße akzeptiert hat, wie es vorher eigentlich nicht der Fall war. Das genau war die Innovation des Programms. Aus Sicht der Wissenschaft waren das neue Möglichkeiten, bei denen sie nicht auf die Rolle der Erstellung von Evaluationsstudien reduziert war, sondern wo ihr ein anderer potenziell gleichberechtigter Part zufiel. Mein Eindruck ist, dass sich im Laufe des Programms diese große Autonomie ein Stück relativiert hat. Sicherlich auch, weil wieder die klassische Erwartungshaltung an Geistes- und Sozialwissenschaften formuliert worden ist. Es muss ein erkennbares und zeitnahes Ergebnis absehbar sein und da kommt man natürlich auch wieder zu der Eigendifferenz der Geistes- und Sozialwissenschaften, die diese Schnelligkeit und Konkretheit nicht liefern können.

Was ist also die Kernkompetenz der Geistes- und Sozialwissenschaften in ihrer Rolle im Dreiecksmodell, wenn man sie denn akzeptieren würde? Die Kernkompetenz besteht eben darin, das Geistes- und Sozialwissenschaften sich als Problemsucher verstehen, die Probleme analysieren und in weitergehenden Schritten über Ansätze und Optionen von Problemlösungen nachdenken. Darin liegt in dem BMBF-Programm das Missverständnis und vielleicht auch potenziell die Ursache für eine gewisse Enttäuschung: Dass man nun verhalten sagt, es sei ein Luxus gewesen, den man sich nicht mehr leisten könne. Dass die an sie gestellten Erwartungen durch die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht wirklich erfüllt wurden. Daher müsse deren Rolle ein Stück zurück gefahren werden. – Im Ergebnis, so meine Schlussfolgerung, stehen wir damit an einem Punkt, wo dieses Dreieck gebildet von drei gleichberechtigten Akteuren sich wieder zugunsten des klassischen Modells auflöst, welches durch wissenschaftliche Technikentwickler und Endanwender bestimmt ist.

Wenn man im positiven Sinne fragt, was könnte denn ein Beispiel dafür sein, wo trotz der Eigenlogik der Geistes- und Sozialwissenschaften auch ihr Nutzen erkennbar ist, stellt der Körperscanner, der ja sehr intensiv in der öffentlichen Diskussion war, ein gutes Beispiel dar. Es wurde mit sehr viel Aufwand eine Technik entwickelt, die für den Endanwender sehr plausibel und eindeutig ist. Das heißt, wenn man einen Flughafen betreibt oder für die Sicherheitsbehörden arbeitet, die die Sicherheit an Flughäfen herstellen müssen, ist es eigentlich eine evidente Technik. Wir schaffen ein Kontrollsystem, da läuft der Passagier durch und es wird sofort angezeigt - ohne dass die Personen ihre Kleidung ablegen müssen -, ob sich da gefährliche Stoffe oder Gegenstände befinden. Eigentlich völlig plausibel. Aus Sicht der Technikentwickler war das eine sehr eindeutige Zielsetzung. Die Technikentwickler haben sich selbstverständlich auch gefragt: Was sind die Auswirkungen auf Menschen? Arbeiten wir mit einer Strahlung, die gesundheitsschädigend ist? Arbeiten wir hier mit einem monströsen Apparat, der Ängste auslöst, wenn man durchgeht?

Dennoch haben wir erlebt, dass diese Technik mit dieser Eindeutigkeit der Anwendung zumindest in den ersten Phasen gescheitert ist, weil in der öffentlichen Diskussion plötzlich Probleme definiert wurden, an die weder die Endanwender noch die wissenschaftlichen Technikentwickler gedacht haben. Plötzlich war es so, dass religiöses Empfinden angesprochen war. Es gibt Angehörige von Kulturen, die Probleme damit haben, dass ein Bild von ihrem Körper erstellt wird. Es gab auch das Problem des Schamgefühls wegen der Vorstellung, dass der Körper komplett abgebildet ist. Zusammengefasst waren plötzlich viele Probleme in der Diskussion, die dazu führten, dass man diese Technik mangels Akzeptanz nicht anwenden konnte. Meine These ist, hätte man hier - im Sinne des Dreiecksmodells - von vornherein Geistes- und Sozialwissenschaftler in die Entwicklung dieses Systems integriert, wäre sicherlich frühzeitig deutlich geworden, dass diese Probleme auftreten. Das heißt, man hätte sie von Anfang an mitdenken können. So hätte von Anfang an kommuniziert werden können, dass die Darstellung des Körpers auf eine Pixelgestalt reduziert werden muss, bei der körperliche Einzelteile nicht erkennbar sind, sondern nur Körperregionen dargestellt werden, bei denen gefährliche Stoffe oder potenzielle Waffen versteckt sein könnten. Das ist für mich ein Beispiel dafür, dass Geistes- und Sozialwissenschaften in ihrer Eigenart Dinge zu sehen und Probleme zu thematisieren, sehr wohl einen Ertrag bringen können. Der schnelle Erfolg, die schnell erfüllte Erwartung, der einfach klar erkennbare Nutzen vollzieht sich bei den Geistes- und Sozialwissenschaften in einer komplizierteren Form. Das muss akzeptiert werden, wenn man ihre Möglichkeiten nutzen will.

Gestatten Sie mir auch ein zweites Beispiel. Es hat weniger mit Sicherheit zu tun. An einer Universität, an der ich zuvor tätig war, wurde ein neues elektronisches Campussystem eingeführt, über das alles abwickeln sollte: Reisekosten, Seminare, Noten für die Studierenden etc. Es wurde gesagt – was aus meiner Sicht typisch ist – wir machen das als ein rein unterstützendes System, welches die bestehenden Organisationsstrukturen nicht infrage stellt. Dann hat eine Firma den Auftrag bekommen, ein solch komplexes System zu entwickeln. Das Ergebnis wird nicht überraschen: Nach der Einführung konnte kaum jemand damit umgehen. Nichts funktionierte mehr richtig. Plötzlich zeigte sich – das ist der systematische Zusammenhang dabei – dass die Organisationsstrukturen und die Organisationskultur der Universität sich nun dem Techniksystem anpassen mussten. Es heißt dann: „Ja, das können wir technisch nicht anpassen, dafür ist die Organisation zu komplex.“ Nun muss sich die Organisation der Technik anpassen. Das Ergebnis ist, dass nun die implementierte Technik Änderungsvorgaben an die Organisation adressiert. Auch hier hätte viel stärker die Rolle von Geistes- und Sozialwissenschaften als Problemsucher einbezogen werden müssen. Aber wir sehen auch hier das Problem, dass Geistes- und Sozialwissenschaften als vorrangig nicht zuständig für solche technischen Lösungen gesehen werden und dass diese Probleme systematisch immer wieder auftreten. Sie hätten das Problem als sehr komplex beschrieben, nicht sofort gelöst, aber am Ende doch zu einer praktikableren Herangehensweise beigetragen.

Wenn wir über Sicherheitstechnik sprechen, haben wir es mit einer Technik zu tun, bei der die Beispiele mit dem Auto und dem Campussystem so nicht mehr passen, weil die Sicherheitstechnik sehr tief in die Strukturen und Selbstverständnisse von Staaten, Organisationen und das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingreift. Ein Dreieck, im beschriebenen Sinne, zu installieren und mit einer eigenständigen Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften auszustatten, scheint mir bei solchen Fragen noch sehr viel wichtiger zu sein. Nicht, weil sie es dann doch besser wissen und sagen: „Wir können genau sagen, wo die Probleme liegen.“ Und schon gar nicht, weil die Geistes- und Sozialwissenschaften einen öffentlichen Auftrag ableiten können, dass sie

diejenigen sind, die ein gesellschaftliches Mandat haben – im Sinne von Demokratie, Teilhabe, Bürgerrechte – diejenigen zu sein, die eben doch am Ende den Endanwendern und Technikentwicklern vorschreiben, was jetzt geht und was nicht geht. Das wäre wiederum ein Missverständnis, welches die Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften überhöhen würde. Es kann nur sein – in diesem Sinne passt das Dreieck, dass es hier ein gleichberechtigtes Verhältnis ist, bei dem die Geistes- und Sozialwissenschaften anerkennen müssen, dass die Endanwender ganz berechnigte, subjektive Interessen und Nutzungserwartungen an Technik haben, die man nicht einfach wegdiskutieren kann. Hier ist stärker die Rolle des Moderators oder desjenigen gefragt, der Perspektiven einbringt, die sich in einem einfachen Verhältnis so nicht erschließen. Ich glaube, wenn man diese Perspektive einnimmt, dann kann man auch aufzeigen, dass und warum hier die Geistes- und Sozialwissenschaften tatsächlich eine Rolle erfüllen. Dies beispielsweise dadurch, dass sie davor bewahren können, bestimmte gesellschaftliche technikinduzierte Großprojekte aufzulegen, bei denen sich am Ende zeigt, dass sie eigentlich noch mehr Probleme aufwerfen, als sie lösen sollten. Insgesamt wäre also zu schlussfolgern, die Rollenverteilung von wissenschaftlichen Technikentwicklern, Problemsuchern und Endanwendern im Sinne einer Gleichberechtigung viel stärker anzuerkennen und die potenziellen Probleme vor der Entwicklung und Implementation zu bedenken und diese dann bei der Entwicklung zu berücksichtigen. Dies ist keine Technikskepsis oder -verweigerung, dies ist vorausschauende Planung.

VI.

Ich möchte mit der These des Anfangs schließen, die nun viel komplizierter geworden ist: Die Möglichkeit des Scheiterns ebenso wie die anderer Perspektiven auf die Problemstellung bewusster in die Überlegungen der Endanwender und der wissenschaftlichen Technikentwickler darüber, was das Beste ist, einzubeziehen, wäre eine inhaltliche und strategische Erweiterung im Vergleich zur bestehenden Praxis. Die Rolle des Problemsuchers (und Problemfinders), der vor der Implementation eines technischen Systems auf die potentiell auftretenden gesellschaftlichen Konsequenzen und Hindernisse aufmerksam macht, genau dies ist die Rolle, welche die Geistes- und Sozialwissenschaften einbringen können. Für die Endanwender und Technikentwickler setzt es voraus, bereit zu sein, die Bedenken und die Problemsensibilität im Prozess der Entwicklung und Förderung von Sicherheitstechnologien anzuerkennen und zu respektieren – nicht von vornherein als Verzögerung oder Verweigerung zu werten. Es ist ein Dialog miteinander, nicht gegeneinander. Vielen Dank.

5.2 Meinungen und Diskussion

Wilfried Gräßling (Berliner Feuerwehr)

Benedikt Liefländer (Malteser Hilfsdienst e. V.)

Achim Friedl (Bundesministerium des Innern)

Prof. Dr.-Ing. Jochen Schiller (Freie Universität Berlin)

Moderation: Roman Peperhove (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

Endanwender in die Forschung?

Von Seiten der Endanwender auf dem Podium wurde beklagt, dass ihnen in der Vergangenheit abgesprochen wurde, in der Forschung aktiv werden zu können, da ihnen das Personal mit der nötigen Ausbildung fehlt. Dem

ist aber nicht so, vor allem auf Seiten der Polizeibehörden und Feuerwehren ist gut ausgebildetes Personal vorhanden und zudem die Bereitschaft einer aktiven Mitgestaltung. Es werden wissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt, die ausschließlich für die Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen zuständig sind. Eine überaus positive Veränderung, war es doch bisher vielfach so, dass Forschung neben den Hauptaufgaben der festen Mitarbeiter durchgeführt werden musste und dies mit einer zielgerichteten Forschungsarbeit schwierig zu vereinbaren war.

Eine Herausforderung für die Endanwender bei der Mitarbeit in wissenschaftlichen Projekten besteht allerdings in der Beschaffenheit der Forschungslandschaft, die aus der Sicht des Nicht-Wissenschaftlers nicht leicht zu durchblicken ist. Hierfür müssen die richtigen Projektpartner gefunden und Netzwerke geschaffen werden. Im Dialog mit der Wissenschaft muss weiterhin ausgelotet werden, welche Bedarfe da sind und welche Fragen noch nicht beantwortet wurden. Der „State of the Art“ im relevanten Forschungsgebiet muss bekannt sein bzw. im Vorfeld erarbeitet werden, um zu vermeiden, dass „das Rad zweimal erfunden“ wird. Es handelt sich dabei nicht nur um Fragen aus dem technischen Bereich, auch aus der Perspektive der Endanwender tritt der Mensch immer weiter in den Vordergrund und damit beispielsweise auch die Frage nach dem Verhalten von Bürgern in Krisensituationen.

Die Diskussion offenbarte den Wunsch, dass Endanwender bereits in der Antragsphase von Forschungsprojekten stärker eingebunden werden und als Projektpartner mit in die Konsortien genommen werden, damit die Ergebnisse der Projektarbeit auch in der Praxis anwendbar und vor allem implementierbar sind. Forschung sollte hierbei praxisorientierter arbeiten und gemeinsam mit Endanwendern die Anforderungen ihrer täglichen Arbeit ins Visier nehmen. Die Perspektive der Endanwender sollte weiterhin als regulatives Moment genutzt werden, indem sie die wissenschaftliche Kreativität auf das gesetzlich Durchsetzbare und praktisch Anwendbare herunter brechen.

Projektarbeit – nicht das richtige Modell

Im Verlauf der Diskussion wurde das momentan praktizierte Modell der Projektarbeit kritisiert. Die Diskrepanz zwischen den Bedarfen der Endanwender und den Förderrichtlinien z. B. des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ist oft sehr hoch. Durch die Projektmittel können vielleicht zehn Prozent einer gestellten Aufgabe gelöst werden, die übrigen 90 Prozent, die von den Endanwendern gewünscht werden, können aber nicht bearbeitet werden. Diese Lücke muss gefüllt werden, denn die Forschungsrealität in der praktischen Anwendung ist zumeist komplexer, als dass eine Dreijahresfrist zur Bearbeitung dieser Aufgabe ausreicht.

Ein anderer Aspekt, der im Rahmen der Diskussion formuliert wurde, befasst sich mit der wissenschaftlichen Expertise, die nach Projektende mitsamt den Mitarbeitern verschwindet. Es sollten an den Universitäten mehr Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter geschaffen werden, die langfristig und demnach nachhaltig angelegt sind und nicht nur Qualifizierungsstellen mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren. Bei dem Projekt Feuerwhere⁸ z. B., bestanden erst nach Ablauf der Projektlaufzeit die technischen Möglichkeiten, das Projekt zu Ende führen zu können. Zu diesem Zeitpunkt waren aber sowohl die finanziellen Mittel als auch die wissenschaftliche Expertise bereits abgewandert. Auch die Grundlagenforschung kann nur mit festen Stellen langfristig betrieben werden und die Voraussetzungen für erfolgreiche Projektarbeit schaffen. Das spielt auch

⁸ Siehe dazu: http://www.bmbf.de/pubRD/FeuerWhere_Baar_Auftakt_IPF_SuRvM.pdf [11.10.2014].

in Bezug auf die immer wieder angesprochene interdisziplinäre Forschung eine Rolle: Ohne ordentliche Grundlagen kann nicht fundiert interdisziplinär gearbeitet werden.

Die Sicherheitsforschung braucht eine deutliche Zielsetzung

Im Rahmen der Diskussion wurde konstatiert, dass es drei Arten von Forschung gibt: Abstrakte Grundlagenforschung, zielgerichtete Grundlagenforschung und klassische Anwendungsforschung. Auf die Sicherheitsforschung übertragen, sollten die Visionen der Endanwender in die zielgerichtete Grundlagenforschung eingebracht werden, die sich auf zukünftige Problemstellungen ausrichtet. In die abstrakte Grundlagenforschung, die den exakten Erkenntnisgewinn sucht, können die Endanwender nicht viel einbringen. In der klassischen Anwendungsforschung steht es aber außer Frage, dass die pragmatischen Ansätze und Impulse der Endanwender unabdingbar sind. Wer wenn nicht die Endanwender können ihre Forschungs- und Entwicklungsbedarfe genau formulieren und in die Forschung einbringen. Gleichzeitig kann die Forschung den Endanwendern wichtige Impulse geben, um notwendige Entwicklungen in ihr operatives Denken einzubinden.

Die Debatte zeigte, dass konkrete Ziele zur Lösung von Problemen gesetzt werden müssen. An dieser Stelle wurde von Seiten der Endanwender darauf verwiesen, dass die rein deskriptive Herangehensweise der Geisteswissenschaften für die Endanwender wenig hilfreich ist und den Praxisbezug vermissen lässt. Dem wurde entgegengesetzt, dass gerade die Geistes- und Sozialwissenschaften durch das Aufzeigen neuer Perspektiven einen wichtigen Part in der Sicherheitsforschung einnehmen und das gerade der Unterschied zwischen Wissenschaft und Praxis dafür sorgt, dass Wissenschaft ihren Wert behält. Man dürfe auch nicht vergessen, dass unterschiedliche Perspektiven auch immer eine Bereicherung darstellen und verhindern, dass man betriebsblind wird.

Sicherheitsforschung generiert einen Mehrwert für die Gesellschaft

Die Diskussion verwies darauf, nicht zu vergessen, dass sowohl die Wissenschaft als auch die Endanwender einen Mehrwert für die Gesellschaft generieren wollen. Dies mag unterschiedliche Ausprägungen haben, aber es müssen Synergien geschaffen werden, da beide Partner notwendig sind, um sowohl für die Endanwender, die Bevölkerung und alle anderen involvierten Akteure die besten Lösungen zu finden. Die Wissenschaft darf sich gar nicht zu weit der Praxis anpassen, sondern muss immer in der Lage bleiben, Fragen zu stellen, die kritisch aber auch zielführend sind. Innerhalb der Wissenschaft darf nicht vergessen werden, dass die Technik allein auch keinen Aufschluss über die Verfassung der Bevölkerung in Krisensituationen gibt. Sozialwissenschaftliche und ethische Fragen müssen von Anfang an in die Projektanträge des Sicherheitsforschungsprogramms mit einbezogen werden.

Es wurde gefordert, dass die Sozialwissenschaften ihre Rolle im „Antragsgeschäft“ neu definieren müssen. Es reiche nicht aus, zu sagen, dass man integriert werden möchte, man muss sich aktiv von Anfang an in die Projektanträge einbringen und dafür sorgen, dass die Bedeutung der Sozialwissenschaften anerkannt wird.

Das Ehrenamt ist in Deutschland gesetzlich verankert

Ein ganz konkretes Problem, dem sich die Endanwender stellen müssen, sind die sinkenden Zahlen der ehrenamtlich tätigen Bürger. Dies ist vor allem demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen geschuldet. Um den sinkenden Mitgliederzahlen entgegenzuwirken, reicht es nicht aus, die Dinge zu

beschreiben (gemäß der sozialwissenschaftlichen Herangehensweise), sondern es müssen vor allem konkrete Lösungsansätze erarbeitet werden. Es ist nicht allgemein bekannt, dass gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in Deutschland das Ehrenamt verfassungsrechtlich verankert ist. Der Staat ist nicht für alle Aspekte der Sicherheit verantwortlich, sondern gibt die Sorge um das eigene Wohl partiell auch an den Bürger zurück. Damit wird unterstrichen, wie wichtig das Ehrenamt ist und vor allem, dass es sich dabei nicht nur um eine freiwillige Leistung der Bürger handelt, sondern dass der Staat auf diese Leistung zählt.

6 Wissenschaft trifft Gesellschaft: Bevölkerung als Adressat oder Akteur der Sicherheitsforschung?

Die Bevölkerung wird in der Sicherheitsforschung bisweilen als Adressat verstanden. In empirischen Studien wird sie umfänglich befragt und untersucht, in Übungen wie der LÜKEX simuliert. Der Schutz des Menschen auf der einen und die Förderung der Selbsthilfefähigkeit auf der anderen Seite stehen im Fokus der Sicherheitsforschung. Zugleich wird die Bevölkerung zum Akteur, indem sie sich in Krisenlagen selbst organisiert und zum Helfer wird. Hierbei haben die Ereignisse des Hochwassers im Jahr 2013 in Deutschland gezeigt, dass Spontanhelfer eine nicht zu unterschätzende Größe darstellen. Diese Erfahrungen werden analysiert und Konzepte der Einbindung der Bevölkerung diskutiert, denn es ist keineswegs klar, welche Rolle die Bevölkerung im Rahmen eines Katastrophenschutzes künftig einnehmen kann und einnehmen sollte.

In diesem Zusammenhang steht ebenfalls die Diskussion um eine resiliente(re) Gesellschaft: Wie Widerstandsfähig soll oder muss die Gesellschaft künftig sein und wie viel Unsicherheit ist die Bevölkerung bereit auszuhalten? Gibt es bzw. braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Dialog zu Sicherheit und Unsicherheit?

Welche Rolle spielt die Bevölkerung bislang in den Forschungsprojekten des Sicherheitsforschungsprogrammes? Wie kann man Bevölkerung gewinnbringend in die Sicherheitsforschung einbeziehen? Wie leistungsfähig und wie unterschätzt ist die Bevölkerung? Und weiter stellt sich die zentrale Frage, inwieweit die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Sicherheitsforschung zu Bevölkerung überhaupt Eingang in die politischen Diskurse, Entscheidungen und Richtlinien finden?

6.1 Impuls: Dr. Wolfram Geier – Stochern im Nebel? - Die Bevölkerung als große Unbekannte?

Immer dann, wenn von „der Bevölkerung“ gesprochen wird, allzumal im Kontext von Sicherheit, Risiko, Gefahr und Schutz, werde ich leicht kribbelig. Meist enden die Diskussionen, die fast ausnahmslos im Kreis von Fachleuten geführt werden, mit pauschalen, oft leicht vorwurfsvollen Aussagen darüber, was „die Bevölkerung“ angeblich wolle oder nicht wolle, könne oder nicht könne..., müssen könnte oder machen sollte..... etc. etc. Katastrophenschützer aller Couleur, und ich nehme mich da selbst nicht aus, behaupten beispielsweise seit Jahren steif und fest, dass „die Bevölkerung“ in unserem Lande weder selbstschutz- noch selbsthilfefähig ist, gar nicht weiß, in welchem riskanten Umfeld sie lebt und in Katastrophen doch letztendlich hilflos, unkoordiniert, und selbstgefährdend agierte, ja in solchen Lagen eigentlich selbst zum Risiko wird. Kaum ein größeres Katastrophenszenario wird von Katastrophenschutz-Experten erarbeitet, das nicht Begriffe wie „Hysterie“, „Panik“ und „Plünderung“ bemüht, die dann jedoch meist von Psychologen relativiert werden, da die praktischen Erfahrungen bei der Mehrzahl der Ereignisse in der Vergangenheit doch eine andere Sprache sprechen.

Seit knapp 30 Jahren arbeite ich nun in den verschiedenen Sektoren rund um Themen des Bevölkerungsschutzes und bin mir heute weniger denn je sicher, wie es sich mit „der Bevölkerung“ und dem Themenkomplex der „zivilen Sicherheit“ verhält. Allzumal - und dies wissen wir doch alle - es „die Bevölkerung“

gerade aus einem sozialwissenschaftlichen Blickwinkel heraus gar nicht gibt und wir „die Bevölkerung“ für die Themen „Bevölkerungsschutz“, „Zivile Sicherheit“ oder gar „Forschung“ in Gänze nicht begeistern werden können. In meinem Impulsvortrag will ich mangels vorliegender eindeutiger und aussagekräftiger wissenschaftlich empirischer Antworten auf die Frage, welche Einstellungen denn genau „die Bevölkerung“ zur zivilen Sicherheitsforschung im Allgemeinen und zum Umgang mit Risiken und Gefahren im Besonderen hat, anhand einiger Leitfragen Momentaufnahmen reflektieren, einzelne Beispiele anführen und die eine oder andere These aufstellen, die uns in der nachfolgenden Diskussion vielleicht ein wenig weiterhelfen können. Dabei ist mein Vortrag zweifelsfrei von starker Subjektivität geprägt.

1. Frage: Ist die Bevölkerung Adressat oder Akteur der Sicherheitsforschung?

These: Die Bevölkerung spielt keine kontinuierliche Rolle im Geflecht der Akteure von Forschung, Behörden, Verbänden und Experten - sie ist meist bloßes Objekt.

Gleich zu Beginn will ich die These aufstellen, dass „die Bevölkerung“ bzw. relevante Bevölkerungsgruppen in der Vergangenheit tatsächlich weder klarer Adressat noch Akteur der Sicherheitsforschung - und ich ergänze dies um den Bevölkerungsschutz - war oder ist. Die Bevölkerung ist auf dem Gebiet der zivilen Sicherheit schieres Objekt von Wissenschaft und Forschung, Behörden und Industrie. Wäre Bevölkerung tatsächlicher Adressat, würde deutlich stärkeres Engagement aller Akteure erkennbar sein, Interessenslagen, Befindlichkeiten, Status und Motive repräsentativ zu erkunden; sei es mit generellen oder wichtiger noch zielgruppenspezifischen Fragestellungen im Vorfeld der Auflage von Forschungsprogrammen und Forschungsprojekten. Dass dies im Einzelfall auch mal geschieht, will ich nicht bestreiten, es ist jedoch eher die berühmte Ausnahme von der Regel.

Wie schwer man sich in Forschungsverbänden mit der Einbeziehung der Bevölkerung tut, konnten wir in unserem Hause vor geraumer Zeit in einem staatlich geförderten Forschungsprojekt zur Trinkwassersicherheit erleben. Während schnell der Verbund von Forschungseinrichtungen, Fachverbänden, Sicherheits- und Wasser-Experten sowie Versorgungsunternehmen als Endanwender gefunden und organisiert war, führten intensive Diskussionen über die Frage der richtigen Einbindung der Bevölkerung in das Projekt aufgrund unterschiedlicher Ansichten über Notwendigkeit, Art und Weise sowie potentiell befürchtete Reaktionen des Bürgers dazu, es ohne ihn zu machen....es ging ja auch nur um unser aller wichtigstes Lebensmittel. Die Unsicherheit der Akteure, den Bürger mit Risiken zu konfrontieren, die der Trinkwasserversorgung drohen können, äußerten sich u. a. in Befürchtungen vor möglichem Imageverlusten bei den Unternehmen sowie vor möglichen heftigen Reaktionen der Bürger mit Blick auf Forderungen nach kostenintensiven höheren Sicherheitsanforderungen bei Behörden. Beteiligte Forscher wiederum sahen angeblich keine Möglichkeit, zu wirklich repräsentativen Ergebnissen zu kommen, wenn die Bevölkerung beispielsweise durch Straßeninterviews oder mit Hilfe des Internets befragt werden würde.

Aus eigener Erfahrung kann ich jedoch sagen, dass sich hingegen so genannte „Fokusgruppen-Tests“, das heißt gezielte und dialogorientierte Marktforschungsumfragen in der Bevölkerung als recht erfolgreich erwiesen, wie wir sie in unserer Behörde 2012/13 erstmals durchgeführt haben, um einen „Katastrophenratgeber“ für das richtige Handeln in Krisen und Notsituationen zu erarbeiten. Da dieser Ratgeber tatsächlich die gesamte Bevölkerung zur Zielgruppe hat, war uns der Kontakt zur Bevölkerung durch solche dialogorientierten Gruppentests sehr wichtig. Die frühzeitige Einbeziehung von Bevölkerungsgruppen in dieses Vorhaben hat

dadurch zwar spürbar mehr an zeitlicher und finanzieller Ressource gekostet, sie hat sich aber inhaltlich voll ausgezahlt.

So musste manche interne Expertenmeinung über angebliches Bevölkerungsinteresse oder -verhalten zum Nutzen des Gesamtproduktes korrigiert werden. Das betraf vor allem die Art und Weise, wie über Risiken und Gefahren sowie das richtige Verhalten kommuniziert wurde. Eine Erkenntnis für uns: man sollte die Bevölkerung keinesfalls für zu dumm oder zu ahnungslos halten, eine Haltung, die, wenn man ehrlich und selbstkritisch ist, in Experten-, Politik- und Behördenkreisen noch immer nicht ganz ausgemerzt ist.

2. Frage: Wer ist für die Sicherheit aus Sicht der Bevölkerung verantwortlich?

These: Sicherheit ist ein gesamtgesellschaftliches Bedürfnis, für das alle Verantwortung tragen und für das der Staat eine Führungs- und Koordinierungsfunktion hat.

Zu oft wird meiner Meinung nach heute in Expertenkreisen vom Bürger gesprochen, der eine „Vollkasko- und Blaulichtmentalität“ besitze und alle Verantwortung gerade im Sicherheitsbereich an den Staat bzw. die öffentliche Hand delegiere.

Ja, es ist wohl wahr, dass das intensive Propagieren der staatlichen bzw. öffentlichen Zuständigkeiten für das Thema Sicherheit in Verbindung mit einem imposanten komplexen Sicherheits- und Hilfeleistungssystem aus Armee, Polizeien, Hilfs- und Katastrophenschutzorganisationen einschließlich schlagkräftiger kommunaler Feuerwehren und einem Millionenheer von potentiellen Einsatzkräften in Deutschland über die Jahrzehnte hinweg Eindrücke beim Bürger hinterlassen hat, dass das Ganze ja gut geregelt sei und man auf ihn schon irgendwie verzichten könne. Gleichwohl engagieren sich aber immerhin etwa 1,7 Millionen Menschen, Bürgerinnen und Bürger wie Sie und ich, hierzulande kontinuierlich ehrenamtlich, um einen effektiven Katastrophenschutz zu gewährleisten, der in diesem Umfang und dieser Qualität tatsächlich weltweit einmalig ist. Viele dieser Ehrenamtlichen haben Familie, deren Mitglieder sich ebenfalls engagieren, zumindest aber als Multiplikatoren fungieren (können).

Aber es ist auch wahr und richtig, dass sich der moderne Staat dazu bekennt, die Bürger vor vielfältigen Gefahren zu schützen und Sicherheit -soweit als möglich- zu garantieren. Dies ist ein enormer Fortschritt des bürgerlich-demokratischen Staatswesens, der Zivilgesellschaft, im Gegensatz zu Zeiten, in denen es für das gemeine Volk keinerlei Schutz- und Sicherheitsgarantien seitens der herrschenden Klassen gab. Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland garantiert der Staat in den Grundrechten das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und ich denke, dass wir weder an den grundlegenden Sicherheits-Garantien des modernen Staates für seine Bürgerinnen und Bürger rütteln wollen, noch den Einzelnen aus seiner individuellen Verantwortung für die Sicherheit in seinem ureigensten Umfeld entlassen wollen.

Sicherheit ist zunächst kein objektiver technischer oder sonstiger externer Status, sondern ein immanentes Bedürfnis, das die Menschen evolutionär empfinden und das sie befriedigt wissen möchten, um konstruktiv zusammenleben und sich konstruktiv fortentwickeln zu können. Insofern ist diese Bedürfnisbefriedigung, wenn sie gelingen soll, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen, bei der ich den Staat bzw. die öffentliche Hand aufgrund demokratisch ausgehandelter Spielregeln in einer Führungs- und Koordinierungsfunktion sehe, die er jedoch nicht losgelöst von den Bedürfnissen der Bürger wahrnehmen darf. Gerade auch beim Thema Sicherheit gilt meines Erachtens das Bonmot von Albert Einstein

besonders, dass „*der Staat für die Menschen da sei und nicht die Menschen für den Staat*“. Was folgt daraus für mich? Im Kontext einer solchen herausgehobenen Koordinierungsfunktion haben staatliche Stellen aus meiner Sicht die Aufgabe, Risiken für eine Gesellschaft mit Hilfe der Wissenschaft und fundierten wissenschaftlichen Methoden zu ermitteln, sie so objektiv wie möglich zu analysieren und gemeinsam mit Politik, Öffentlichkeit und dem Bürger zu bewerten. Das Aushandeln von Risiken bzw. von Maßnahmen zur Risikobehandlung ist meines Erachtens nach eine zentrale Angelegenheit, die nur mit Hilfe gut fundierter, beherrschter und angewandter Risikokommunikation zwischen allen Akteuren, insbesondere zwischen Staat und Bürger erfolgreich gelingen kann.

Zu einer funktionierenden Zivilgesellschaft gehört aber auch, dass jedes Mitglied dieser Gesellschaft für sich und sein Lebensumfeld mitverantwortlich ist. Um jedoch angemessen Handeln zu können, ist es erforderlich, dass die Bevölkerung um die Risiken weiß, mit denen sie umgehen soll und kontinuierlich Angebote erhält, einerseits einen möglichst präventiven Verhaltens- oder Lebensstil zu entwickeln und andererseits in der Lage ist, eingetretenen Gefahren mit effektiven Maßnahmen des Selbstschutzes und der Selbsthilfe zu begegnen.

Effektive und effiziente „Persönliche Notfallvorsorge“ zu erlernen bedeutet, sich in einen lebenslangen Prozess zu begeben, der mit staatlicher Unterstützung im Kindergarten beginnen muss und erst im höheren Seniorenalter seinen Abschluss finden kann. Menschen, so behaupte ich heute, die auf diese Art und Weise sozialisiert und in einen kontinuierlichen Risikokommunikationsdialog eingebunden sind, werden damit automatisch auch zu einem Akteur in der Sicherheitsforschung: sie sind für das Thema sensibilisiert, sie haben eigene Kenntnisse und Wissen, sie sind Teil einer Themen- und Kommunikationsgemeinschaft und sie werden dadurch eine selbstbewusste Rolle im Dialog mit Behörden und Forschungseinrichtungen wahrnehmen können, wie dies heute nur in ausgewählten Einzelfällen geschieht und möglich ist. Und trotzdem wird es kaum möglich sein, alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zu gewinnen. Wir werden gerade in einer sich sozial wieder deutlich stärker segregierenden Gesellschaft auch damit leben und umgehen müssen, dass sich Teile der Bevölkerung für diese Themen, allzumal in einem Kontext mit Wissenschaft und Forschung, nicht angesprochen fühlen. Und die, die es tun, die sich kontinuierlich mit diesen Fragen und Themen beschäftigen, mutieren über die Zeit zu Experten und gehören damit nicht mehr so ganz zu der Bevölkerung, von der hier eigentlich die Rede ist.

3. Frage: Was sind Motive von freiwilligen Helfern und welche Rolle können Soziale Netzwerke bei der Katastrophen- oder Krisenbewältigung spielen?

These: Helfen ist ein ur-menschliches Bedürfnis. Soziale Netzwerke können spontane Hilfeleistungsaktivitäten in Katastrophen befördern und die Bewältigung unterstützen.

Wie gerade eben behauptet, kommt meines Erachtens der Risiko- aber auch der Krisenkommunikation rund um das Thema „Sicherheit“ im Allgemeinen und im Umfeld von Katastrophen im Besonderen eine entscheidende Bedeutung zu. Gute Kommunikation ist mit Blick auf Risiko- und Katastrophenbewältigung das Schlüsselement. Um große Katastrophen erfolgreich bewältigen zu können, benötigt eine Gesellschaft jedoch neben der unverzichtbaren Krisenkommunikation auch einen tief verankerten Hilfswillen in der Bevölkerung.

Grundsätzlich ist dieser Hilfwillen in der deutschen Gesellschaft entgegen allen anderslautenden Meinungen vorhanden. Helfen in Not ist ein zutiefst menschliches Bedürfnis, auch wenn die Motive und Ausformungen von Hilfeleistungen individuell sehr unterschiedlich ausfallen. Die Art von Hilfeleistungen reichen vom technischen oder notfallmedizinischen Retten in Not befindlicher Menschen unter erschwerten Einsatzbedingungen (ehrenamtliche Feuerwehrleute und Rettungsdienstkräfte), über spontanes Helfen beim Sandsackfüllen (ungebundene Spontanhelfer) bis hin zum Spenden von Geld oder anderen Ressourcen (Spender); die Motive reichen vom selbstlosen Altruismus bis hin zur Befriedigung schlechter Gewissen. Und das ist alles auch ganz in Ordnung so! Tatsache ist jedoch, dass Sicherheit und Helfen zwei Urbedürfnisse des Menschen und damit auch zwei Seiten derselben Medaille sind. Daraus lässt sich gut Etwas machen.

Dass es um die Hilfeleistungsbereitschaft in der Bevölkerung vom Grundsatz her nicht schlecht bestellt ist, demonstriert alleine schon das enorme Heer an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei Feuerwehren, THW und Hilfsorganisationen, das alleine für den Bevölkerungsschutz ca. 1,7 Millionen Menschen umfasst. Nicht berücksichtigt sind dabei die ehrenamtlich aktiven Menschen, die auf sozialen, psycho-sozialen und gesundheitlichen Feldern Menschen in Not helfen und deren Zahl noch weit mehr als die im Bevölkerungsschutz umfasst. Zusammen mit Sport, Kultur, Gesundheit, Sozialem und Bevölkerungsschutz sind in Deutschland über 22 Millionen Menschen ehrenamtlich tätig und engagieren sich so auf die eine oder andere Weise für das Gemeinwohl; ein enormes Potential, das auch mit Blick auf Katastrophen- oder Krisenbewältigung näher betrachtet werden sollte. Gleichwohl wächst für unser kulturell nicht zuletzt aus der christlichen Ethik heraus erwachsenes System des ehrenamtlichen Helfens in Vereinen und Verbänden ein Risiko: der demographische und soziale Wandel mit all seinen Facetten führt bereits in einigen Regionen Deutschlands dazu, dass die menschlichen Hilfeleistungspotentiale schmelzen oder sich demographisch verschieben. Das Altern und Schrumpfen der Gesellschaft, der künftig noch stärkere Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, die zunehmenden Mehrfachverpflichtungen für Beruf, Familie etc. und die weiter zunehmende Mobilität in der Arbeitswelt werden das bislang bekannte Hilfeleistungssystem verändern.

Um Katastrophen trotzdem erfolgreich bewältigen zu können, bedarf es erneut der deutlich verstärkten Integration von bislang noch nicht aktiven Bevölkerungsteilen. Und auch hier kommen wieder die Kommunikation, aber auch die Produktforschung sowie die Produktentwicklung auf dem technischen Kommunikationssektor ins Spiel.

Erstmals verfügen Menschen heute mit Hilfe von Smartphones und ähnlichen Kommunikationsmitteln über die technische Möglichkeit in Echtzeit über Netzwerke auch in Katastrophenlagen miteinander zu kommunizieren, Daten in Wort und Bild zu übermitteln und sich alleine oder aber in Abstimmung mit Hilfsorganisationen oder Behörden zu organisieren. Natürlich immer vorausgesetzt, dass das Mobilfunknetz und das Internet in Katastrophenlagen auch funktionieren. Vor allem die Möglichkeit der Selbstorganisation in Katastrophen aufgrund vorhandener Kommunikationsmöglichkeiten und -plattformen kann mittelfristig zu einem kleinen Paradigmenwechsel im Bevölkerungsschutz führen, dessen Ausmaße wir uns gerade in der traditionellen Katastrophenschutz-Community heute noch gar nicht vorstellen können.

Beim Sommerhochwasser 2013 hat diese Fach-Community mit einiger Verwunderung die Aktivitäten von spontanen, über Soziale Netzwerke initiierten und organisierten Hilfsaktionen von überwiegend jüngeren Menschen betrachtet, von Menschen die meist nicht in die traditionellen Katastrophenschutzorganisationen

eingebunden waren oder sind. Diese Verwunderung über diese Spontanaktivitäten ungebundener freiwilliger Helferinnen und Helfer reichte im hierarchisch aufgebauten und strukturiert organisierten Bevölkerungsschutz von anerkennender Bewunderung bis hin zum wahren Schock und zur -zumindest intern geäußerten- Ablehnung. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass die Möglichkeiten der modernen und noch weiter zu entwickelnden Kommunikationstechnologien einen enormen Einfluss auf die Gestaltung von spontanen Hilfeleistungen im Katastrophenfall haben werden und künftige mit Web 2.0 und Nachfolge-Erfahrungen aufgewachsene Menschen hier andere Möglichkeiten der Mithilfe entwickeln können, die wir bei großen Katastrophen generell und aufgrund des demographischen Wandels speziell benötigen.

Hinzu kommen positive Nutzungsmöglichkeiten von Web 2.0-basierten und in der Bevölkerung genutzten Lösungen, um Lagebilder der Behörden und Organisationen zu ergänzen und deren Prognosefähigkeit zu verbessern. Sowohl Bevölkerung als auch die Behörden müssen von der Forschung und der Produktentwicklung noch stärker eingebunden werden, um bestehende technische Ansätze benutzer- und bedarfsorientiert weiter- oder neu zu entwickeln. Vom Sicherheitsforschungsprogramm des BMBF finanzierte Projekte können hier gute Ansätze bieten und sollten meines Erachtens nach gezielt auf die gemeinsam zu definierenden Bedürfnisse von Bürgern und Behörden fortentwickelt werden.

Gleichwohl dürfen wir uns gerade bei Großkatastrophen nicht zu sehr auf die Verfügbarkeit technikbasierter, vor allem elektronischer Hilfsmittel und Lösungen verlassen, da diese bekanntermaßen gestört sein oder ganz ausfallen können.

4. Frage: Wie gelangen wir zu unserer Einschätzung von Bedrohungen bzw. zu einem Gefühl von Sicherheit oder Unsicherheit?

These: Die Risikowahrnehmung hängt oft nicht von objektiven Erkenntnissen und daraus abgeleiteten Einschätzungen ab. Der Wissenschaft gelingt es selten, die Bevölkerung rechtzeitig kommunikativ zu erreichen.

Eines der für mich spannendsten Teilthemen in der Risikoforschung ist die Risikowahrnehmung; wir alle wissen, dass es auf diesem Gebiet nicht immer um objektive Erkenntnis, sondern oftmals um subjektiv empfundene Meinungen und Einstellungen geht. Während sich die absolute Mehrheit der Autofahrer hinter ihrem Lenkrad sicher fühlt, sterben jedes Jahr mehr Menschen durch Autounfälle alleine in Deutschland, als weltweit durch Flugzeugunfälle oder aber beispielsweise die Terroranschläge vom 11. September. Und gerade letztgenanntes Ereignis führte in der unmittelbaren Folge im Herbst 2001 aufgrund von akuter Terror- und Flugangst in den USA dazu, dass sich in den Wochen nach diesen Anschlägen die Zahl der KFZ-Unfälle mit Todesfolgen spürbar erhöhten; viele Menschen stornierten ihre Flüge und stiegen auf das Auto um.

Das heute weltweit mögliche Erleben von Katastrophen oder Unfallereignissen in Echtzeit durch Satellitenübertragungen, durch das Internet und das sofortige Diskutieren in Sozialen Netzwerken ermöglicht für mehr und mehr Menschen Gefahrensituationen und Ereignisse quasi live zu erleben. Der Bürger ist über klassische Medien passives und über Soziale Medien aktives Mitglied der Informations-, Medien-, Kommunikationsgesellschaft und im – Beck'schen Sinne – aktives Mitglied der „Weltrisikogesellschaft“. Während die Wissenschaft und das Heer wissenschaftlicher Experten sich im Risikodiskurs auf abstrakter Ebene ergehen oder während bzw. nach Katastrophen in fachlicher für den Laien selten leicht zu verstehender

Sprache Erklärungsversuche abgeben, wobei medial verkürzt, oftmals Entscheidendes auf der Strecke bleibt, fühlt sich der Bürger gerade in diese Diskurse nicht eingebunden und kann gerade komplexe Sachverhalte in der Expertensprache nur selten verstehen. Und die Medien vereinfachen in solchen Situationen meist, was völlig nachvollziehbar ist.

Das Bedürfnis nach einfachen, verständlichen Erklärungen führt dazu, dass bei der Bevölkerung weniger die wissenschaftliche Erkenntnis und Sichtweise wahrgenommen wird, es sei denn sie wurde entsprechend verständlich kommuniziert, sondern den Headlines von Medien und den Positionen in Netzwerken gefolgt wird; allzumal dann, wenn sich Wissenschaftler nicht nachvollziehbar in der Öffentlichkeit streiten und widersprechen bzw. Behörden beim „Lügen“ über die tatsächliche Lage oder das wirkliche Risiko erwischt worden sind.

Für mich liegen auch bei dieser Frage die Antworten hauptsächlich auf der Kommunikationsebene und den Kommunikationsprozessen zwischen den Akteuren. Doch muss es natürlich auch Etwas zu kommunizieren geben und zwar faktisch Substantielles, das in die richtige Form verpackt ist. Die mit allen Akteuren auf wissenschaftlicher Methodik basierende Risikoerfassung und Risikoanalyse ist die Faktenbasis, die es mit allen Akteuren und insbesondere Bevölkerung zu diskutieren gilt. In diese Prozesse müssen die Medien ebenfalls intensiv einbezogen werden, haben sie doch die klassische Aufgabe des Informationsvermittlers und Meinungsbildners. Mit Hilfe der Sozialen Netzwerke und der aktiven Teilnahme an dortigen Kommunikationsprozessen kann Einfluss auf die Entwicklung einer möglichst objektiv basierten Risikowahrnehmung genommen werden.

5. Frage: Nehmen wir den sicheren Zustand unserer Gesellschaft gar nicht mehr wahr?

These: Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Allerdings verhindert die Komplexität von technischen und sozioökonomischen Systemen die Wahrnehmung von Vulnerabilität.

Noch nie haben Menschen in unserem Land auf einem so hohen Sicherheitsniveau gelebt wie in den letzten Jahren. Medizinische Früherkennung ermöglicht lebensbedrohliche Erkrankungen im Frühstadium durch Hightech-Medizin erfolgreich zu behandeln. Trotz rasant steigender Flugbewegungen am Himmel ist die Zahl der Flugverkehrsunfälle durch Verbesserte Technik und Sicherheitssysteme weltweit drastisch gesunken. Gleiches gilt für die immer noch hohe, aber deutlich reduzierte Zahl der Todesfälle im hiesigen Straßenverkehr. Das durchschnittliche Lebensalter steigt hierzulande aufgrund von Medizin, Wohlfahrt und entsprechenden Lebensumständen statistisch seit Jahrzehnten kontinuierlich an. Doch anstelle eines tief verwurzelten Sicherheitsgefühls auf der Grundlage dieser empirischen Daten sind gerade hierzulande die Unsicherheit mit Blick auf künftige Entwicklungen oder aber den eigenen Abstieg weit verbreitet. Von „German Angst“ spricht daher auch das Ausland, wenn es die Befindlichkeiten von uns Deutschen und unsere oftmals nicht verständliche Angst vor der Zukunft wahrnimmt und kommentiert.

Die „German Angst“ will ich hier nicht erklären, klar ist aber, dass der Mensch bezogen auf sein Alltagsleben ein Gewohnheitstier ist. Und so ist es für mich auch sehr verständlich, dass bestimmte hohe Sicherheitsstandards, die wir gerade auch in Deutschland in Jahrzehnten durch technische Entwicklungen und gute Gesetzgebung erreicht haben, mittlerweile als Standard des Alltags wahrgenommen werden und sich

das Bedürfnis nach Sicherheit an den Themen orientiert, die durch die Massen- und sonstigen Medien auf den verschiedensten Kanälen transportiert werden.

Gleichwohl mag in dem teils unbestimmten Unwohlsein in der deutschen Gesellschaft, der „German Angst“ vielleicht ganz unbewusst eine Ahnung schlummern, dass sich manche Dinge auch über Nacht grundlegend ändern könnten und sich dann Vieles zum Negativen hin entwickeln würde. Die Komplexität des Funktionsmechanismus unserer hochentwickelten Gesellschaft, basierend auf der zuverlässigen Verfügbarkeit von so genannten Kritischen Infrastrukturen, macht es für den einzelnen Nichtexperten sowie weite Teile der Bevölkerung sehr schwer, die rasant gewachsene und weiter wachsende Verletzlichkeit dieser Gesellschaft zu erkennen bzw. bewusst wahrzunehmen.

Ohne elektrischen Strom und ohne IT-Leistungen bricht das öffentliche Leben hierzulande nach wenigen Stunden peu à peu zusammen. Die Abhängigkeiten, in die sich eine moderne, komfortable Gesellschaft begibt, ohne sich über die damit verbundenen Risiken im Klaren zu sein und ohne diese zu kommunizieren, sind mittlerweile enorm und zumindest auf absehbare Zeit irreversibel. Hier bedarf es umfassender Risikoanalysen, eines intensiven Risikodiskurses auf der Basis einer gesamtgesellschaftlichen Risikokommunikationskultur und einer aufgeklärten, selbsthilfefähigen Bevölkerung, beispielsweise für den Fall eines tatsächlich großen und lange anhaltenden Blackouts mit all seinen Kaskadeneffekten und Folgen.

Möglich also, dass aufgrund dieser Risiken die Bevölkerung in Teilen unbewusst ahnt, dass ihre Sicherheit, ihr Wohlstand und ihr Komfort auf gar nicht so sicherer Grundlage steht und die von uns Menschen selbst erzeugte Komplexität einen Schweregrad erreicht hat, dessen sichere Beherrschung mit den Mitteln von heute nur schwerlich oder gar nicht möglich ist.

6. Frage: Welche Forschung brauchen wir? Wo findet sich der Bürger wieder?

These: Die Risikogesellschaft benötigt eine bürgerorientierte Forschung und einen bürgerorientierten Bevölkerungsschutz, die den Bürger nicht als Objekt, sondern als Partner und Akteur auf Augenhöhe begreifen.

Noch spielt die Bevölkerung keine kontinuierliche Rolle im Akteursgeflecht von Behörden, Forschungseinrichtungen, Fachverbänden und Experten rund um die zivile Sicherheitsforschung. Noch ist die Bevölkerung meist bloßes Objekt, wenn es um die Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes und das Auflegen von Sicherheitsforschungsprogrammen und -projekten geht, oder schlimmer noch, sie ist nur Alibi. Noch artikulieren sich aktiv und selbstbewusst zu wenig Bürger in diesem Kontext, wobei die Sozialen Netzwerke im Web 2.0 und die technischen Kommunikationsmöglichkeiten zu neuen Ausformungen bürgerschaftlichen Engagements und neuen Formen der Meinungsbildung und der Einmischung führen werden. Hier sehe ich eine echte Chance, die Zivilgesellschaft auch zu stärken.

Sofern die Forschung ebenso wie der Staat mit seinen Sicherheitsbehörden tatsächlich für den Menschen da ist und den Bürger ernst nimmt, muss ein Umdenken und ein Einbeziehen der Bevölkerung in einen dauerhaften und umfänglichen gemeinsamen Kommunikationsprozess erfolgen. Um hinsichtlich einer sicheren Gesellschaft, einer Gesellschaft, die Rahmenbedingungen für gutes konstruktives Leben und Fortentwickeln schafft und erhält, zukunftsfähig zu sein bzw. zu bleiben, bedarf es einer bürgerorientierten

Sicherheitsforschung und eines bürgerorientierten Bevölkerungsschutzes, die beide den Bürger als Partner und Co-Akteur auf Augenhöhe begreifen, die ihn nicht als Alibi in ausgewählten Foren benutzen. Jedoch sollte auch klar sein, wo die natürlichen Grenzen von Beteiligung sind. Um zu wissen, worum es dem Bürger, den verschiedenen relevanten Zielgruppen unserer Gesellschaft im Kontext mit Sicherheit geht, benötigen wir mehr Wissen über diese doch weitgehend „Unbekannte“. Dies bedeutet, den Finger immer am Puls zu haben, durch kontinuierliche Befragung und Dialoge zu erfahren, wo der Schuh drückt, welche Potentiale in der Bevölkerung - nicht zuletzt für eine Risikoregulierung und eine Krisenbewältigung - vorhanden sind und sich aufgeschlossen zu zeigen für neue, andere Formen der Kommunikation und des Informationsaustausches.

7. Zusammenfassung

Ich komme zum Schluss und zu einer kurzen Zusammenfassung.

Eine Kernaussage von mir ist, dass die Bevölkerung derzeit noch immer eher teilnahmsloses Objekt der Sicherheitsforschung ist. Ihre Funktionen als eindeutiger Adressat und als relevanter Akteur der Sicherheitsforschung und auch des Bevölkerungsschutzes sind dringend zu entwickeln. Dies ist umso wichtiger, als dass Sicherheit in demokratischen, zivilen Gesellschaften ein gesamtgesellschaftliches Bedürfnis ist, für das alle relevanten Akteure und damit auch die Bevölkerung Verantwortung tragen, wobei der Staat eine partnerschaftliche Führungs- und Koordinierungsrolle wahrzunehmen hat, da er sich dazu im Einverständnis aller verpflichtet hat.

In Notlagen und Krisensituationen tritt das urmenschliche Bedürfnis nach Hilfe und zum Helfen zu Tage. Neue Kommunikationsmittel und Soziale Netzwerke sowie Spontanhilfe ungebundener Bürgerinnen und Bürger können die etablierten Hilfeleistungssysteme wirkungsvoll unterstützen und werden aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen wie dem demographischen Wandel an Bedeutung gewinnen. Dies bietet auch die Chance für mehr zivilgesellschaftliches Engagement. Die Forschung muss Bürger und Staat bei der Ziel- und Nutzen-gerichteten Fortentwicklung neuer Kommunikations- und Informationsmedien begleiten.

Das gesellschaftliche Aktivitätsniveau rund um das Thema der zivilen Sicherheit hängt stark von der Risikowahrnehmung ab, die jedoch oftmals nicht von objektiven Erkenntnissen und daraus abgeleiteten Einschätzungen, sondern subjektivem Empfinden abhängt. Der Wissenschaft muss es gelingen, ihre Erkenntnisse im Zuge verständlicher Kommunikationsstrategien zu vermitteln und den Bürger vom Grundsatz her zu erreichen. Dafür sind Vermittler also Medien notwendig, die ebenfalls in diesen Prozess verstärkt zu integrieren sind.

Aufgrund teils extremer Komplexitäten in unserer Gesellschaft sowie der vorhandenen HighTech-Systeme nehmen viele Menschen nur die positiven Seiten des Fortschritts wahr und können die enormen Abhängigkeiten und daraus resultierenden Vulnerabilitäten kaum erkennen. Um hierfür Lösungen zu generieren benötigt es eines umfassenden Risikodiskurses, in den der Bürger auf der Grundlage valider Fakten und verständlicher Sprache auf Augenhöhe einzubeziehen ist.

Wir werden, wenn wir uns weiterentwickeln wollen, auch weiterhin mit Risiken und mit Unsicherheit leben müssen. Was wir jedoch noch intensiver als bisher lernen müssen, ist der gesamtgesellschaftliche Umgang mit Risiken, von denen nicht jedes akzeptiert werden muss. Wir Menschen sind zumindest bezogen auf die von

uns selbst erzeugten Risiken in der Lage, diese Risiken zu analysieren, zu bewerten und danach zu entscheiden, ob sie es uns wert sind, mit ihnen weiterhin leben zu wollen oder nicht. Ein Ansatzpunkt für diesbezügliche Entscheidungen ist der Risiko-Nutzen-Aspekt. Risiken, die einen sinnvollen Nutzen deutlich übersteigen, könnten abgeschafft werden. Ein Beispiel hierfür wäre die Nutzung der Atomkraft aufgrund zu vieler ungeklärter Fragestellungen und dem enormen Schadenspotential bei einer Kernschmelze oder einem anderen katastrophalen Schadensereignis. Risiken hingegen, deren Nutzen sinnvoll oder unverzichtbar ist, sind durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess weiterzuentwickeln, wobei diese Weiterentwicklung technische und soziale Komponenten gleichermaßen beinhalten muss. Ich folge mit einem solchen Ansatz nur dem Katastrophenforscher Charles Perrow, der viele unserer heute diskutierten Probleme im Umfeld der Sicherheits- und Risikoforschung bereits 1984 in seinem Buch „Normal Accidents“ oder „Normale Katastrophen“ eindrucksvoll beschrieben hat.

Um in die Lage zu kommen, solche Entscheidungen gesamtgesellschaftlich nachvollziehbar und akzeptiert treffen zu können, ist ein etablierter und sich kontinuierlich entwickelnder öffentlicher Risikodiskurs unverzichtbar, in dem Bevölkerung sowohl Adressat als auch gleichberechtigter Gesprächspartner und Akteur ist.

6.2 Meinungen und Diskussion

Karoline Oberländer (Initiative „Passau räumt auf“)

Herbert Saurugg (Initiator „Plötzlich Blackout“)

Prof. Dr. Silke Schmidt (Universität Greifswald)

Prof. Dr. Susanne Krasmann (Universität Hamburg)

Moderation: Dr. Saskia Steiger (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

Einsatz sozialer Medien

Der Einsatz von sozialen Medien im Bevölkerungsschutz beschäftigte die Diskutanten in mehrfacher Hinsicht: Der Einfluss sozialer Medien auf das reale Geschehen darf nicht unter- aber auch nicht überschätzt werden. So setzte die Studenteninitiative „Passau räumt auf“ soziale Medien wie z. B. Facebook während des Hochwassers 2013 beabsichtigt nur begrenzt ein: Es sollten Informationen weitergeleitet, aber vor allem darauf geachtet werden, keine Panik zu verbreiten. Es gab verschiedene Internetseiten, die durch Fehlinformationen dazu beitrugen, blinden Aktionismus in der Bevölkerung zu schüren und somit Chaos zu verursachen. Der Initiative war es hierbei wichtig, ihre Arbeit zu dokumentieren und nicht die Menschen direkt aufzufordern etwas zu tun. Sie veröffentlichten deshalb nur Bilder ihres Einsatzes und die größeren Ziele ihrer Arbeit.

Die Bevölkerung nutzt soziale Medien unabhängig davon, was die professionellen Rettungskräfte machen, und das darf nicht ignoriert werden. Um das große Potenzial der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung zu nutzen, ist es wichtig, dass die Informationen im Netz fundiert und inhaltlich korrekt sind. Die Folgen von Fehlinformationen sind schwer abzuschätzen. Ungebundene Helfer können auch leicht zu einer Störung der professionellen Rettungskräfte werden und sollten daher gezielt eingesetzt werden können.

Die Akteure des Bevölkerungsschutzes auf der anderen Seite benötigen daher vertrauenswürdige Informationen über die Fähigkeiten der ungebundenen Helferscharen im Netz. Deutschlandweit sind die Freiwilligenagenturen stark im Internet vertreten⁹. Diese Agenturen besitzen Informationen zu Menschen, die in den unterschiedlichsten Bereichen helfen wollen, dieses sind Informationen, die für den Einsatz ungebundener Helfer nutzbar gemacht werden sollten, da die Kompetenzen der Helfer bekannt sind.

Auf europäische Initiative hin wird bereits an Informationstools gearbeitet, die für Einsatzorganisationen relevante Informationen zu ungebundenen Helferlisten, Bürgerinitiativen o. ä. zusammenstellen und archivieren damit im Einsatzfall der Informationswust nicht über den Köpfen der Organisationen zusammenbricht. Hier bestehen also bereits Ansätze für ein Informationsmanagement das im Rahmen des Katastrophenschutzes eingebunden werden sollte.

Auch in Deutschland gibt es auf Beschluss der Innenministerkonferenz eine Bund-/Länderarbeitsgruppe, die Empfehlungen erarbeiten soll, wie Behörden mit dem Phänomen der Selbstorganisation von ungebundenen Helfern via Soziale Medien umgehen sollten.

Die Rolle der Bevölkerung

Viel diskutiert ist und wurde die Frage, wer denn „die Bevölkerung“ eigentlich ist, die im Falle einer Krise oder Katastrophe geschützt, aber auch eingebunden werden soll? Ist die Bevölkerung Objekt oder Subjekt in der Sicherheitsforschung? Es wurde angeregt, die Bevölkerung nicht immer nur zu befragen, sondern auch ihr Verhalten zu beobachten. Befragungen führen oft zu einem verzerrten Bild und spiegeln nur den aktuellen politischen Diskurs wider. Es gibt kaum gesicherte Erkenntnisse über die Befindlichkeiten der Bevölkerung, da je nach den Umständen der Befragung und der spezifischen Bevölkerungsgruppe, die befragt wird, die Antworten unterschiedlich ausfallen.

Sicherheit beinhaltet nicht nur den Aspekt der Bedrohung, die gerne in Befragungen im Vordergrund steht, sondern auch Fragen der sozialen Sicherheit. So hängt die Reaktion der Bevölkerung im Katastrophenfall auch stark vom sozialen Kontext bzw. einer spezifischen Situation ab. Einerseits kann soziale Ungleichheit leicht zu Ausschreitungen führen, andererseits vergrößert soziale Sicherheit im Sinne von Wohlstand das Gefühl der Unsicherheit, weil die Angst wächst, diesen zu verlieren.

Die Diskussion machte deutlich, dass neue Wege der Kommunikation mit der Bevölkerung gefunden werden müssen. Die Bevölkerung darf nicht mehr nur als Adressat oder potentiell Opfer behandelt werden, sondern als Informationsgeber oder aktiver Teilhaber am Sicherheitsgeschehen. Erfahrungsberichte von Menschen, die eine Katastrophe erlebt haben, müssen gesammelt und ausgewertet werden, damit ein konkretes Bild über die Fähigkeiten der Bevölkerung zur Selbsthilfe und deren Umgang mit Krisensituationen entsteht. Dieser Punkt wurde explizit herausgestellt, da evidente und konkrete Ergebnisse zu Verhaltensweisen der Bevölkerung bisher fehlen.

Damit die Bevölkerung im Katastrophenfall erfolgreich als Akteur einbezogen werden kann, müssen drei Dinge vermittelt werden: 1. Was weiß ich? 2. Welche Motive habe ich? 3. Welche Selbstwirksamkeit erlebe ich?

⁹ Vgl. hierzu www.bagfa.de [09.10.2015].

Hierbei darf nicht vergessen werden, dass die Berufsgruppen, die aktiv im Bevölkerungsschutz tätig sind, ebenfalls Teil der Bevölkerung sind und ihre Rolle als Adressat und Akteur bisher noch nicht tiefergehend betrachtet wurde.

Aus dem Panel wurde vorgeschlagen, dass die Rolle der Bevölkerung in Sicherheitsforschungsprojekten von Beginn der Antragsphase mit einbezogen werden sollte. Die Zeit, um die Bevölkerung z. B. durch Workshops oder Befragungen einzubinden, muss in den Projektplan eingerechnet werden. Hierbei sollte direkt in die Kommunen gegangen werden, wo der Bevölkerungsschutz stattfindet, und darüber nachgedacht werden, wie man Bürgerinitiativen konkret einbinden kann.

Ein Bewusstsein für Resilienz schaffen

Bisher wurde im Bevölkerungsschutz sehr stark auf Technik gesetzt. In der Diskussion wird jedoch deutlich, dass der Mensch die entscheidende Rolle spielt und viel stärker in den Mittelpunkt der Forschung gestellt werden muss. Die Arbeit von Bürgerinitiativen zeigt, dass die Bevölkerung sehr motiviert ist. Man muss sie kompetent informieren und vor allem da abholen, wo sie steht. Es muss ein Bewusstsein geschaffen werden, dass jeder mit seinen Ressourcen eine Krisensituation meistern kann.

Die Kommunikation zwischen Behörden und Bevölkerung muss stark verbessert werden. Es sollte die Aufgabe der Behörden sein, die Zusammenarbeit der ungebundenen Helfer mit den offiziellen Einsatzkräften zu organisieren. Für die Behörden ist die Kommunikation mit der Bevölkerung nicht problemlos zu verwirklichen. Hier kann es hilfreich sein, Ansprechpersonen vor Ort als Schnittstellen und Multiplikatoren zu nutzen. Die Vertrautheit mit dem Gemüsehändler an der Ecke kann um einiges zielführender sein, als eine offizielle Aufforderung der Behörden, z. B. ein Wohnviertel zu räumen. Die Menschen haben Vertrauen und werden nicht so leicht abgeschreckt, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Um ein besseres Miteinander zu erreichen, müssen die Behörden aufzeigen, an welchen Stellen das Engagement der Bevölkerung erfolgreich war. So kann eine Basis geschaffen werden, Hand in Hand mit Bürger und offiziellen Einsatzkräften erfolgreich zu arbeiten. Das Hochwasser 2013 hat gezeigt, dass das gemeinsame Erlebnis, den Zusammenhalt unter den Menschen immens gestärkt hat.

Für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und professionellen Rettungskräften wird es wichtig, dass der Bürger in seiner Mündigkeit erkannt wird. Er ist sowohl in der Lage sich selbst zu motivieren als auch zu aktivieren. Dieses Potenzial muss verstärkt genutzt werden und in die Planung von Krisenplänen miteinbezogen werden. Das Hochwasser von 2013 hat auch gezeigt, dass die Bevölkerung bei weitem gelassener reagiert, als die Politik und die Sicherheitsforschung annehmen.

7 Wissenschaft trifft Wirtschaft: Vermarktung als Ziel der Sicherheitsforschung?

Sicherheitsforschung ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Dies zeigt sich in erster Linie hinsichtlich zwei verschiedener Facetten: Erstens wird mit der Vermarktung von Sicherheitstechnologien sehr erfolgreich gewirtschaftet, denn technische Innovationen dienen nicht nur dem Einsatz im Inland, sondern insbesondere der Vermarktung im Ausland. Lobbyisten identifizieren Problemlagen und liefern Ansätze und Lösungsideen aus dem eigenen Unternehmen gleich mit. Zweitens werden immer mehr vormals staatliche Sicherheitsaufgaben an private Dienstleister übertragen oder sich von diesen angeeignet. Auch hier ist ein neuer, wachsender Markt entstanden. Befürworter von Privatisierung argumentieren, dass durch private Anbieter Sicherheit effizienter und effektiver angeboten werden könne und die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt würde. Die Skeptiker wenden ein, dass durch eine Übertragung von Sicherheitsfunktionen an private Akteure der Staat nicht nur sein Gewaltmonopol untergräbt, sondern auch den Schutz von Grundrechten aufs Spiel setzt und damit tendenziell an Legitimität verliert.¹⁰

Die Sicherheitswirtschaft in Deutschland umfasst dabei alle Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen zum Schutz von kritischen Infrastrukturen sowie zum Schutz vor Kriminalität, Wirtschaftsspionage und Terrorismus und zur Bewältigung von Krisen und (Natur-) Katastrophen anbieten. Der Gesamtumsatz der Sicherheitswirtschaft wird aktuell auf 35 Mrd. Euro geschätzt, bei 450.000 Mitarbeitern und einer geschätzten Umsatzentwicklung von 3,9 Prozent für 2013.¹¹ Die Sicherheitswirtschaft befindet sich in einem Strukturwandel. Bedingt durch die Verschiebung der Bedrohungslagen weg von der klassischen Verteidigung der äußeren Grenzen hin zur Bedrohung durch terroristische und kriminelle Gefährdungen der gesellschaftlichen (Infra-)Strukturen, gepaart mit zunehmenden Deregulierungsansätzen, kann eine schleichende Entstaatlichung der Daseinsvorsorge und der Sicherheit konstatiert werden. Die daraus entstehende Grauzone von Handlungsalternativen und Zuständigkeiten führt zu einem Legitimationsvakuum einerseits auf Seiten der staatlich-öffentlichen Interessensträger und andererseits der privatwirtschaftlichen Akteure.¹²

Die zwei Facetten „Vermarktung von Sicherheit und Sicherheitstechnologien“ und die „Privatisierung von Sicherheit“ bilden den Gegenstand dieser Session.

¹⁰ Schriftenreihe Sicherheit Nr. 11. Privatisierung der Sicherheit. Daase, Chr. & Deitelhoff, N. (2013). Berlin.

¹¹ Gummer, S. C., Skrzypietz, Th., Stuchtey, T. H. (2013). Die Sicherheitswirtschaft in Deutschland. Ergebnisbericht. Online abrufbar

<http://www.bigs-potsdam.org/images/Studien/WISIND%20Ergebnisbericht%20Unternehmen%20Bildschirmversion.pdf> [24.11.2014].

¹² Schriftenreihe Sicherheit Nr. 12. Markt oder Staat? Herausforderungen an privatwirtschaftliche Geschäftsmodelle in der Sicherheitswirtschaft. Gillert, F. (2013). Berlin.

7.1 Impuls: Prof. Dr.-Ing. Frank Gillert – Markt oder Staat? Herausforderungen an privatwirtschaftliche Geschäftsmodelle in der Sicherheitswirtschaft

Welchen Beitrag kann Forschung im Rahmen unserer Frage "Markt oder Staat" leisten? Man kann von einer begrifflichen Unschärfe zwischen Sicherheitsleistung, also den Angeboten von Sicherheit, und Leistungssicherheit, ausgehen, also von der Sicherstellung von Leistungen in der Daseinsvorsorge. In diesem Vortrag gilt es die Marktseite, die "Sicherheitswirtschaft" zu betonen. Hier habe ich mich sehr stark an den Endbericht des BIGS (Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit) zu dem Thema gehalten.¹³ Sicherheitswirtschaft lässt sich unterteilen in Leistungsangebote IT-Sicherheit, Sicherheitsprodukte und -techniken sowie Dienstleistungen. Das ist, plakativ gesprochen, die Marktseite. Die staatliche Seite wird im Wesentlichen von den KRITIS repräsentiert, vertreten vom Bundesministerium des Innern. Eine Trennung von diesen beiden Sektoren ist nur schwer möglich. Derzeit beträgt der Absatz in den kritischen Infrastrukturen von der Marktseite 77 Prozent.

Die Frage ist also: Ab wann ist eine Dienstleistung, die in den kritischen Infrastrukturen angeboten wird, nicht schon die Übernahme der Leistungssicherheit in der Struktur selbst? Die Frage soll als Ausgangsthema dienen und leitet über zur ersten These "Der Reifegrad der Sicherheitswirtschaft ist gering". 31 Prozent der Unternehmen wurden nach 2000 und später gegründet, dennoch erzielen sie einen Umsatz von 35 Mrd. EUR. Die spannende Frage ist aber, ob diese Sicherheitsprodukte intendiert sind oder nur zufällig dafür geeignet sind? Denn wir wissen nicht, wie die Sicherheitsbranche strukturiert ist. In der genannten Studie werden verschiedene Trends und Herausforderungen der Sicherheitsunternehmen dargestellt. Trend Nr. Eins sind Daten- und IT-Sicherheit, auf Platz zwei finden sich Sicherheitssysteme. Wir kommen dann zu den Herausforderungen ‚Wettbewerb und Innovation‘, ‚Normen und Standards‘. So stellt sich das Ranking der befragten Akteure der Sicherheitswirtschaft dar. Bei der Betrachtung dieses Rankings kann man folgende These ableiten "Wir laufen in eine Cyberisierung" von Sicherheitswirtschaft.

Dominierende Themen wie NSA, Cybercrime und Internetsicherheit führen zu einem aktivistischen Verhalten in der Industrie. Wenn es allerdings um die Internationalisierung geht, stehen die Herausforderungen Wettbewerb, Normen und Standards ganz oben. Aber die zuvor allgemeinen Herausforderungen wie Daten und IT-Sicherheit, die von den befragten Unternehmen am meisten genannt werden, werden beim Fokus auf internationale Herausforderung von den Themen Wettbewerb, Normen und Standards verdrängt. Das zeigt, dass bei entsprechend ausgeprägten Unternehmen das hohe strategische Potential erkannt ist.

Dies hat auch eine hohe Forschungsrelevanz, denn Forschung kann hier sehr viel tun, um Wettbewerbsvorteile auch im internationalen Rahmen zu befördern. Gerade für Unternehmen, die das so noch nicht beherrschen, können so Standardisierungen vorangetrieben werden. Aber nur 16 Prozent der Unternehmen forschen überhaupt. Diese Zahl ist sehr gering, aber die, die forschen, tun dies sehr stark. Der Export beträgt in der Branche lediglich drei Prozent. Das, was Deutschland ausmacht in anderen Industrien, können wir hier in der Breite nicht feststellen. Hier kann durch Forschung eine Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Rahmen geleistet werden. Weitere Internationalisierung und Standardisierung sorgt für einen breiten Marktzugang.

¹³ Gruchmann, Y., Schmidt-Bordemann, D., Skrypietz, Th. & Stuchtay, T. H. (2014). Die Sicherheitswirtschaft in Deutschland 2013 – Marktanalyse einer dynamischen Wachstumsbranche. Online abrufbar <http://www.bigs-potsdam.org/index.php/de/publikationen/studien> [20.11.2014].

Was treibt die Industrie an? Z. B. das Erschließen von Innovationspotenzialen durch Cross-Innovation-Ansätze. D. h. ein Unternehmen muss sich in der ganzen Breite mit Kompetenzen bestücken. So gesehen hat Cross-Innovation auf der Forschungsebene etwas mit Transdisziplinarität zu tun. Daraus bilden sich Märkte und werden interessant. Das Schließen von Wertschöpfungsketten und die Bildung von Ecosystemen sind ganz große Themen. Forschungsprojekte liefern also Beiträge, vor allem wenn der Fokus auf interdisziplinärer Anwendungsforschung liegt. Die Schwierigkeit ist hierbei die Einbettung der "unreifen" Unternehmen.

Was steckt aber dahinter? Wir müssen Mut zu einer nationalen Infrastrukturentwicklung aufbringen und uns nicht nur "anhängen". Diese Infrastrukturen können später evtl. auch exportiert werden. Sehen wir uns das Beispiel „neuer Personalausweis“ an. Hier ist ein Ecosystem für eine Infrastruktur gebaut worden und es gab hierfür Promotoren aus den Behörden und der Politik. Diese wurden in das Ecosystem integriert. Das ist ein sehr gelungenes Beispiel. Dabei stellt sich dann die Frage: Wer ist wo tätig, wer verdient wann Geld, wer hat wo einen Nutzen? Diese Fragen liegen zumindest in dem Bereich „Markt oder Staat“ in einem gewissen "Nebelbereich". Für die Privatisierung von Leistungen sind diese Fragen wichtig. Hinzukommen "Spielregeln", die es zulassen, dass das Spiel weiterhin Spaß macht. Denn bei zu viel Privatisierungen und Zertifizierungen kann die Lust der Industrie zu innovieren, verloren gehen. Daher gilt es das richtige Maß zwischen hoheitlichen Aufgaben, Zertifizierung, Kontrolle und freiem Markt zu finden. Zertifizierungen, wie sie heute bereits bestehen, sind häufig sehr starke Hemmnisse, gerade für kleine und mittlere Unternehmen. Betroffen hiervon sind vor allem kleinere Unternehmen, da Zeitdauer, Kosten, etc. sie vom Marktzugang hindern.

These: Der Wettbewerb ist aber Voraussetzung, dass wir zu Innovationen kommen.

Da setzt das Dilemma zwischen Markt und Staat an: Z. B. Schutz der Daseinsvorsorge auf der einen und Effizienz & Rendite auf der anderen Seite. Der Rückgang natürlicher Monopole steht gegen Wettbewerb und Geschäftsmodelle als Treiber auf der anderen. Geringe Infrastrukturdominanz entsteht langsam. Die Globalisierung der Märkte übernimmt diese Aufgabe (Internet). Es entsteht ein Stabilitätsdruck gegenüber dem Bürger, die Verpflichtung dies auch auszudrücken. Auf der anderen Seite entsteht ein Innovationsdruck. Das sind zwei Welten mit unterschiedlichen Logiken. Das ermöglicht aber auch planbare und prozessual organisierbare Innovationen zu schaffen. Innovationen sind an den Markt gebunden und auch förderlich für den Wettbewerb. Kommen sie aber von Start-Ups, bestehen im Sicherheitssektor durchaus Zweifel bei der Übernahme von Sicherheitsleistungen. Von diesen Unternehmen werden natürlich auch Innovationen geliefert. Hier kann die Forschung fördern und unterstützend wirken.

Frage: Ist Resilienz durch die private Wirtschaft zu leisten? Jeder Wirtschaftsprozess ist ein adaptiver sich verändernder Prozess, der bestimmte Strukturen erfährt und dann wieder zurückschwingt in Stabilität und andere Formen. Märkte unterliegen selbst der Resilienz - wir müssen sie nur verstehen.

Welchen Beitrag kann die Forschung dazu leisten?

Die klassische Herangehensweise wäre: Innovationen zu ermöglichen, Risiken zu minimieren, Wettbewerbsfähigkeit international zu fördern, zu vernetzen und zu standardisieren. Innovationen sind immer erst dann Innovationen, wenn sie im Markt angekommen sind. Wir müssen also weg von der Erfindung, hin zur Innovation.

Im Rahmen Markt oder Staat hieße das: Marktstrukturen und -mechanismen zu analysieren und zu beschreiben, also Ecosysteme für die Sicherheitswirtschaft zu erforschen. Den Mehrwert und den Nutzen für

Bedarfsträger transparent zu machen, Wertschöpfung im Sinne der Sicherheitsökonomie zu betreiben. Die divergierenden Erwartungshaltungen und die Arbeitstechniken sehr unterschiedlicher Akteure sind über die ganze Kette (Bürger-Behörden-Unternehmen-Hilfsorganisationen-NGOs) „anzugleichen“. Diese Akteure auf eine Ebene zu bringen, so dass sie miteinander reden können, schafft Vertrauen. Dieses Vertrauen ist die Voraussetzung, dass später Leistungen an die Privatwirtschaft übergeben werden können. Es sollten Spielregeln für eine sicherheitsorientierte Marktwirtschaft gesetzt werden. Es müssen vernünftige und funktionierende Regeln gesetzt werden, die auch in der Wirtschaft noch Spaß machen. Auflagen müssen analysiert und die Passgenauigkeit von Zertifizierungsprozessen muss erhöht werden.

7.2 Meinungen und Diskussion

Dr. Dirk Grabowski (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie)

Dr. Helmut Grimm (Tengelmann WHG KG)

Jörg Marks (Siemens Building Technologies GmbH & Co KG)

Prof. Dr. Elke Krahnemann (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Brunel University London)

Moderation: Dr. Lars Gerhold (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

Der Staat als Auftraggeber

Ein Problem, das in der Sicherheitswirtschaft besonders zum Tragen kommt, ist der Bezug zwischen der Qualität eines Produktes und dem Preis, der dafür aufgerufen werden kann. Natürlich kann ein Produkt nur dann günstig angeboten werden, wenn auch ein entsprechender Markt vorhanden ist. Der Staat und seine Behörden als Auftraggeber unterliegen allerdings gewissen Vorgaben, die die Einpreisung beeinflussen. So gibt es bei der Vergabe von Aufträgen das Gebot der Wirtschaftlichkeit, das dazu führen kann, dass ein Qualitätsverlust in Kauf genommen wird, wenn ein Anbieter den niedrigsten Preis aufruft. Im Bereich der Sicherheitswirtschaft kann dies fatale Folgen haben.

Die Industrie befindet sich im Bereich der Sicherheitsforschung zudem in einem Dilemma: Sicherheitstechniken setzen meist auf IT-Plattformen auf. Die Technik dahinter ist nicht mehr europäisch geprägt, sondern größtenteils US-amerikanisch. Hier kommt wieder die Wirtschaftlichkeit ins Spiel: Man kann etwas Eigenes, Einzigartiges entwickeln, das einen höheren Sicherheitsstandard repräsentiert, aber weit kostspieliger in der Entwicklung ist, oder man nutzt standardisierte Möglichkeiten, die sich durch einen niedrigen Sicherheitsstandard und geringe Kosten auszeichnen.

In diesem Konflikt müssen politische Entscheidungen in Hinsicht darauf getroffen werden, ob der Staat das Sicherheitsmonopol behalten oder eine Kontrollfunktion über ausgegliederte Dienstleistungen ausüben möchte. Die Wissenschaft muss diesen Prozess als Berater sowohl des Staates als auch der Wirtschaft begleiten. Entscheidungen in diesem Bereich dürfen nicht allein auf Wirtschaftlichkeit und Effizienz beruhen.

Eine Verknüpfung von Wirtschafts- und Forschungsförderung?

Es sollte eine Verknüpfung von Sicherheitsforschung im Sinne von Forschungsförderung und Wirtschaftsförderung geben. Im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms wird dies versucht. Ein Förderkriterium im

Sicherheitsforschungsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist, dass mindestens ein Projektpartner aus dem Unternehmensbereich stammen muss. Hier wird noch besonderer Wert darauf gelegt, dass es sich um ein kleines oder mittelständisches Unternehmen handelt. Dieser Ansatz ist wichtig, um zu garantieren, dass die Ergebnisorientierung nicht aus den Augen verloren wird. Um erfolgreich zu sein, muss ergebnisorientiert geforscht werden. Dieser Schulterschluss zwischen Wirtschaftlichkeit und innovativen Lösungsansätzen sollte die Triebfeder transdisziplinärer Forschung sein, um einfache integrierte Lösungen zu finden.

Von Seiten der Industrie wurde darauf aufmerksam gemacht, dass in Deutschland Sicherheit in Unternehmen zu oft als eine einmalige Investition betrachtet wird. In Zeiten der globalen Vernetzung ist dies eine fatale Fehleinschätzung. Im Bereich Sicherheit müssen demzufolge mehr Budgets für Forschung geschaffen werden. Das allein reicht aber nicht aus: es muss auch ein Verständnis dafür entstehen, was von der Industrie gebraucht wird. Hier ist die Forschung gefragt, Lösungsansätze zu erarbeiten, zu bündeln und adressatengerecht zu präsentieren. Vor allem die transdisziplinäre Forschung kann hier einen Mehrwert schaffen, in dem sie dabei hilft, die Perspektiven von Behörden, Bevölkerung und Unternehmen anzugleichen.

Veränderungen im Sicherheitsmarkt

Durch die Öffnung der Märkte entstehen neue Herausforderungen, mit denen sich die Industrie und die Wirtschaft auseinandersetzen müssen. So teilt sich die Forschung in der Industrie in zwei Richtungen: Einerseits wird im klassischen Sinne weiter an technischen Innovationen gearbeitet, andererseits werden globale Lagen untersucht, Sicherheitsanalysen erstellt sowie Märkte und Trends analysiert. Für die Industrie stellt sich die Frage, wie kann man globale Lagen systemtechnisch mit einem Produkt umsetzen? Diese Entwicklungen fanden früher im Geheimen statt und waren an nationalstaatlichen Grenzen orientiert. Mittlerweile hat sich dieser Bereich stark verändert. Durch die weltweite Vernetzung ist es weitaus schwieriger Informationen zurückzuhalten.

Die Forschung sollte der Wirtschaft vermehrt unter die Arme greifen, um auf dem internationalen Markt bestehen zu können. Es wurde formuliert, dass die Wirtschaft die Notwendigkeit des Neuen nicht hinterfragt und sich private Dienstleister hauptsächlich mit der Bearbeitung der Konsequenzen von Risiken beschäftigen. Sie sind gerade auf diesen Lösungsansatz spezialisiert: Sie lösen nicht das eigentliche Problem, sondern managen das Risiko. Für die Lösung der Problemursachen ist in der Praxis unverändert der Staat zuständig.

Das Zusammenspiel zwischen Staat und Wirtschaft im Sicherheitsbereich wandelt sich mit der Veränderung der Sicherheitstechnologien. Das Sicherheitsmonopol kann heute nicht mehr allein beim Staat liegen. Am Beispiel kritischer Infrastrukturen lässt sich dies verdeutlichen. Kritische Infrastrukturen werden heute zumeist durch IT-basierte Netze gesteuert. In diese Netze sind hauptsächlich im Ausland hergestellte Technologien implementiert, die in Deutschland nicht mehr produziert werden. Dies birgt Risiken bezüglich der Kontrolle und Betreuung nationaler kritischer Infrastrukturen. Um die Verantwortung über die Kontrolle dieser Systeme zurückzugewinnen, braucht der Staat eine starke Wirtschaft und eine kompetente Industrie, die eigene Technik entwickeln und herstellen kann.

Es stellt sich die Frage: Wie kann ich global agieren und gleichzeitig meine Türen vor Gefahren geschlossen halten? Hier kommt man zu dem Schluss, dass die Sicherheitstechnik bisweilen nicht mehr der Treiber in Innovationstechniken ist, sondern ein Geheizer der Verbrauchertechnik.

Ursachenanalyse vs. Vermarktungsinteresse

Abschließend wurde auf die unterschiedlichen Herangehensweisen von Wirtschaft und Forschung eingegangen. Während die Forschung sich auf die Ursachenanalyse fokussiert, verfolgt die Wirtschaft ein Vermarktungsinteresse bzw. unterliegt einem Vermarktungszwang. Im Idealfall könnte die Wirtschaft einen ökonomischen Aspekt in der Ursachenbekämpfung finden und beide Parteien könnten gemeinsam ergebnisorientiert auf ein Ziel hin arbeiten.

Auf diese Weise kann auch das bereits angesprochene Problem gelöst werden, dass nicht nur die Konsequenzen der Sicherheitsrisiken bearbeitet werden, sondern die Ursachen der Probleme bekämpft werden können, da genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Es kann ein Prozess angestoßen werden, der zur Etablierung der Sicherheitsforschung in den Unternehmen führt, so selbstverständlich wie es für Versicherungen ist.

Forschung kann aber auch von vornherein Organisationsstrukturen schaffen, die weniger vulnerabel und umso resilienter sind.

8 Abschlussrunde: Sicherheit als gemeinsame Aufgabe

Forschungsvorhaben, die im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogrammes gefördert werden, vereinen immer Wissenschaft, Wirtschaft und Endanwender in den Forschungsprojekten. Seit 2007 sind zahlreiche Projekte initiiert worden, bereits abgeschlossen oder werden derzeit bearbeitet, die auf jene drei relevanten Akteure blicken. Die Erfahrungen aus dieser Projektarbeit wurden in dieser Abschlussrunde diskutiert und Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung des Förderprogrammes der Sicherheitsforschung formuliert.

Sicherheit als gemeinsame, gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist hierbei Gegenstand eines wertebasierten und moralisch beeinflussten gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Verstanden als „Die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen [...], die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll“.¹⁴ Eine solche Sicherheitskultur bedeutet auch, einen offenen und breiten gesellschaftlichen Dialog über Unsicherheiten zu führen, denn hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht. Vor dem Hintergrund dieser Krise der Sicherheit¹⁵ blickt die Diskussion auf die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der beteiligten Akteure. D.h. neben den Akteuren von Forschungsprojekten (Wissenschaft, Wirtschaft und Endanwender) sind hier ebenso die Perspektiven von Öffentlichkeit und Politik als relevante gesellschaftliche Kräfte entscheidend für einen Dialog über Sicherheit.

Wie kann die Zukunft der transdisziplinären, zivilen Sicherheitsforschung in Deutschland aussehen? Wo liegen Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen der gemeinsamen Forschungsarbeit sowie welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten für die Gesellschaft haben die Akteure? Brauchen wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog über Sicherheit?

8.1 Impuls: Prof. Dr. Thomas Feltes – Transdisziplinäre Sicherheitsforschung zwischen Feigenblatt-Funktion und Nachhaltigkeit. Kritische Thesen aus sozialwissenschaftlicher Sicht.

Vorbemerkungen zur wissenschaftlichen Einordnung:

1. Die Herstellung von ‚innerer Sicherheit‘ ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenhangs lokaler, regionaler und überregionaler Praktiken.
2. Neben Deregulierungsprozessen sind auch Tendenzen für umfassende und neue Formen der Regulierung zu verzeichnen. Staatliche Sicherheitsaufgaben werden gesellschaftlich neu verteilt. Damit geht einher, dass Gesetzgebung im zunehmenden Maße auch „tentativen“ Charakter hat, um auf wechselnde Verhältnisse schnell reagieren zu können.
3. Dabei spielt die Mediatisierung nicht nur für die Verbreitung symbolischer Politik eine Rolle, sondern sie wird genutzt, um Institutionalisierungen und Veränderungen zu legitimieren und durchzusetzen.

¹⁴Daase, Chr. (2010). Wandel der Sicherheitskultur. In APuZ 50/2010. Abrufbar unter <http://www.bpb.de/apuz/32301/wandel-der-sicherheitskultur?p=all> [24.11.2014].

¹⁵ Schriftenreihe Sicherheit Nr. 13. Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit - Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung der Terrorismusbekämpfung. Krasmann, S., Kreissl, R., Kühne, S., Paul, B. & Schlepper, Chr. (2014). Berlin.

4. Dies bringt eine neue Form öffentlicher Ordnung hervor. Aus der „Behütungsutopie“ wird das „Steuerungsparadigma“.
5. Der Staat mit seinen Mitteln der physischen Gewaltsamkeit und Sozialkontrolle, seinem Verwaltungsstab und seinen Legitimitätsansprüchen¹⁶ verschwindet gleichwohl nicht einfach, er bleibt Akteur.¹⁷

Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir uns vergegenwärtigen, wo wir eigentlich in Sachen Sicherheitsforschung stehen. Vor allen Dingen, wo steht die Sozialwissenschaft in diesem Bereich und welche Rolle spielt der Staat, welche Rolle spielt die Gesellschaft und wie wirkt das insgesamt zusammen?

In der Vorbereitung des Vortrages¹⁸ habe ich mich natürlich mit der Website des Auftraggebers, des Geldgebers, des Veranstalters, des Sponsors dieser Veranstaltung beschäftigt, und habe dort die Forschungslandkarte gesucht – und nach einigen Problemen auch gefunden¹⁹: Hier präsentieren sich im Bereich "Forschung" über 400 deutsche, in der zivilen Sicherheitsforschung aktive Institutionen mit ihren Profilen. Auf der Plattform vertreten sind beispielweise Unternehmen, Hochschulen, Forschungsinstitutionen, Verbände und Netzwerke sowie Behörden. Sie sind für Nutzer der Seite nach verschiedenen Kriterien – angefangen von den thematischen Schwerpunkten, der geographischen Lage der Institution bis hin zur Volltextsuche – recherchierbar. Zusätzlich bietet der neu eingerichtete Bereich "Studiengänge" eine Orientierung zu Studienmöglichkeiten rund um das Thema "Zivile Sicherheit". Es werden aktuell über 80 Studiengänge vorgestellt.²⁰

Um die Frage, die mir gestellt worden ist, nämlich "Wissenschaft trifft..." und dann die verschiedenen Bereiche, zu beantworten oder zu reflektieren kann man bei der Frage "Wissenschaft trifft..." natürlich mit der Gegenfrage antworten: Ja wen trifft man? Das ist in den ersten fünf Panels aufgelistet worden. Die Frage ist, wie trifft man sich? Wo trifft man sich? Wen trifft man konkret? Einzelne Protagonisten? Trifft man Repräsentanten? Und für mich als Sozialwissenschaftler, ganz wichtig: Was ist die Folge des Ganzen?

Wichtig wäre auch die Frage: Wird das Ergebnis dieser Treffen, in irgendeiner Form evaluiert? Macht sich einer die Mühe zu fragen, was kommt denn bei diesem Treffen insgesamt heraus, wenn Wissenschaft auf Praxis oder auf Wirtschaft trifft? Und ist das, was am Ende steht, tatsächlich das, was wir uns vorgestellt haben?

In der Einladung habe ich auch einige spannende Punkte gefunden, die ich jetzt teilweise kommentieren möchte. Unter anderem diesen schönen Satz aus der Ausschreibung des Bundesministeriums zum Sicherheitsforschungsprogramm: „Forschungsprojekte vereinen immer Wissenschaft, Wirtschaft und Endanwender“. Die „Zusammenarbeit“ ist also ein Ausschlusskriterium. Dieses Ausschlusskriterium wird ernstgenommen, wenn einer der Beteiligten z.B. der Endanwender, nicht über die nötige Qualifikation verfügt, dann wird das Projekt nicht gefördert. Es stellt sich die Frage, ob das sinnvoll ist.

¹⁶ Vgl. Weber, M. (1964). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Köln/Berlin.

¹⁷ Reichertz, J. & Feltes, Th. (erscheint 2014). *Polizieren und Polizeiwissenschaft. Die Herstellung und Gewährleistung innerer Sicherheit*. In *Polizei und Wissenschaft*. Frankfurt.

¹⁸ Die bei dem Vortrag gezeigten Folien stehen unter http://www.sicherheit-forschung.de/workshops/workshop_10/vortraege_ws_10/feltes_vortrag.pdf?1400242746 zur Verfügung. [24.11.2014]

¹⁹ Vgl. <http://www.bmbf.de/de/13162.php> [24.11.2014]

²⁰ Vgl. http://www.securityresearchmap.de/#hide_2 [24,11,2014]

Zweitens sollte über diesen Satz nachgedacht werden: „375 Millionen Euro sind für die Sicherheit der Bürger bereit gestellt worden“. An wen ist das Geld geflossen? Hat das die Sicherheit wirklich erhöht? Hier mögen Zweifel berechtigt sein.

Gab es vorher eine Bedarfsanalyse, bevor dieses Programm aufgelegt wurde? Wurde gefragt, wo es Lücken in der Sicherheit gibt? Offensichtlich gab es im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 11. September solche Lücken, wobei sich die Experten eigentlich darüber einig sind, dass die in Deutschland lebenden Tatbeteiligten nicht hätten im Vorfeld identifiziert werden können. Entsprechend haben auch die Rasterfahndungen nach dem Ereignis, die in vielen Bundesländern u.a. an Universitäten durchgeführt wurden, bis auf einige wenige Personen, die keine Aufenthaltserlaubnis hatten, keine Ergebnisse erbracht. Aber danach? Die Ereignisse „Kofferbomber“ von Dortmund und Koblenz, „Sauerlandgruppe“, der Mordanschlag am Frankfurter Flughafen 2011, die „Düsseldorfer Zelle“, der versuchte Bombenanschlag am Bonner Hauptbahnhof“ hätten – auch ex ante betrachtet – wohl kaum verhindert werden können.

Hätten wir eine Bedarfsanalyse durchgeführt, und hätten wir (oder besser: das Ministerium) gefragt, wo es Probleme in der inneren Sicherheit gibt, dann wären wir vielleicht in andere Bereiche gekommen. Zum Beispiel wären wir auf die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich gestoßen, die dazu führt, dass wir eine negative Kriminalitätsentwicklung haben und zunehmend ein Teil der Gesellschaft abgehängt wird - was nicht nur ein Sicherheits- sondern auch ein finanzielles Problem ist.

Die Entscheidung der Förderung kann - aus kritischer Sicht- als eine politische Entscheidung gesehen werden, als ein riesiges Sponsorenprogramm für die Privatwirtschaft, um wirtschaftliche Mittel auf Umwegen zu Verfügung zu stellen. Man kann auch sagen, dass von anderen sozialen Problemen – wie der sozialen Kluft – oder von den Verwerfungen in der Gesellschaft abgelenkt wird. Wissenschaftskollegen haben mal ausgerechnet, was man mit diesen 375 Millionen Euro im Bereich Bildung machen könnte und welche positiven Auswirkungen das z. B. auf die Kriminalitätsrate haben würde, wenn man Bildungsabschlüsse verbessern würde²¹.

Folgende „bewilligte Verbundvorhaben“ werden auf der Website des Bundes²² (Stand Anfang Mai 2014) aufgelistet:

Szenariorientierte Sicherheitsforschung:

"Maritime Sicherheit" (2 Vorhaben bewilligt)

"Urbane Sicherheit" (9 Vorhaben bewilligt)

"Sicherheit im Luftverkehr" (7 Vorhaben bewilligt)

"Sicherung der Lebensmittel und Lebensmittelwarenketten" (5 Vorhaben bewilligt)

"Sicherung der Warenketten" (11 Vorhaben bewilligt)

"Schutz vor Ausfall von Versorgungsinfrastrukturen" (6 Vorhaben bewilligt)

"Schutz und Rettung von Menschen" (16 Vorhaben bewilligt)

²¹ Vgl. Entorf, H. & Sieger, Ph. (2010). Unzureichende Bildung. Folgekosten durch Kriminalität. Bielefeld. Verfügbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32620_33011_2.pdf [24.11.2014]

²² Vgl. <http://www.bmbf.de/de/12874.php> [24.11.2014]

"Schutz von Verkehrsinfrastrukturen" (15 Vorhaben bewilligt)

Querschnittsorientierte Sicherheitsforschung:

"Biometrie" (3 Vorhaben bewilligt)

"Mustererkennung" (9 Vorhaben bewilligt)

"Integrierte Schutzsysteme für Rettungs- und Sicherheitskräfte" (6 Vorhaben bewilligt)

"Detektion von Gefahrstoffen Gefahrstoffen" (22)

Gesellschaftliche Aspekte der Sicherheitsforschung: 22 Vorhaben

KMU-innovativ: 21 Vorhaben

Bei genauem Hinsehen wird deutlich, dass die technologischen und technischen Fragestellungen überwiegen, obwohl das immer wieder dementiert und behauptet wurde (und wird), dass auch den sozialwissenschaftlichen Teilen entsprechendes Geld zur Verfügung gestellt wird und dass diese auch beteiligt sind. Das Lesen der Themen macht deutlich, dass eine klare Richtung in Technologie und Technik/Technikfolgenlösungen vorgegeben ist. Es sind 188 Projekte im Bereich Technologie und Materialien und 48 Projekte im Bereich der Sozialwissenschaften.

Folgende Leitfragen wurden uns als Referenten gestellt:

1. Ist Sicherheit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe?
2. Wie sieht die Zukunft der transdisziplinären Sicherheitsforschung in Deutschland aus?
3. Wo liegen Möglichkeiten, Anforderungen, Grenzen und Realitäten der gemeinsamen Forschungsarbeit?
4. Was kann und muss sich zukünftig ändern?
5. Kommunizieren Forschungsprojekte ihre Forschungsergebnisse inter-disziplinär“, d.h. über die respektive Zielgruppe hinaus?
6. Sicherheit als gemeinsame Aufgabe – sollte es einen gesamtgesellschaftlichen Dialog geben?
7. Welche Rolle nehmen hier die einzelnen Akteure in dem Prozess ein? Welche Aufgabe hat die Politik?
8. Wie sollte die Zukunft der transdisziplinären Sicherheitsforschung aussehen?

Einige dieser Leitfragen möchte ich im Folgenden aufgreifen.

1. Sicherheit als eine Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Natürlich ist Sicherheit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – was soll es sonst sein? Sicherheit kann nur insgesamt hergestellt werden, das kann nicht nur ein Akteur leisten. Es muss eine Kooperation geben. Meine Kritik: Es läuft viel nebeneinander und nicht miteinander. Wer legt die Ziele fest, in welche Richtung es gehen soll und mit welchen Mitteln das stattfindet? Zitat aus der Einladung: „Neben (!) dem Staat, „traditionell verantwortlich für die Sicherheitsgewährleistung“ vertreten heute weitere Akteure die Sicherheit, die mitbestimmen, bzw. eine neue Sicherheitskultur konstruieren. Verstanden als „Die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen (!) und Individuen [...], die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist (! – für wen???) und wie und mit welchen Mitteln (!) dieser Gefahr begegnet werden soll“. (Hervorhebungen vom Autor).

2. Gesamtgesellschaftlicher Dialog

Ja, einen gesamtgesellschaftlichen Dialog muss es geben. Aber wer beteiligt sich? Beteiligen sich auch die Abgehängten daran – wohl kaum. Beteiligen sich deren Vertreter daran? Vertritt die Politik die Interessen aller? Angesichts der Lage wie Mittel in der Gesellschaft verteilt werden? Krise der Sicherheit!?! Haben wir wirklich eine Krise in der Sicherheit? Ja, es gab technologischen Nachholbedarf z. B: in der Katastrophenhilfe. Aber von einer Krise zu reden ist etwas überzogen.

3. Welche Rolle nehmen die einzelnen Akteure in diesem Prozess ein?

Wenn Sicherheit eine gemeinsame Aufgabe ist, haben wir denn auch gemeinsame Werte, gibt es einen gemeinsamen Konsens? Wer bestimmt diesen Wert. Wer sagt, für wen Sicherheit und welche Form von Sicherheit wichtig ist? Was ist mit sozialer Sicherheit, die für viele in dieser Gesellschaft nicht mehr gewährleistet ist. Wer setzt sich dafür ein? Wer bestimmt was moralisch ist? "Wertebasierter, Moralisch beeinflusster, gesellschaftlicher Aushandlungsprozess". Das sind Ansprüche, die eher in die Kirche gehören als in Publikationen. Letztendlich geht es um Macht und Entscheidungen, die getroffen werden, wenn es um die Mittelvergabe geht. Dementsprechend ist die Zukunft des Transdisziplinären (ich bin mir bewusst, dass auch ich mich in diesem „Graufeld“ bewege) im Grunde genommen ein aussichtsloses Unterfangen, weil jeder dafür sorgen muss, seinen eigenen Lehrstuhl oder sein eigenes Institut zu finanzieren, gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen, von denen man in diesem Forschungsbereich im Übrigen wenig spürt.

Wo liegen die konkreten Möglichkeiten? Wo liegen die Chancen, Risiken und Nebenwirkungen? Eine davon ist die transdisziplinäre Sprachverwirrung: Bevor Vertreter unterschiedlicher Disziplinen wirklich zusammenarbeiten können, müssen sie sich erst einmal auf eine gemeinsame Sprache verständigen. Was sich so einfach anhört, ist komplex: Es ist nicht nur die Begrifflichkeit, welche die Disziplinen voneinander trennt, sondern vor allem das wissenschaftliche Grundverständnis, die jeweilige Fachkultur sowie die Stammesverfasstheit der jeweiligen Wissenschaftszünfte. Um ein Beispiel zu nennen: Stellt ein Kriminologe einen Antrag, der sich z.B. mit einem Grenzbereich polizeilichen Handelns beschäftigt (Polizeigewalt, Verdachtsgewinnung etc.) und der (mangels eigener kriminologischer Gutachter) von einem Juristen und einem Soziologen begutachtet wird, dann kritisiert bspw. der Jurist die „zu geringe normative Verortung“ des Antrages (sprich: er ist ihm nicht juristisch genug) und der Soziologe mäkelte an den Methoden und der schwachen Theorieorientierung („ist das jetzt Bourdieu oder Foucault“?) herum.

Es wird viel über Kommunikation gesprochen – auch hier wird kommuniziert. Leider ist es oft nur Einwegkommunikation. Es ist wichtig, aber man darf sich nicht in dieser Kommunikation verlieren, sondern muss sich auch die Frage stellen, woher kommt der Ausgangspunkt, auf den man sich zubewegt und wo möchte man hin? In welcher Art und Weise wird kommuniziert? Was sind die Codes? Verbal und non-verbal? Sind die kompatibel, oder gibt es Probleme? Jeder, der in einem interdisziplinären Projekt arbeitet, weiß, wovon ich rede. Es wird schwierig, zu kommunizieren unter den Wissenschaften.

Bedeutend ist in diesem Kontext auch die Frage, wie man Ergebnisse kommuniziert? Ergebnisse müssen viel stärker in die Öffentlichkeit transportiert werden. Es muss klar werden, wohin das Geld gegangen ist und was damit bewirkt und verändert worden ist.

Wie soll die Zukunft aussehen?

Die Verfasstheit der Gesellschaft sollte stärker in Betracht gezogen werden. Ist Vertragsschluss eine Lösung für Kriminalität? Je mehr sozialer Zusammenhalt in der Gesellschaft, desto weniger Kriminalität? Sollten wir die Vertragsfähigkeit der Bürger in der Gesellschaft stärken? Die Frage dabei ist, ob die "Problemgruppen" die Mittel haben sich an diesen Vertraglichen Austausch zu beteiligen.

Wo liegen Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen der gemeinsamen Forschungsarbeit sowie welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten für die Gesellschaft haben die Akteure? Brauchen wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog über Sicherheit?

Abschließende Bemerkungen

Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch eine Neuverteilung staatlicher Sicherheitsaufgaben. Der Staat übergibt zunehmend Aufgaben an private Unternehmen, NGOs, Vereine und Bürger (auch an Forscher?), ohne dass er sich aus dem Prozess der Herstellung von Sicherheit und Sicherheitsgefühl völlig zurückzieht.

Im Hinblick auf oftmals mit heißer Nadel gestrickte rechtliche Regelungen ist zudem eine zunehmende „Flüchtigkeit der Gesetzgebung“ (und damit auch der Konstitution administrativer Strukturen) zu beobachten, bei gleichzeitig zunehmender Korrektur der politisch intendierten Ausweitung staatlicher Befugnisse durch das Bundesverfassungsgericht. Politische Steuerung erfolgt vermehrt durch Delegation von Aufgaben an ein Netzwerk von Akteuren „im Schatten der Hierarchie“²³, die im Hintergrund agieren, intensiv miteinander und über Lobbygruppen vernetzt sind und dadurch kaum oder gar nicht für die Öffentlichkeit kontrollierbar sind. So stellt sich die Frage, ob die beobachtbaren Modifikationen der Regulierungsverhältnisse, die quasi experimentelle Flüchtigkeit der Gesetzgebung und die sich ausbreitende Etablierung von öffentlich-privaten Kooperationsnetzwerken Epiphänomene einer dritten Qualität sind und ob es mehr um eine Hybridisierung staatlicher und privater Sicherheitspolitik geht als um Grade der Regulierung und Steuerung von Sicherheitsherstellung und -gewährleistung²⁴.

Medien und der Prozess der Mediatisierung spielen dabei zunehmend eine wichtige und auch qualitativ neue Rolle, da sich alle Beteiligten ihrer bedienen wollen²⁵. Besonders markante, medial gut vermittelbare Großereignisse wie die Anschläge vom 11. September 2001 dienen dazu, Neuorientierungsprozesse anzustoßen bzw. bereits ablaufende zu deuten und zu rechtfertigen.

²³ Vgl. Scharpf, F. W. (2000). Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.

²⁴ Vgl. Reichertz, J. & Feltes, Th. (erscheint 2014). Polizieren und Polizeiwissenschaft. Die Herstellung und Gewährleistung innerer Sicherheit. In Polizei & Wissenschaft. Frankfurt.

²⁵ Vgl. Bidlo, O., Englert, C. & Reichertz, J. (2011) (Hrsg.). Securitainment. Medien als Akteure der inneren Sicherheit. Wiesbaden.

8.2 Meinungen und Diskussion

Matthias Max (Deutsches Rotes Kreuz)

Hartfrid Wolff (KPMG AG)

Prof. Dr. Juliana Raupp (Freie Universität Berlin)

Moderation: Dr. Saskia Steiger und Dr. Lars Gerhold (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

Dialog mit...

Im Panel „Sicherheit als gemeinsame Aufgabe“ wie bereits in den vorhergegangenen Panels standen immer wieder die Frage und der Wunsch nach einem Dialog zwischen Politik, Endanwendern, Wissenschaft, Wirtschaft und Bevölkerung im Vordergrund.

Wer ist aber diese „Bevölkerung“? Es sind unterschiedliche Gruppen von Menschen mit unterschiedlicher Auffassung von Sicherheit. Was man unter Sicherheit versteht, muss immer wieder neu ausgehandelt werden. In Deutschland gibt es keine Tradition, die Bevölkerung oder zivilgesellschaftliche Akteure im Krisenfall mit einzubeziehen. Es wird vornehmlich nur über die Bevölkerung, aber nicht mit ihr gesprochen. Daher wurde vorgeschlagen, Beratungsgremien zu etablieren, die alle genannten Akteure an einem Tisch zusammenbringen. Es wird nicht immer ein Konsens gefunden werden können, aber es besteht die Chance voneinander zu lernen und einzelne Perspektiven zu erweitern.

Auch im Bereich der Wissenschaft muss der Dialog zwischen den Disziplinen befördert werden, da sich immer mehr zeigt, dass technische und sozialwissenschaftliche Bereiche in der Sicherheitsforschung nicht getrennt betrachtet werden können.

Im Abschlussplenum stand die Frage im Mittelpunkt, inwieweit dieser Dialog zwischen den unterschiedlichen Akteuren bereits stattfindet. Von Seiten der Endanwender wurde es als schwierig bewertet, Zugang zu den Diskussionen auf wissenschaftlichen Konferenzen zu finden. Vergleichbare Probleme zeigen sich auch, wenn Wissenschaftler an Konferenzen teilnehmen, die anwenderorientiert sind. Terminologie und Zielsetzungen zwischen Wissenschaft und Endanwendern klaffen auseinander. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekte weisen allerdings den rechten Weg, indem sie die Einbindung von Partnern aus den angesprochenen unterschiedlichen Bereichen zur Fördervoraussetzung erhoben haben.

Umgang mit ungebundenen Helfern

Vorfälle wie das Hochwasser 2013 haben gezeigt, dass die Bevölkerung in Deutschland stark motiviert ist, als sogenannte ungebundene Helfer den offiziellen Rettungskräften beizustehen. Für die Zukunft wird es daher immer wichtiger, Konzepte für den Umgang mit Laien zu entwickeln. Ansatzpunkte hierfür hat die Initiative „Passau räumt auf“ vorgestellt, welche durch die Nutzung von sozialen Medien und Zusammenarbeit mit den offiziellen Stellen Helfer mobilisierte, aber auch organisierte.

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat jetzt in einem ersten Schritt begonnen, Interviews mit ungebundenen Helfern durchzuführen und sie zu ihrer Motivation, ihren Organisationsformen und den tatsächlichen Tätigkeiten während ihres Einsatzes zu befragen. In einem zweiten Schritt werden die Einheiten des DRK befragt werden, wie sie die ungebundenen Helfer wahrgenommen haben. Ein dritter Schritt wird sein, über die Grenzen hinauszusehen, weltweit Best Practices zu sammeln und diese Informationen zusammenzutragen

für eine künftige Strategie der Einbindung. So gibt es zum Beispiel beim Amerikanischen Roten Kreuz bereits Ausbildungskonzepte für die Einbindung ungebundener Helfer. Auch hierzulande und bei den österreichischen Nachbarn gibt es bereits Ideen und Webseiten, zur Listung von Helfern mit ihren Fähigkeiten, was dazu beiträgt, Helfer an den richtigen Stellen einsetzen zu können. Die sinnvolle Organisation der Helfer ist ausschlaggebend, weil es tatsächlich auch Einsätze gibt, die nur von professionellen Kräften durchgeführt werden können, z. B. die Evakuierung von Flutopfern. Daher sollte für die Zukunft ein Miteinander entwickelt werden, das sowohl die Potenziale der Hilfsorganisationen, die geschult und erfahren sind, als auch die Kenntnisse der ungebundenen Helfer nutzt.

Sicherheit als staatliche Pflicht?

In Hinblick auf die Wirtschaft und Unternehmen wurde diskutiert, inwieweit der Staat in die Pflicht genommen werden kann, wenn es um Sicherheitsfragen geht. Grundsätzlich sind Aufgaben wie Risikomanagement oder Gesundheitsvorsorge von den Unternehmen selbst zu tragen. Es wurde als fraglich angesehen, ob z. B. gesetzliche Meldepflichten von durchgeführten Sicherheitsmaßnahmen zum Ziel führen. Ohne Kooperationen auf freiwilliger Basis sind hier keine zufriedenstellenden Ergebnisse zu erzielen. Es wurde im Rahmen der Diskussion von den Teilnehmern klar formuliert, dass der Staat sich nicht aus allen Bereichen der Sicherheit herausziehen kann. Aufgabe des Staates ist es sicherheitsrelevante Themen in den zuständigen Gremien zu diskutieren und dafür zu sorgen, dass diese Themen den Weg in die Unternehmen finden.

Um der Wissenschaft zu ermöglichen, innovative Sicherheitskonzepte zu entwickeln, muss die Möglichkeit geschaffen werden, Arbeitsgrundlagen für Studien, sprich Daten über sicherheitsrelevante Themen in Unternehmen und auch Behörden, bereitgestellt zu bekommen. Die Bereitschaft dazu ist aus den unterschiedlichsten Gründen sehr gering und schwierig in der praktischen Umsetzung einerseits in Bezug auf den unternehmerischen Vorteil, der von Unternehmen vielfach proklamiert wird, und andererseits aus datenschutzrechtlichen Bedenken.

Sicherheitsbedarfe ermitteln

Im Panel wurde diskutiert, ob es ein gesamtgesellschaftliches Bedürfnis nach Sicherheit gibt und die Frage aufgeworfen, ob sich daraus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ableiten lässt. Aus einer Studie der R + V Versicherungen, die sich mit den Ängsten der Deutschen befasst²⁶, geht klar hervor, dass soziale Ängste in Deutschland weit vor Gewalt durch Terrorismus oder Kriminalität stehen. Allerdings zeigte die Diskussion, dass die Angst vor Straftaten je nach Fragesituation in ihrem Ausmaß variiert. Werden die Personen zu ihrem heimischen Umfeld befragt ist die Angst weit geringer, als wenn sie zu fremden Orten befragt werden.

Auch die Medien spielen in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wenn ein Terroranschlag Schlagzeilen macht, wird die Angst vor Terror in der Bevölkerung größer, selbst wenn der Anschlag nicht in Deutschland verübt wurde. Dieses Phänomen wird aber nicht alleine von den Medien ausgelöst. Die Medien greifen ihre Themenschwerpunkte aus der tagesaktuellen Politik auf und multiplizieren so die Ängste in der Bevölkerung, indem sie diese Themen bestätigen.

²⁶ Vgl. http://www.ruv.de/de/presse/r_v_infocenter/studien/aengste-der-deutschen.jsp [24.11.2014]

Es müssen andere Wege gefunden werden, wie die Bedarfe der Bevölkerung und der anderen Akteure der Sicherheit ermittelt werden können. In diesem Zusammenhang wird die interne Studie des DRK als gutes Beispiel herangezogen.

Die Ruhr Universität Bochum hat zudem eine Studie zu Gewalt gegen Rettungskräfte erstellt²⁷. Die Anzahl der gewalttätigen Übergriffe auf Rettungskräfte hat stark zugenommen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass rein technisch orientierte Lösungen wie z. B. schusssichere Westen nicht die Lösung des Problems darstellen. Es handelt sich vielmehr um strukturelle Verwerfungen im Sinne von Kommunikationsproblemen. Die Lösung dieser Probleme liegt in der Ausbildung der Rettungskräfte. Der Umgang mit kritischen Situationen muss z.B. durch verstärkte Kommunikations- und Integrationstrainings für Rettungskräfte erlernt werden.

Resiliente Bevölkerung

Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stand immer wieder im Mittelpunkt des Gespräches. Es wurde auf das Subsidiaritätsprinzip des deutschen Staates verwiesen, das besagt, Aufgaben, Handlungen und Problemlösungen so weit wie möglich selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu unternehmen, herunter gebrochen auf die kleinste Einheit des Staates, den einzelnen Bürger.

Um den Zusammenhalt in der Gesellschaft oder in der Nachbarschaft zu stärken, muss also ein Klima hergestellt werden, indem sich alle untereinander sicher fühlen und bereit sind, sich füreinander zu engagieren. Das wäre der Idealzustand. Die Forschung kommt leider zu ernüchternden Ergebnissen: Erst wenn der soziale Druck groß genug ist, entsteht dieser Zusammenhalt. Dem wurde entgegen gesetzt, dass die Ereignisse während des Hochwassers 2013 in Passau (siehe Panel „Wissenschaft trifft Gesellschaft“) gezeigt hätten, dass die Bevölkerung durchaus motiviert ist und bereit sich zu engagieren, auch wenn sie selbst nicht direkt betroffen ist.

Für die Zukunft heißt dies, Konzepte zu entwickeln, die die Menschen stärken, eigenständig zu agieren und einen Zusammenhalt in nachbarschaftlicher Umgebung zu erschaffen. Damit wäre auch garantiert, dass diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, Unterstützung erhalten. Auch durch technische Weiterentwicklung kann die Selbsthilfe verbessert werden.

²⁷Vgl. <http://www.kriminologie.ruhr-uni-bochum.de/images/stories/pdf/Abschlussbericht%20Gewalt%20gegen%20Rettungskräfte.pdf> [24.11.2014]

9 Fazit

Unter dem Motto „Wissenschaft trifft ...“ Sicherheitsforschung an der Schnittstelle zu Politik, Praxis und Gesellschaft“ hat das Forschungsforum Öffentliche Sicherheit mit seinem Workshop ein Dialogforum für die Interaktion der unterschiedlichen Akteure in der Sicherheitsforschung geschaffen. Vertreter aus Wissenschaft, Endanwendern, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutierten zwei Tage lang wie das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen und Wissensformen künftig optimiert werden kann. Welche Schnittstellen in Zukunft intensiviert werden sollen und wie ein steter und nachhaltiger Dialog zwischen den Akteuren der Sicherheitsforschung künftig charakterisiert ist.

Das Verhältnis von **Wissenschaft trifft Politik** ist geprägt durch zwei unterschiedliche Handlungsreferenzen und –systeme, die durch Transparenz und stetige sowie gemeinsame Kommunikationsform zwischen faktischer Wissenschaftsdiskussion und wertebasierter politischer Diskussion einander angenähert werden sollten. Hierbei sollte gerade der Falle einer vermeintlichen Sicherheitsoptimierung entgegengetreten werden und stattdessen den Sozialwissenschaften als Mittler zwischen Politik und Öffentlichkeit eine aktive Rolle zugeschrieben werden.

In Bezug auf das Zusammentreffen von **Wissenschaft und Wissenschaft** zeigte sich die Notwendigkeit für eine ausgewogene und vor allem gelebte Inter- und Transdisziplinarität in Forschungsprojekten. Gerade in der Zusammenarbeit der Sicherheitsforschung ist es wichtig Arbeitskulturen und Lösungsansätze zu vermitteln, um ein gleichberechtigtes Nebeneinander zu unterstützen und nicht interdisziplinäre Partner als Feigenblatt und Alibifunktion nebenher laufen zu lassen. Hierbei ist es gerade für die Förderung von interdisziplinärer Forschung wichtig, neben innovativer Forschung auch Grundlagenforschung zu fördern, um wissenschaftlich fundierte und weitgreifende Ergebnisse zu erzielen. Die Sicherheitsforschung sollte sich künftig als integrative, multi- und interdisziplinäre Forschungsrichtung aufstellen.

Das Verhältnis von **Wissenschaft und Endanwendern** sollte auch in Zukunft den eigentlichen praxisrelevanten Bedarf auf Seiten der Endanwender stärker in den Fokus rücken. Hierbei ist eine ausgewogene Balance zwischen Nähe und notwendiger Ferne der Sozialwissenschaften wichtig, um weiterhin reflexive und auch kritische Fragen stellen zu können und Forschung und Innovation zu fördern. Hierzu ist eine Sicherheitsforschung nötig, die auch Grundlagenforschung unterstützt und den Dialog von Wissenschaft und Endanwendern in den Mittelpunkt stellt, um Synergien und einen Mehrwert von Forschung zu fördern. Zur Umsetzung braucht es neben der Projektarbeit auch die relevanten festen Strukturen für qualifiziertes Personal.

Das Verhältnis von **Wissenschaft und Gesellschaft** ist charakterisiert durch eine gewisse Distanz. So erforschen Sozialwissenschaften vielfach Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung, legen aber kein Augenmerk auf das eigentliche Verhalten. Gerade im Bereich der Sicherheitsforschung sollte künftig hierauf das Augenmerk gelenkt werden und die Bevölkerung stärker als aktiver Partner in die Sicherheitsforschung miteinbezogen werden, um diese für Krisensituationen und Katastrophen zu rüsten.

Wissenschaft trifft Wirtschaft: Gerade im Bereich der Sicherheitsforschung und der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zeigt sich die Aufgabe von Wissenschaft als Berater für Staat und Wirtschaft zu agieren und eine Verknüpfung von Forschungsförderung und Wirtschaftsförderung zu initiieren, welche reflektiert Lösungsansätze erarbeitet. Gerade transdisziplinäre Forschung kann hier den Mehrwert schaffen und die unterschiedlichen Perspektiven der Akteure aus Behörden, Unternehmen, Forschung und Gesellschaft bündeln.

Sicherheit ist eine gemeinsame Aufgabe, die einen steten und offenen Dialog zwischen den einzelnen Akteuren erfordert. Ein Dialog der nicht allein in Form von inter- und transdisziplinären Forschungsprojekten verstetigt werden sollte, sondern sich sowohl der Grundlagenforschung als auch der praxisrelevanten Forschung zuwendet. Es gilt Sicherheitsbedarfe der Akteure und der Gesellschaft zu ermitteln und Forschung und Innovationen zu ermöglichen, um nicht zuletzt die Entwicklung einer resilienten Bevölkerung zu fördern.

10 Lebensläufe

Prof. Dr. Wolfgang Bonß ist Professor für allgemeine Soziologie an der Universität der Bundeswehr, München. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen Unsicherheits- und Risikoforschung, Modernisierungsforschung, Wissenschafts- und Verwendungsforschung, Soziologie der Arbeit und Arbeitslosigkeit. Er studierte Sozialwissenschaften, Germanistik und Geschichte in München und Bielefeld. Seit 1976 ist er als Soziologe in Forschung und Lehre in München, Bamberg und Hamburg tätig. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel hat seit 2013 den Lehrstuhl für Arbeit und Technik an der TU Berlin inne. Seit 1999 leitet er zusätzlich das nexus Institut für Kooperationsmanagement in Berlin mit vielen Forschungsprojekten zu inter- und transdisziplinärer Forschungsk Kooperation. Derzeit ist Prof. Dienel an mehreren Projekten zur Sicherheits- und Zukunftsforschung beteiligt. Er hat das Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin aufgebaut und bis 2013 geleitet und hat dort auch einen Forschungsbereich "Sicherheit, Risiko, Privatheit" initiiert.

Professor Dr. iur. Thomas Feltes M.A. ist Jurist und Sozialwissenschaftler und seit 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Zuvor war er zehn Jahre Rektor einer Polizeihochschule. Er ist verantwortlich für die Masterstudiengänge „Kriminologie und Polizeiwissenschaft“ sowie „Criminology, Governance and Police Science“ und Herausgeber des Polizei-Newsletter www.polizei-newsletter.de. Forschungsschwerpunkte sind Gewalt- und Kriminalprävention, vernetzte Innere Sicherheit, Polizieren, Gewalt und Fußball. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Achim Friedl ist Leiter des Referats „Angelegenheiten der Bundespolizei B 6“ Technik und Logistik, Führungs- und Einsatzmittel der Bundespolizei und der Bereitschaftspolizeien der Länder im Bundesministerium des Innern (Kraftfahrzeuge, Schiffe, Luftfahrzeuge, Waffen und Munition, Dienstkleidung, Schutzausstattung, Foto- und Videogerät, Dienstpferde, Diensthunde, Catering, Luftsicherheitskontrollgerät). Er ist ausgebildeter Berufspilot beim Bundesgrenzschutz, leitete die BGS Fliegerstaffeln in Sankt Augustin, Kassel und Berlin und später den Führungsstab bei der BPOL-Fliegergruppe in Sankt Augustin. Seit 2002 ist er im Bundesministerium des Innern tätig.

Prof. Dr. jur. Christoph Gusy hat den Lehrstuhl für öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte an der Universität Bielefeld inne. Seine zentralen Themen sind die „innere Sicherheit“ und das Sicherheitsrecht. In jüngerer Zeit treten Einzelarbeiten zu Themen aus dem Feld der Zivilen Sicherheit, der Sicherheitskultur und der Sicherheitsgesetzgebung hinzu. Er war Leiter mehrerer drittmittelgeförderter Forschungsprojekte zu sicherheitsrechtlichen Fragen (VW-Stiftung, BMBF). Gegenwärtig ist er beratender Kooperationspartner mehrerer Projekte des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Dr. Wolfram Geier ist Leitender Regierungsdirektor der Abteilung Notfallvorsorge, Kritische Infrastrukturen und Internationale Angelegenheiten im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn. Er war Referatsleiter für Rettungsdienst und Katastrophenschutz in der Bundesgeschäftsstelle des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e.V. (ASB) in Köln und Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der

Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel. Er ist Dozent und Fachbereichsleiter an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler und nebenamtlich seit 2006 Lehrbeauftragter für Risiko- und Krisenkommunikation im Master-Studiengang Katastrophenvorsorge und -management an der Universität Bonn.

Prof. Dr.-Ing. Frank Gillert ist Professor an der Technischen Hochschule Wildau [FH] für Logistikmanagement und koordiniert die Aktivitäten zu AutoID/RFID sowie logistikzentrierter Sicherheitsforschung. Er ist Mitglied des Programmbeirats des AutoID/RFID Forums der CeBIT, Fachbeirat der EuroID Messe sowie seit 2013 der ID World sowie im Programmbeirat der Omnicard tätig. Er blickt auf mehr als 15 Jahre Erfahrungen in den Bereichen AutoID/RFID und Supply Chain Management zurück.

Dr. Dirk Grabowski ist Leiter des Referats IV A 4, Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft, Stahl- und Metallerzeugung im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten von Braunschweig, Clermont-Ferrand und Köln promovierte er an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Seine Schwerpunkte liegen bei Wirtschaftsprüfung und betrieblicher Steuerlehre.

Dipl.-Ing. Wilfried Gräfling ist Landesbranddirektor der Berliner Feuerwehr. Er studierte Allgemeine Elektrotechnik und Wirtschaftswissenschaften bevor er Brandreferendar bei der Stadt Bochum wurde. Seit 1973 ist er Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr.

Dr. Helmut Grimm nimmt seit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst bei der Unternehmensgruppe Tengelmann seine Funktion als Sonderbeauftragter wahr. Aktuell vertritt er die Gruppe bei verschiedenen Projekten der Krisenvorsorge. Dr. Grimm begann seine berufliche Tätigkeit als Gerichtsassessor und Rechtsanwalt. Seit 1986 ist er bei der Unternehmensgruppe Tengelmann erst als zentraler Bereichsleiter Personal ab 1990 als Geschäftsführer in der Führungszentrale (später: Holding) tätig. Im Jahr 2000 übernahm er zusätzlich den Vorsitz der Geschäftsführung der neuformierten Tengelmann Audit Services & Consulting GmbH, den er bis 2007 innehatte.

Prof. Dr. Elke Krahnemann ist Professorin für Sicherheitspolitik an der Brunel University London, und im Rahmen ihres ESRC-geförderten Forschungsprojektes zur Nutzung von privaten Sicherheitsfirmen in militärischen Interventionen Gast an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Ihr Buch „States, Citizens and the Privatization of Security“ wurde 2012 mit dem Ernst-Otto Czempel Preis ausgezeichnet. Ihre Forschungsschwerpunkte sind internationale Außen- und Sicherheitspolitik und die Kommerzialisierung von Sicherheit.

Prof. Dr. Susanne Krasemann ist Professorin für Soziologie am Institut für Kriminologische Sozialforschung, Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, und Vorsitzende des ISIP e.V. (Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung). Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen auf Recht, Sicherheit und Gesellschaft, Kontrolltechnologien, Politische Soziologie sowie Wissenssoziologie.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange ist Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup. Er ist Sprecher des Interdisziplinären Arbeitskreises Innere Sicherheit (AKIS) und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Benedikt Liefländer, Assessor jur., ist Bereichsleiter Notfallvorsorge im Generalsekretariat des Malteser Hilfsdienst e. V. mit den Abteilungen Katastrophenschutz, Einsatzdienste, Rettungsdienst und Fahrdienst. Er ist Einsatzleiter auf Bundesebene und seit 2001 Oberst der Reserve. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Bonn.

Jörg Marks ist Leiter Region Ost Building Technologies bei der Siemens AG, Building Technologies Division. Er arbeitet dort seit 1991 in verschiedenen Abteilungen, unter anderem im Stammhaus Verkehrsleittechnik München, als Leiter Vertrieb Sicherheitstechnik Region West, Leiter Vertrieb Sicherheitstechnik Region West und Abteilungsleiter Region Ost Sicherheitstechnik. Er ist ausgebildeter Diplom Ingenieur Elektrotechnik.

Matthias Max ist seit Juli 2013 Sachgebietsleiter Sicherheitsforschung beim Deutschen Roten Kreuz. Von März 2011 bis Juni 2013 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sachgebiet Sicherheitsforschung des DRK Generalsekretariats in Berlin tätig und zuständig für europäische Forschungsprojekte.

Irene Mihalic ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für Bündnis 90 / Die Grünen. Sie ist Polizeibeamtin und studierte an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Abschluss Diplom Verwaltungswirtin (FH). Seit 2007 war sie beim Polizeipräsidium Köln tätig. Sie ist Mitglied des Innenausschusses im Deutschen Bundestag und im Steuerungskreis des Forschungsfürum Öffentliche Sicherheit.

Ortwin Neuschwander ist Leiter des Verbindungsbüros Politik und Wirtschaft am Fraunhofer Institut FOKUS Berlin. Er ist seit über 40 Jahren im Informations- und Telekommunikationsumfeld tätig und seit über 20 Jahren selbständiger Unternehmensberater, unter anderem bei Siemens, Diehl, SAP, Cisco. Er ist Ehrenpräsident der Europäischen-Feuerwehrakademie, Ehrenvorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz, Kreisfeuerwehrinspekteur des Landkreises Trier-Saarburg a. D. und Gründungsmitglied des Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e. V.

Karoline Oberländer ist Mitglied der Initiative „Passau räumt auf!“, die während der Hochwasserkatastrophe 2013 Freiwillige für Aufräumarbeiten akquirierte und dafür mit dem Deutschen Bürgerpreis ausgezeichnet wurde. Sie studiert in Tel Aviv den Master of Emergency and Disaster Management.

Prof. Dr. Juliana Raupp ist Professorin für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit dem Schwerpunkt Organisationskommunikation am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der Freien Universität Berlin. Sie war mehrere Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin, als Dozentin in der beruflichen Weiterbildung, als freie Kommunikationsberaterin sowie in der Marktforschung und in der Öffentlichkeitsarbeit tätig. Sie ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Forschungsfürum Öffentliche Sicherheit.

Prof. Dr. Peer Rechenbach ist seit 2013 Professor an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg. Er studierte Ingenieurwissenschaften und war lange Jahre deutschlandweit bei verschiedenen Feuerwehren tätig. Sein Schwerpunkt liegt auf der Analytik bei großen Bränden und Chemieunfällen.

Prof. Dr.-Ing. Jochen Schiller ist Leiter der Arbeitsgruppe Computer Systems & Telematics am Institut für Informatik an der Freien Universität Berlin sowie Projektleiter des Forschungsfürum Öffentliche Sicherheit. Der an der Universität Karlsruhe (TH) promovierte Informatiker forschte an der Universität Uppsala (Schweden) und hatte eine Gastprofessur an der École de Technologie Supérieure (ÉTS) der Université Quebec

(Kanada) sowie der Universität Kiel inne, bevor er 2001 an die Freie Universität berufen wurde. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen funkbasierte, mobile, eingebettete Systeme, Kommunikationsprotokolle, Betriebssysteme für eingebettete Systeme und Dienstgüteaspekte in Kommunikationssystemen.

Prof. Dr. phil. Silke Schmidt ist Leiterin des Lehrstuhls Gesundheit und Prävention am Institut für Psychologie der Universität Greifswald sowie vieler multizentrischer Studien zur psychischen Prävention im Bereich Gesundheit und Bevölkerungsschutz. Sie habilitierte 2006 am Universitätsklinikum Hamburg.

Prof. Dr. Klaus Thoma ist Direktor des Fraunhofer-Instituts für Kurzzeitdynamik „Ernst-Mach-Institut“ in Freiburg. Er ist u. a. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Programmausschusses „Sicherheitsforschung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Deutscher Vertreter im NATO-Komitee Science for Peace and Security (SPS), Sprecher des Fraunhofer-Verbundes Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS) Mitglied des „European Security Research Advisory Board“ (ESRAB), Vorstandsmitglied des International „Ballistics Committee“, Mitglied im Beirat „Forschung und Technologie“ des Bundesverteidigungsministeriums und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Prof. Dr. Uwe Ulbrich ist Professor für Allgemeine Meteorologie an der Freien Universität Berlin und seit 2011 Prodekan für Forschung des Fachbereichs Geowissenschaften. Er erforscht insbesondere die Prozesse, die zu meteorologischen Extremereignissen führen. Sein Interesse gilt neben der beobachteten Atmosphäre auch der Analyse von Simulationen zur Wetter- und Klimavorhersage. Neben Projekten mit rein fachwissenschaftlichen Ansätzen engagiert er sich in interdisziplinären Projekten mit anderen naturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fächern, zum Beispiel zur Kommunikation von Unwetterwarnungen. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Harfrid Wolff ist seit 2014 Vorstandsmitglied in der Rechtsanwaltskammer Stuttgart und seit 2007 Rechtsanwalt in der KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH. Von 2005 bis 2013 war er Mitglied des Deutschen Bundestags in der Fraktion der FPD. Während dieser Zeit gab er zusammen mit Kollegen aus CDU, SPD und Grünen das Grünbuch Öffentliche Sicherheit heraus.

Dr. Nils Zurawski habilitierte 2013 an der TU Darmstadt, Thema der Habilitationsschrift: Raum – Weltbild – Kontrolle. Überwachung und Vorstellungen von Gesellschaft als Faktoren sozialer Dynamik. Von April 2010 bis März 2013 Vertretungs/Gastprofessor am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, seit April 2013 war er Projektleiter des Teilprojektes IRiSS ebendort. Von Oktober 2013 bis April 2014 vertrat er die Professur für Kriminologie an der Universität Hamburg.